



Konjunktur aktuell

4/2022

20. Dezember 2022, 10. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 101



Keine tiefe Rezession trotz Energiekrise und Zinsanstieg

Der Ausblick auf die internationale Konjunktur 2023 ist verschattet: Die Energieversorgung Europas ist ungewiss, die Leitzinsen steigen weiter, der Pandemieausbruch in China führt zu Produktionsausfällen. Belastungen für die deutsche Wirtschaft kommen von hohen Energiepreisen und einem verschlechterten Finanzierungsumfeld. Bislang ist die Konjunktur robust, die Produktion hat bis in den Herbst hinein expandiert. Ab dem Frühjahr wird sie gestützt durch die weitere Entspannung der Lieferketten und eine Belebung der Weltwirtschaft. Das BIP dürfte 2022 in den ersten drei Quartalen um 1,8% zugenommen haben, den Winter über leicht sinken und 2023 insgesamt stagnieren (Ostdeutschland: 1,8% und 0,2%). Die Inflation geht nach 7,8% im Jahr 2022 auf 6,5% im Jahr 2023 zurück.

Inhaltsverzeichnis

- 101** Keine tiefe Rezession trotz Energiekrise und Zinsanstieg
Arbeitskreis Konjunktur des IWH
- 146** Wirtschaftswachstum, Staatsfinanzen und Treibhausgas-Emissionen in der mittleren Frist
Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Alessandro Sardone, Götz Zeddies

Konjunktur aktuell: Keine tiefe Rezession trotz Energiekrise und Zinsanstieg*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH**

Zusammenfassung

Der Ausblick auf die internationale Konjunktur im Jahr 2023 ist verschattet: Ob Europa in diesem und im nächsten Winter ausreichend mit Energie versorgt sein wird, ist ungewiss. Sicher scheint dagegen, dass die Leitzinsen im Jahr 2023 vielerorts weiter steigen werden. Zudem wird der Pandemieausbruch in China zu Produktionsausfällen führen. Allerdings scheinen die Anspannung der Lieferketten und die internationale Preisdynamik etwas nachzulassen. So ist der Preis für Erdgas in Europa deutlich niedriger als im Spätsommer, ebenso wie die Weltmarktpreise für Rohöl, Mikrochips und die Frachtraten beim Seetransport. Auch ist die Inflation in den USA zuletzt etwas zurückgegangen. Infolgedessen sind die Zinserwartungen für die USA zuletzt etwas gesunken und die internationalen Aktienkurse wieder gestiegen. Das sind Signale dafür, dass es im Jahr 2023 statt zu einer weltwirtschaftlichen Rezession lediglich zu einem Abschwung kommt.

Zum Jahreswechsel sieht die deutsche Wirtschaft schwierigen Zeiten entgegen: Die Terms of Trade haben sich deutlich verschlechtert, der Energiepreisanstieg erhöht die Lebenshaltungskosten, und die Finanzierungsbedingungen haben sich auch wegen der vorsichtigeren Kreditvergabe durch die Banken verschlechtert. Jedoch zeigt sich die deutsche Konjunktur bislang recht robust, und die Produktion hat bis in den Herbst hinein expandiert. Im Winter, wenn der Energiepreisanstieg sein Maximum erreicht, werden die Realeinkommen deutlich sinken, auch wenn die Subventionierung von Energie durch die Gas- und Strompreisbremse den Rückgang von Realeinkommen und privatem Konsum bremst. Ab dem Frühjahr dürfte eine weitere Entspannung der internationalen Lieferketten und eine Belebung der Weltwirtschaft die deutsche Konjunktur stützen. Impulse kommen auch vom hohen Modernisierungsdruck auf die Wirtschaft in Deutschland aufgrund veränderter Kostenstrukturen. Zu nennen sind etwa die hohen Anreize zur energetischen Sanierung. Ein begrenzender Faktor dürfte dabei in vielen Fällen die ausgelasteten Kapazitäten sein.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2022 bis 2024

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %			
Deutschland	2,6	1,8	0,0	1,9
darunter: Ostdeutschland ¹	2,3	1,8	0,2	1,7
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen	1,7	1,6	0,0	0,6
Tariflöhne je Stunde	1,3	2,1	3,2	3,6
Effektivlöhne je Stunde	1,8	3,8	4,1	3,8
Lohnstückkosten ²	0,7	3,2	4,2	2,6
Verbraucherpreisindex	3,1	7,8	6,5	3,5
	in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	44 980	45 533	45 645	45 707
Arbeitslose ³	2 613	2 421	2 572	2 561
	in %			
Arbeitslosenquote ⁴	5,7	5,3	5,6	5,5
darunter: Ostdeutschland ¹	7,1	6,7	7,0	6,9
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,0	-2,8	-1,0
Leistungsbilanzsaldo	7,4	3,4	2,5	3,5

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH (Stand: 20.12.2022).

* Dieser Beitrag wurde am 20. Dezember 2022 veröffentlicht.

** Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Sardone, Alessandro; Schult, Christoph; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Zeddies, Götz.

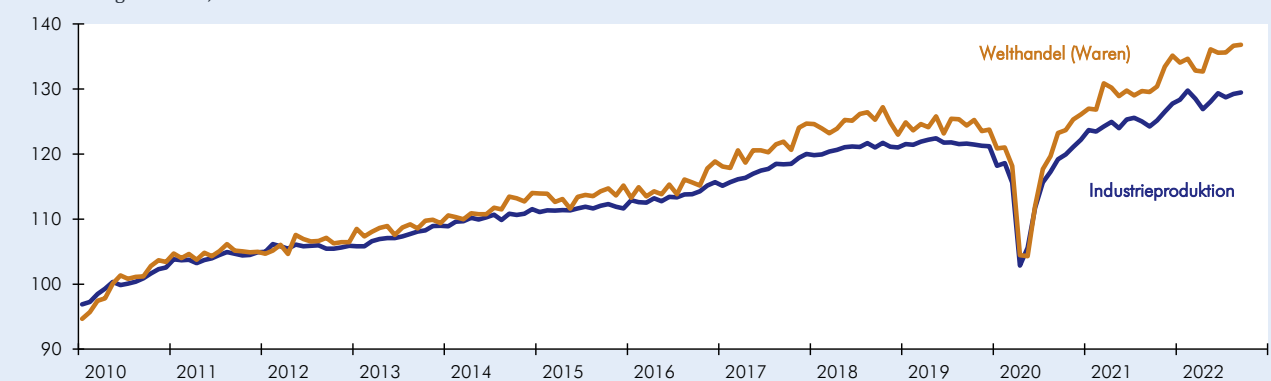
Weltkonjunktur im Abschwung

Der Ausblick auf die internationale Konjunktur im Jahr 2023 ist verschattet: Ein Ende des russischen Kriegs gegen die Ukraine zeichnet sich nicht ab. Ob Europa in diesem und im kommenden Winter ausreichend mit Energie versorgt sein wird, ist ungewiss. Unklar ist auch, ob die zurzeit vielerorts zweistelligen Inflationsraten bald spürbar zurückgehen werden. Sicher scheint dagegen, dass die Leitzinsen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2023 weiter steigen werden. Schließlich haben sich die internationalen Lieferketten zwar zuletzt etwas entspannt, der derzeitige Pandemieausbruch in China könnte aber erneut umfangreiche Produktionsausfälle nach sich ziehen.

Allerdings bestanden die genannten Bedrohungen in ähnlicher Form schon im gesamten Jahr 2022, in dem sich die Weltwirtschaft als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat. Die Dienstleistungen haben sich von ihrem Einbruch aufgrund der Pandemie weitgehend erholt, und Welthandel sowie Weltindustrieproduktion expandierten bis in den Herbst hinein recht kräftig (vgl. Abbildung 1). Im dritten Quartal 2022 legte das Bruttoinlandsprodukt in China nach einem schweren pandemiebedingten Einbruch wieder sehr kräftig zu, in den USA expandierte es nach zwei leicht negativen Quartalen deutlich, und auch im Euroraum gab es trotz der Belastungen durch die Energiekrise einen Produktionszuwachs (vgl. Abbildung 2). Dabei haben die privaten Haushalte in fast allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihren Konsum im Sommerhalbjahr ausgeweitet, obwohl hohe Inflationsraten die Reallöhne vielerorts sinken ließen. Dabei lagen die Lohnsteigerungen in den USA im dritten Quartal mit 5,2% gegenüber Vorjahreszeitraum viel dichter an der Inflationsrate von 8,3% als im Euroraum, wo die Löhne gemäß dem Labour Cost Index von Eurostat im dritten Quartal um 2% gestiegen sind, die Verbraucherpreise aber um 9,3%. In Europa ist die Inflation zu einem wesentlichen Teil auf die starken Energiepreisanstiege zurückzuführen. Weil Gas und Öl zum großen Teil importiert werden müssen, haben sich die Terms of Trade im Euroraum deutlich verschlechtert, im dritten Quartal 2022 gegenüber Vorjahreszeitraum um 5,1%, während sie sich in den USA wegen der Dollar-Aufwertung, aber auch wegen der höheren Preise für die amerikanischen Energieexporte, um 0,6% verbessert haben. Was die Realeinkommensverluste durch die hohe Inflation dämpft, ist der deutliche Beschäftigungsaufbau, vor allem in den USA (im dritten Quartal um 4% gegenüber Vorjahreszeitraum) und in geringerem Maß auch im Euroraum (um 1,7%).

Abbildung 1
Welthandel und Weltindustrieproduktion

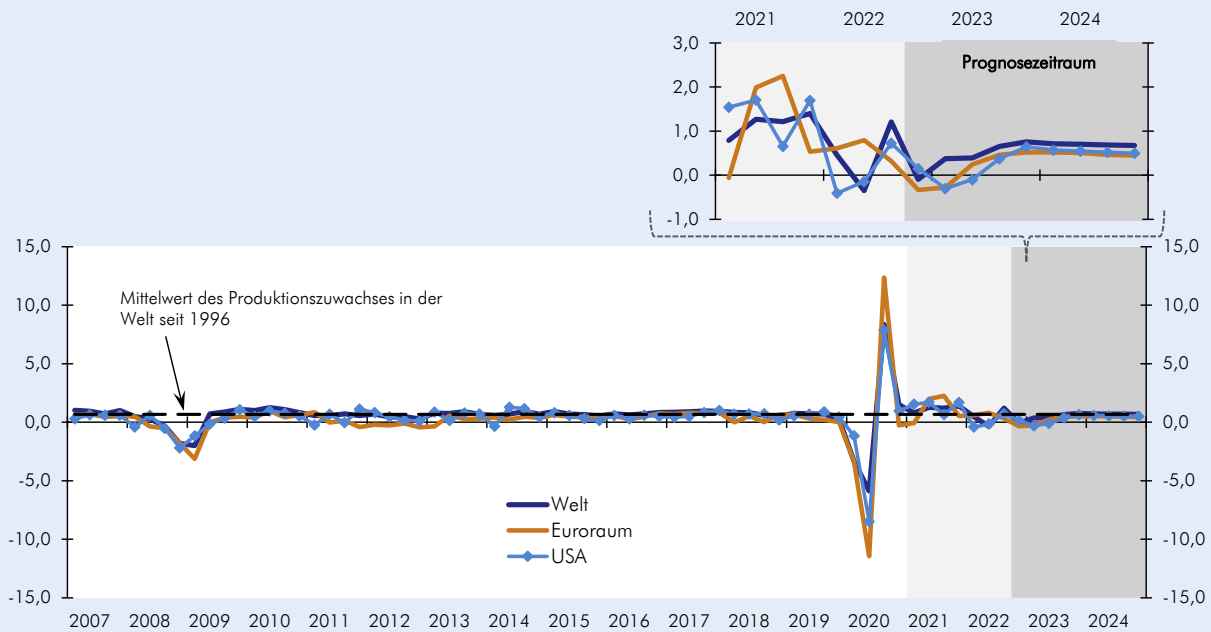
Preisbereinigte Indizes; 2010 = 100



Quelle: CPB.

Die höhere binnenwirtschaftliche Preisdynamik in den USA ist ein Grund dafür, dass die amerikanische Notenbank ihre **Geldpolitik** viel zügiger gestrafft hat als die Europäische Zentralbank (EZB): Seit März hat sie die Obergrenze für ihren Leitzins von 0,25% auf 4,5% angehoben, der Leitzins im Euroraum ist derzeit zwei Prozentpunkte niedriger. Im Jahr 2023 dürfte diese Differenz in etwa bestehen bleiben, denn für beide Währungsräume ist mit einem Anstieg der Leitzinsen um etwa einen Prozentpunkt zu rechnen. Die europäische Energiekrise und die hohen Risiken starker Zinsanstiege für die Stabilität der Staatsfinanzen mancher Mitgliedsländer dürften die EZB von größeren Zinsschritten abhalten. Weil aber hier wie andernorts die hohen Inflationsraten nicht als vorübergehendes Phänomen gesehen werden, sind die langfristigen Kapitalmarktrenditen kräftig gestiegen, für zehnjährige Staatstitel Mitte Dezember auf 3½% für die USA, 3,3% für Großbritannien und 2% für Deutschland.

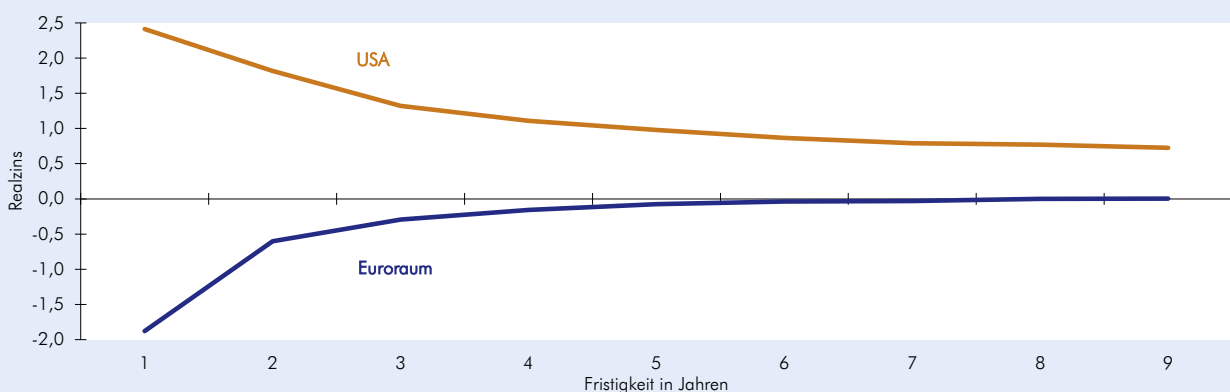
Abbildung 2
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
 Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2022 bis 2024: Schätzung und Prognose des IWH.

Der Anstieg der Zinsen für Immobilienkredite hat zusammen mit den schon länger stark erhöhten Baukosten die Baukonjunktur überall gedämpft. Im dritten Quartal sind die Wohnungsbauinvestitionen in allen G7-Ländern zurückgegangen. Freilich gibt es erhebliche Unterschiede, was die Realzinsen betrifft: Die aus Geschäften an den Finanzmärkten abgeleiteten Erwartungen bezüglich künftiger Inflationsraten und Zinssätze zeigen für die USA einen positiven Realzins für sämtliche Fristigkeiten, für den Euroraum ist der Realzins dagegen negativ oder gleich null (vgl. Abbildung 3).¹

Abbildung 3
Realzinsen verschiedener Fristigkeit im Euroraum und in den USA
 Basierend auf Swapsätzen für Kurzfristzinsen und für Inflationsraten Mitte Dezember 2022



Quellen: Refinitiv; Berechnungen des IWH.

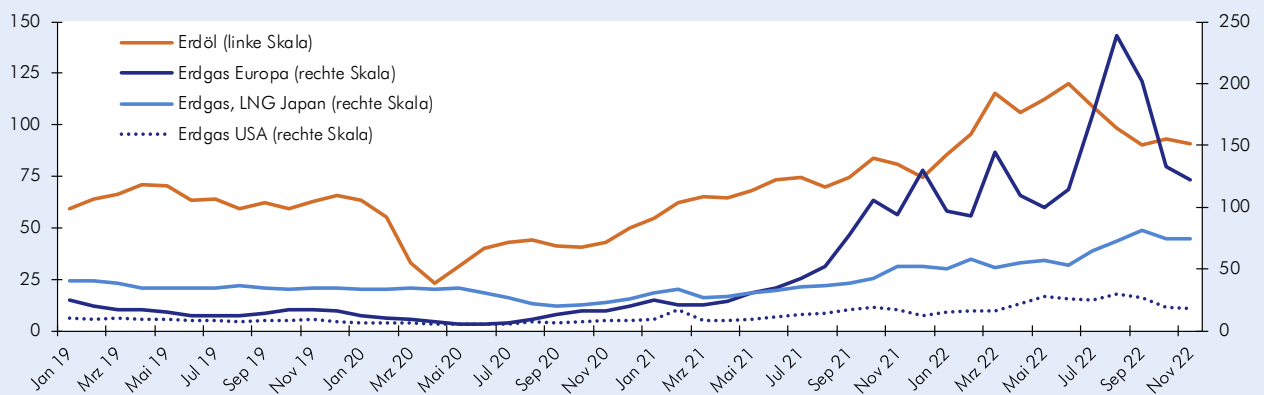
Die Inflation ist nicht nur in den USA und im Euroraum, sondern in den meisten größeren Volkswirtschaften hoch. Es gibt aber auch Sonderfälle: In Japan ist nicht klar, ob sich die binnenwirtschaftliche Preisdynamik überhaupt erhöht. Zwar lagen die Verbraucherpreise im Oktober 3,8% über denen von vor einem Jahr. Ohne Energie und Nahrungsmittel

¹ Zur Methodik vgl. ECB: Tools for Calculating and Interpreting Real Interest Rate Developments in the Euro Area, in: *Monthly Bulletin July 2005*, 27–29.

betrug der Anstieg aber nur 2,5%, obwohl der Yen drastisch abgewertet hat, gegenüber dem US-Dollar um 18% seit Jahresanfang. Die Abwertung ist eine Folge des Ziels der japanischen Geldpolitik, die Zinsen für sämtliche Fristigkeiten nahe null zu halten. Mit 1,6% (November) noch niedriger ist die Verbraucherpreisinflation in China. Hier lähmen die Lockdown-Maßnahmen nach wie vor den privaten Konsum und wegen des neuerlichen Pandemieausbruchs am Jahresende 2022 auch die Industrieproduktion. Allerdings wurden wesentliche Vorschriften Anfang Dezember gelockert, beispielsweise können sich mild Erkrankte nun auch zuhause isolieren. Damit wird die Null-Covid-Strategie de facto aufgegeben, wohl auch wegen des zunehmenden Widerstands in der Bevölkerung. Für die Zeit um die Jahreswende ist mit einer zusätzlichen Belastung der Wirtschaft durch hohe Ansteckungsraten zu rechnen. Auch der Umgang der Politik mit der Krise des Immobiliensektors hat sich geändert: Finanzspritzen für Immobilienunternehmen sollten die Branche stabilisieren, während in den vergangenen Jahren schärfere Regulierungen Blasenbildungen auf dem Häusermarkt verhindern sollten.

Abbildung 4
Großhandelspreise verschiedener Energieträger

Erdölpreis in Dollar je Barrel (Brent), Erdgaspreise in US-Dollar je Megawattstunde

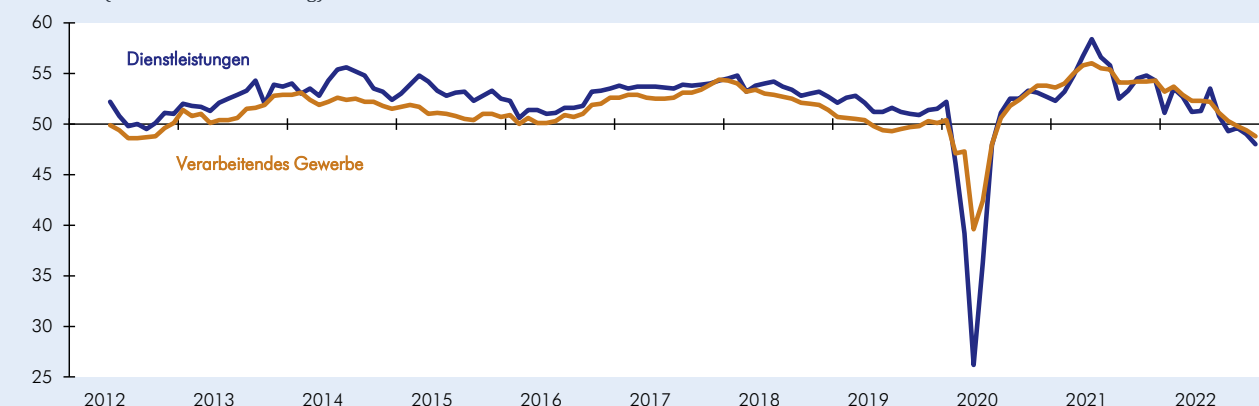


Quellen: World Bank Pink Sheet, Berechnungen des IWH.

Der neuerliche Pandemie-Ausbruch dürfte die Industriegüterproduktion in China dämpfen sowie zu Lieferproblemen und Preisanstiegen für Waren aus China führen. Dabei gab es zuletzt Anzeichen eines Nachlassens der internationalen Preisdynamik. Im Herbst ist der Erdölpreis (Brent) von über 100 auf reichlich 80 US-Dollar je Barrel gefallen, und die Preise für Erdgas in Europa sind mit knapp 140 Euro je Megawattstunde nur noch etwa halb so hoch wie im Sommer (freilich immer noch um ein Vielfaches höher als in der Zeit vor der Energiekrise, vgl. Abbildung 4). Die Preise für Industriemetalle haben sich im Allgemeinen seitwärts bewegt, und Mikrochips sind in den vergangenen Monaten wieder günstiger geworden, auch haben sich ihre Lieferzeiten verkürzt. Die Frachtraten für Gütertransporte von Ostasien nach Europa und Nordamerika sind stark rückläufig und könnten bald wieder nahe ihren Niveaus von vor der Pandemie sein. In den USA deutet sich an, dass auch die binnenwirtschaftliche Preisdynamik schwächer wird: Die Verbraucherpreisinflation ist in Oktober und November auch bereinigt um die Energie- und Nahrungsmittel-Komponenten etwas zurückgegangen. Nicht zuletzt deshalb sind die Zinserwartungen für die USA zuletzt etwas geringer geworden, die Kurse an den Aktienmärkten sind nach deutlichen Verlusten im Jahresverlauf wieder etwas gestiegen, und der US-Dollar, begehrt in Krisenzeiten, hat einen Teil seiner im Jahr 2022 erheblichen Kursgewinne wieder abgegeben. Das sind Signale dafür, dass Inflation, Zinsanstiege, Krieg in Europa und Pandemie in China die Weltwirtschaft im Jahr 2023 statt in eine Rezession lediglich in einen Abschwung führen werden. Auf einen Abschwung deutet auch die Entwicklung der globalen Einkaufsmanagerindizes hin (vgl. Abbildung 5). Für Europa ist allerdings aufgrund der Energiekrise mit einer Rezession im Winterhalbjahr zu rechnen. Daran werden auch die jüngst in vielen Euroraum-Ländern beschlossenen finanzpolitischen Maßnahmen, welche die sozialen Härten der Energiepreisanstiege abfedern sollen, nicht viel ändern. In den USA dürfte es im ersten Halbjahr 2023 aufgrund der restriktiven Finanz- und vor allem Geldpolitik zu einer Rezession kommen, denn die höheren Zinsen werden nur über eine deutliche Reduktion der Güternachfrage zum Ziel einer niedrigeren Preisdynamik führen. Freilich ist keine tiefe Rezession zu erwarten, auch weil die USA, anders Europa, von einer Verbesserung der Terms of Trade profitieren.

Abbildung 5
Einkaufsmanagerindizes für die Weltwirtschaft

Indexwert (50 = keine Veränderung)



Quelle: S&P Global.

Insgesamt steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2022 um 2,8%, um im Jahr darauf um 1,7% und im Jahr 2024 um 2,8% zuzulegen (vgl. Tabelle 1). Der Welthandel mit Gütern expandiert dieses Jahr um 4,1%, für das Jahr 2023 wird eine Expansionsrate von 1,9% prognostiziert, für 2024 eine von 2,8%. Die Teuerung wird in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach und nach abebben. Erst im Laufe des Jahres 2024 kommt sie aber in den USA, im Euroraum und in Großbritannien wieder in die Nähe der geldpolitischen Zielraten von 2%.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		2021								2022			
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Europa	28,5	5,7	3,1	0,2	1,9	3,5	11,2	8,0	4,3				
EU 27	20,2	5,4	3,4	0,4	2,1	2,8	8,9	7,1	3,6	7,0	6,1	6,2	5,9
Großbritannien	3,7	7,5	4,4	−0,2	1,5	2,6	9,1	7,4	2,0	4,5	3,7	4,2	4,6
Schweiz	0,9	4,2	2,1	0,8	1,4	0,6	2,9	2,2	1,5	4,8	4,3	4,5	4,4
Norwegen	0,6	3,9	3,3	1,5	1,7	3,5	5,8	4,5	2,5	4,4	3,3	3,6	3,4
Russland	2,1	4,7	−3,2	−3,0	1,1	6,7	13,8	6,5	6,0				
Türkei	1,0	11,4	5,1	1,8	2,4	19,6	74,0	40,0	30,0				
Amerika	34,3	5,9	2,2	0,6	2,0								
USA	27,0	5,9	1,9	0,4	2,0	4,7	8,0	4,1	2,1	5,4	3,7	4,4	4,0
Kanada	2,3	4,5	3,5	1,0	2,1	3,4	6,8	3,7	2,3	7,4	5,3	5,8	5,5
Lateinamerika ³	5,0	6,6	3,4	1,3	2,2								
Asien	37,2	6,4	3,2	3,9	4,2								
Japan	5,8	1,6	1,4	1,5	1,4	−0,2	2,3	1,7	1,5	2,8	2,6	2,6	2,5
China ohne Hongkong	20,8	8,1	2,9	4,6	4,7								
Südkorea	2,1	4,1	2,7	1,5	2,7	2,5	5,1	3,5	2,5	3,7	2,9	3,5	3,2
Indien	3,7	8,7	6,3	5,4	7,0								
Ostasien ohne China ⁴	4,7	4,3	4,1	3,5	4,2								
Insgesamt ⁵	100,0	6,1	2,8	1,7	2,8								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	64,5	5,3	2,6	0,6	2,0	3,3	7,5	4,9	2,5	5,6	4,5	4,8	4,6
Schwellenländer ⁷	35,5	7,4	3,2	3,7	4,4								
nachrichtlich:													
Exportgewichtel ⁸	−	6,0	3,4	0,9	2,5								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	−	6,3	3,1	2,1	3,2								
Welthandel ¹⁰	−	10,2	4,1	1,9	2,8								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar. – ² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2021. – ³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. –

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). – ⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar. – ⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2021. – ⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2021. –

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2021 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; ab 2022: Prognose des IWH.

Risiken

Aus europäischer Perspektive ist das größte **Konjunkturrisiko** die gefährdete Energieversorgung. Die Prognose geht davon aus, dass Erdgas in diesem und im kommenden Winter nicht rationiert werden muss. Im November dürfte in der Europäischen Union (EU) 23% weniger Erdgas verbraucht worden sein als im Durchschnitt der vergangenen Jahre, was auch dem milden Herbstwetter zu verdanken war.² Im Fall einer anhaltenden Kältewelle im Winter nimmt das Risiko einer Gasmangellage aber zu. Und es gibt noch andere Unsicherheiten. So ist Europa darauf angewiesen, dass Erdgas und Flüssiggas (LNG) weiter in ausreichendem Maße importiert werden können, und zwar auch aus Russland: von dort kommen verflüssigt auf Schiffen sowie über die ukrainische Pipeline und über Turkstream immer noch erhebliche Erdgasmengen nach Europa.

Ein Risikofaktor für die weltweiten Lieferketten ist der aktuelle Pandemieausbruch in China. In der Prognose ist unterstellt, dass er die Konjunktur in China in den nächsten Monaten zwar dämpft, dass der Einbruch aber geringer ausfällt als Anfang des Jahres 2020 und auch als im zweiten Quartal 2022. Denn die Regierung geht auch wegen des Widerstands aus der Bevölkerung von ihrer rigorosen Null-Covid-Politik ab. Welche Konsequenzen die Lockerung der Lockdown-Maßnahmen haben wird, hängt wesentlich davon ab, ob das Gesundheitssystem Chinas eine landesweite Ausbreitung der Pandemie bewältigen kann.

Ein Risiko für das Weltfinanzsystem stellt der starke Anstieg der Zinsen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und in den meisten Schwellenländern dar, gerade in Verbindung mit einer sich verschlechternden Konjunktur und den außerökonomischen Risiken von Krieg und Pandemie. Dabei dürften die Geschäftsbanken vom höheren Zinsniveau zunächst einmal eher profitieren. Die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen ist vor allem für Schuldner mit geringer Bonität gefährlich. Wie schnell Bonität dabei verloren gehen kann, haben die Finanzmarkt-turbulenzen gezeigt, welche die kurzlebige britische Regierung Truss mit ihrem finanzpolitischen Reformprogramm (dem „Mini-Budget“) ausgelöst hat. Weniger abrupt realisieren sich die Risiken auf den besonders zinsabhängigen Immobilienmärkten. Gegenwärtig sinken die Häuserpreise in Australien, Kanada und Schweden, drei Ländern, in denen private Haushalte besonders hohe Immobilienkredite zu schultern haben. Nicht zuletzt treffen Dollaraufwertung und Zinsanstieg einen großen Teil des Globalen Südens, darunter die bevölkerungsreichen Länder Pakistan, Bangladesch und Ägypten, die sich alle im Jahr 2022 um Hilfsprogramme des IWF bemühen mussten. Betroffen sind auch private Unternehmen in Schwellenländern, die sich statt in heimischer Währung in US-Dollar verschuldet haben.

Schließlich zeichnen sich Risiken für die mittelfristige Entwicklung der Weltwirtschaft ab: Zum einen dürfte ein dauerhafter Wegfall der Rohstofflieferungen aus Russland ins benachbarte Europa die Wachstumsaussichten beider Wirtschaftsräume beeinträchtigen. Selbst wenn die Handelsströme Umwege finden, sind dabei Effizienzverluste unvermeidbar. Noch gravierender wären die Kosten einer Aufspaltung der Weltwirtschaft in eine chinesisch und eine amerikanisch oder westlich dominierte Sphäre, wie sie sich gegenwärtig mit der Abschottung der Märkte für fortgeschrittene IT-Produkte abzeichnet.

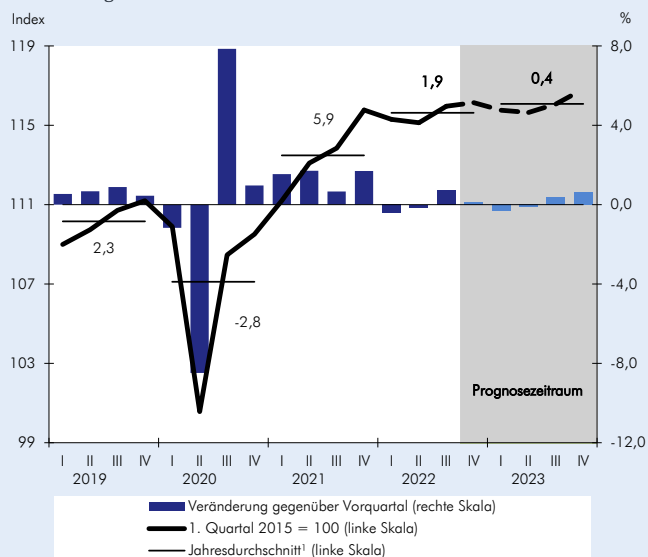
US-Wirtschaft vor einer milden Rezession

Nach einem schwachen ersten Halbjahr expandierte die Wirtschaft in den USA im dritten Quartal um 0,7% gegenüber dem Vorquartal. Während die inländische Produktion stagnierte, trug der Außenhandel wesentlich zu der Ausweitung bei. Das Auslandsgeschäft profitierte besonders von der Ausfuhr fossiler Brennstoffe und industrieller Güter. Die restriktive Geldpolitik hat vor allem die Investitionen im Wohnungsbau einbrechen lassen und den rückläufigen Gewerbebau zusätzlich belastet. Die Ausrüstungsinvestitionen legten hingegen kräftig zu, wohl auch im Zuge schwindender Angebotsengpässe. Der Konsum wurde moderat ausgeweitet, gestützt von einem kontinuierlichen Beschäftigungsaufbau bei hoher Überschussnachfrage am Arbeitsmarkt. Der Lohnauftrieb hat seit März im Trend etwas nachgelassen, war mit 5,1% im Vergleich zum Vorjahr im November jedoch weiter hoch. Noch stärker legten die Preise zu, gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI) im November um 7,1%. Damit hat sich die Teuerungsrate seit dem Sommer zwar abgeschwächt, der Preisauftrieb bleibt jedoch kräftig. Die Kernrate liegt bei 6%.

² Vgl. McWilliams, B.; Zachmann, G.: [European Natural Gas Demand Tracker](#). Brüssel, Dezember 2022.

Über den Winter dürfte sich die wirtschaftliche Dynamik abschwächen, da insbesondere die zinsabhängigen Wohnungsbauinvestitionen und der Gewerbebau weiter zurückgehen. Es ist zu erwarten, dass die schwache internationale Konjunktur das zuletzt kräftige Auslandsgeschäft dämpfen wird. Die Sparquote sank zuletzt auf 2,3%, ein Tiefstwert seit 2005, und bei einer Normalisierung dürfte der Konsum an Schwung verlieren. Im ersten Halbjahr 2023 wird er wohl angesichts steigender Arbeitslosigkeit sogar leicht zurückgehen. Investitionen im Software-, Forschungs- und Entwicklungsbereich dürften über den Prognosehorizont positiv zur konjunkturellen Dynamik beitragen.

Abbildung 6
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

kurzfristigen Inflationserwartungen der Haushalte³ nach einem dreimonatigen Rückgang zuletzt wieder gestiegen. In der Vergangenheit haben vor allem kurzfristige Inflationserwartungen und die Arbeitsmarktsituation die Lohnentwicklung beeinflusst.⁴ Es ist deshalb zu erwarten, dass die Verbraucherpreisinflation zunächst hoch bleibt und im Jahr 2023 4,1% betragen wird. Die Finanzpolitik ist den ganzen Prognosehorizont über restriktiv ausgerichtet.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 1,9% zulegen. Ein starker Rückgang der Wohnungs- und Gewerbebauinvestitionen und ein leicht rückläufiger Konsum werden zu einem Rückgang der Produktion im ersten Halbjahr 2023 führen. Es ist zu erwarten, dass die Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum auf 4,6% steigen und dann wieder langsam abnehmen wird. Im zweiten Halbjahr 2023 wird eine Erholung des Wohnungsmarktes und ein Anstieg des Konsums der Konjunktur etwas Auftrieb geben. Die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte im Jahr 2023 bei 0,4% und im Jahr 2024 bei 2,0% liegen (vgl. Abbildung 6 und Tabelle 2).

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	5,9	1,9	0,4	2,0
privater Konsum	8,3	2,7	0,9	1,6
Staatskonsum und -investitionen	0,6	-0,8	0,7	1,1
private Bruttoanlageinvestitionen	7,4	-0,3	-2,9	2,7
Vorratsveränderungen ¹	0,2	0,7	-0,2	0,2
inländische Verwendung	7,0	2,4	0,7	2,0
Exporte	6,1	7,8	4,1	3,1
Importe	14,1	8,5	1,1	2,3
Außenbeitrag ¹	-1,3	-0,5	-0,3	0,0
Verbraucherpreise	4,7	8,0	4,1	2,1
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-10,9	-4,0	-5,7	-6,3
Leistungsbilanzsaldo	-3,6	-4,2	-5,2	-5,1
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	5,4	3,7	4,4	4,0

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWF; 2022 bis 2024: Prognose des Prognose des IWH.

³ Vgl. University of Michigan: Inflation Expectation.

⁴ Vgl. Glick, R.; Leduc, S.; Pepper, M.: Will Workers Demand Cost-of-living Adjustments?, in: Federal Reserve Bank of San Francisco, *Economic Letter*, August 2022.

Teuerung lässt Produktion im Euroraum leicht sinken

Die Konjunktur im Euroraum hat sich zum Ende des Sommerhalbjahrs abgekühlt. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts betrug im 3. Quartal 0,3%. Dass dieser nicht noch geringer ausfiel, ist auf eine vielerorts überraschend starke Ausweitung der privaten Konsumausgaben zurückzuführen. Unter den größeren Volkswirtschaften stiegen sie besonders stark in Italien (um 2,5%), im gesamten Währungsraum nahmen sie um 0,9% zu. Als robust erwiesen sich auch die Ausrüstungsinvestitionen (ohne Irland), die wie schon im Vorquartal um 0,6% ausgeweitet wurden. Diese Zunahme ging einher mit einer kräftigen Ausweitung der Importe, die, bereinigt um Dienstleistungsimporte im Zusammenhang mit irischen Investitionen, um knapp 3% expandierten. Ohne deren Berücksichtigung dämpfte der Außenhandel den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts rein rechnerisch um 0,5%, weil Einfuhren, insbesondere von Dienstleistungen, stärker expandierten als die Ausfuhren. Dies dürfte auf eine kräftige Belebung des grenzüberschreitenden Tourismus infolge der weitestgehend aufgehobenen pandemiebedingten Beschränkungen zurückzuführen sein.

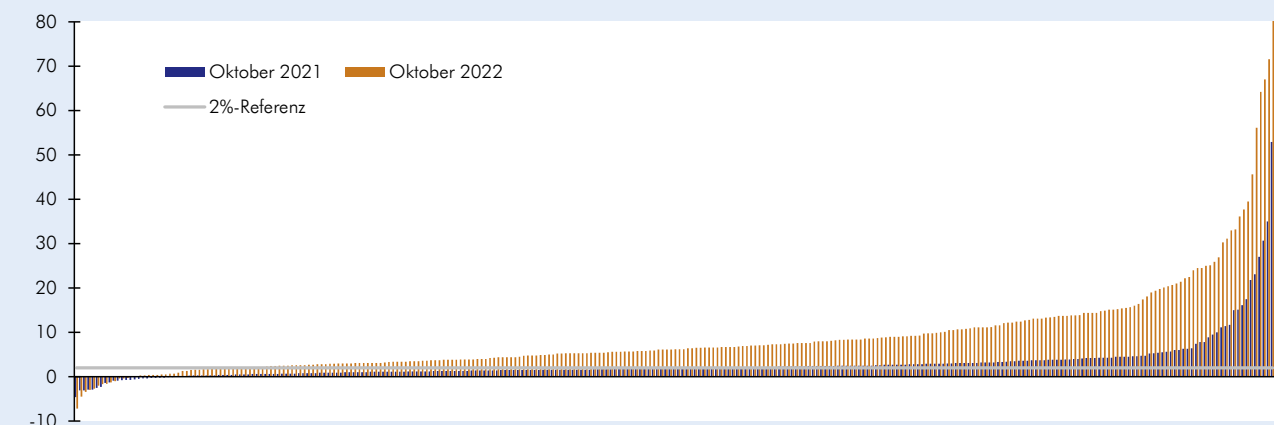
Im Verarbeitenden Gewerbe haben die starken Produktionsausweitungen infolge sich auflösender Engpässe bei Vorleistungen die Produktionsrückgänge infolge gestiegener Energiekosten bis zuletzt überkompensiert. So lag die Automobilproduktion im September 32% über der des Vorjahresmonats, während die Produktion von Chemikalien und chemischen Erzeugnissen 10% darunterlag. Insgesamt nahm die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe auf Jahressicht um gut 5% zu.

Schwach hingegen zeigte sich bis zuletzt der Einzelhandel (ohne Kfz), dessen preisbereinigte Umsätze auf Jahressicht um 2,6% zurückgingen. Allein im Oktober sanken sie gegenüber dem Vormonat um 1,8%. Hier spiegeln sich die Kaufkraftverluste aufgrund der hohen Preissteigerungen am deutlichsten wider.

Die Inflationsrate gemessen an der Veränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) erreichte im Oktober mit 10,6% den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion. Begünstigt durch etwas niedrigere Ölpreise ist sie im November leicht auf 10% gesunken. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unbehandelte Lebensmittel) ist hingegen weiter auf 6,6% gestiegen. Im Vormonatsvergleich stiegen dabei die Lebensmittel am stärksten. Im Verlauf des Jahres haben die Preise allerdings auf breiter Ebene spürbar angezogen. So lagen im Oktober die Inflationsraten von 246 der 285 HVPI-Subkomponenten der tiefsten Gliederung über dem geldpolitischen Zielwert von 2% (vgl. Abbildung 7), ein Jahr zuvor waren es lediglich 132.

Abbildung 7
Subkomponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in %



Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

Die regionalen Unterschiede bei der Teuerung sind derzeit erheblich. Diese betreffen in erster Linie die Energiepreise, deren Inflationsraten in den Ländern des Euroraums im Oktober zwischen 0% und 100% lagen. Die Unterschiede gehen auf eine unterschiedliche Messung von Preisanstiegen sowie staatliche Maßnahmen zu deren Deckelung zurück.

Der Arbeitsmarkt präsentiert sich weiterhin in einer robusten Verfassung. Die Arbeitslosenquote ist im Jahresverlauf in fast allen Mitgliedsstaaten weiter gesunken. Im Euroraum insgesamt befindet sie sich mittlerweile auf einem historischen Tief (6,5%). Auch der Beschäftigungsaufbau hat sich bis zuletzt weiter fortgesetzt, wenn auch etwas verlangsamt. Mit 164,5 Millionen waren im 3. Quartal etwa 2% mehr Menschen beschäftigt als vor Beginn der Pandemie. Die Löhne stiegen zuletzt nur noch moderat und mit 2% deutlich langsamer als die Kernrate der Verbraucherpreis-inflation.

EZB setzt Normalisierung ihres geldpolitischen Kurses fort

Als Reaktion auf die weiter kräftig anziehenden Verbraucherpreise hob die Europäische Zentralbank die Leitzinsen im Dezember um 0,5 Prozentpunkte an. Dies ist der vierte Zinsschritt nach Erhöhungen in Juli, September und November. Die Leitzinsen liegen nun bei 2,5% für den Hauptrefinanzierungssatz, bei 2,75% für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und bei 2% für die Einlagefazilität. Zudem kündigte der EZB-Rat an, dass ab März 2023 das im Rahmen des Asset Purchase Program aufgebaute Portfolio des Eurosystems nach und nach zurückgeführt werden soll, und zwar durch den Verzicht auf Wiederanlage der Erlöse aus auslaufenden Wertpapieren um monatlich 15 Mrd. Euro. Der EZB-Rat hatte schon im November die Konditionen der dritten Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) angepasst. Die Banken profitierten zuletzt davon, dass die Zinsen, die sie für TLTRO-III-Kredite zahlen müssen, unter dem Satz der Einlagefazilität lagen. Nun ist der Zinssatz für diese Kredite an den Durchschnitt der maßgeblichen EZB-Leitzinsen gebunden und steht damit im Einklang mit dem geldpolitischen Normalisierungskurs. Im November zahlten die Banken bereits Kredite in Höhe von knapp 300 Mrd. Euro zurück. Diese Rückzahlung führt automatisch zur Verkürzung der Bilanz des Eurosystems. Insgesamt hat die EZB den Banken 2,1 Bio. Euro im Rahmen dieses Programms geliehen.

Weiter steigende Inflationsraten und Leitzinsen trieben die Renditen auf zehnjährige Staatsanleihen und Unternehmensanleihen aller Bonitäten im Euroraum weiter nach oben. Die durchschnittliche Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen von Ländern im Euroraum betrug im November 2,9%. Zuletzt sind die Renditen wieder leicht zurückgegangen, nachdem EZB-Ratsmitglieder geäußert hatten, die Geldpolitik zwar weiter straffen zu wollen, dabei aber vorsichtiger vorzugehen. Die Umlaufrenditen der Unternehmensanleihen zogen im Oktober etwas weniger stark an als im Monat zuvor, waren aber mit 3,2% (4,5%) für solche der Bonität AAA (BBB) so hoch wie seit 2011 nicht mehr.

Die Finanzierungsbedingungen für Kreditnehmer im Euroraum haben sich weiter verschlechtert. Die Zinsen für neue Unternehmenskredite verdoppelten sich seit Anfang des Jahres und lagen im September bei 2,6%. Im dritten Quartal verschärfen die Banken ihre Kreditstandards erneut erheblich. Diese Verschärfung liegt leicht über dem, was die Banken nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie vorgenommen hatten. Nichtsdestotrotz stieg die Nachfrage der Firmen nach kurzfristigen Krediten, um den höheren Liquiditätsbedarf aufgrund von steigenden Energiepreisen und zunehmender Lagerhaltung zu decken. Dies spiegelt sich in der robusten Zunahme von Firmenkrediten wider. Sie lag im September gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei 8,9%.

Auch im Haushaltssegment stiegen die Kreditzinsen sichtbar an, und die Vergaberichtlinien wurden deutlich strenger. Bei den privaten Wohnungsbaukrediten erhöhten sich die Kreditrichtlinien zum zweiten Mal in Folge so stark wie seit Ende 2008 nicht mehr. Dabei spielten vor allem die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und die gesunkene Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer eine Rolle. Aufgrund dieser Faktoren geht die Nachfrage nach Konsumentenkrediten laut Bank Lending Survey moderat und nach Wohnungsbaukrediten sehr deutlich zurück. Im Vorjahresvergleich lag das Kreditvolumen an private Haushalte im September aber noch 4,4% über Vorjahresniveau.

Die Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte wird die EZB auf ihrem geldpolitischen Normalisierungskurs in Kauf nehmen, um gegen das starke Preiswachstum vorzugehen. Für das Jahr 2023 ist mit zwei weiteren Leitzinserhöhungen um jeweils 0,5 Prozentpunkte zu rechnen. Die weniger attraktiven Konditionen der TLTRO-III sollten zur zeitnahen Rückzahlung der in den vergangenen Jahren aufgenommenen Mittel führen, die nicht für reguläre Refinanzierungen genutzt werden.

Abschwung und Hilfen wegen hoher Energiepreise lassen Staatsdefizite steigen

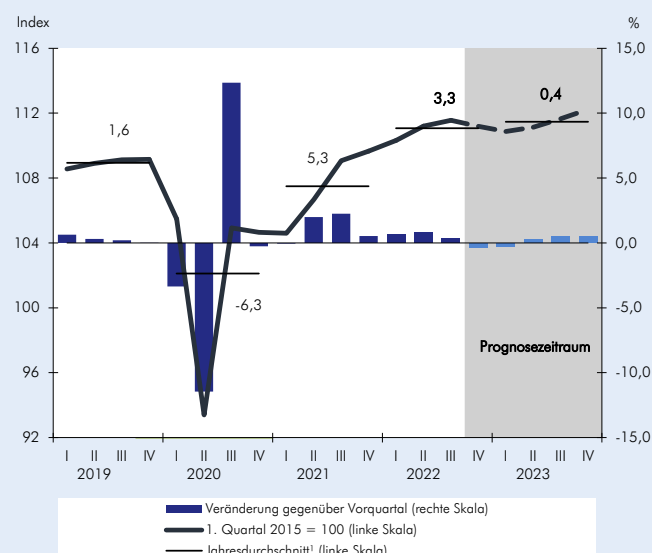
Anlässlich des russischen Überfalls auf die Ukraine wurde in der Europäischen Union im Mai 2022 die allgemeine Ausweichklausel verlängert, welche als Reaktion auf den Ausbruch der Pandemie im Jahr 2020 aktiviert worden war. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen also auch in den Jahren 2022 und 2023 nicht eingehalten werden. Mit 3,6% wird das über die Euroraumländer aggregierte Budgetdefizit relativ zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 wohl deutlich über der 3%-Marke liegen, es ist aber deutlich niedriger als in den beiden Jahren zuvor, weil sich die Wirtschaft von ihrem Einbruch während der Pandemie weitgehend erholt hat und die pandemiebedingten staatlichen Hilfen stark zurückgefahren werden konnten. Allerdings belastet seit Jahresmitte eine Fülle von Maßnahmen zur Dämpfung der Belastungen durch den Energiepreisanstieg die öffentlichen Haushalte. Darunter fallen etwa die Senkung von Umsatz- oder Gütersteuern auf Energie, die Übernahme von Kostenerhöhungen für private Haushalte und Unternehmen durch die öffentliche Hand und Einkommenszuschüsse, die pauschal oder gezielt an bedürftige Haushalte gezahlt werden. Im Jahr 2023 dürften die öffentlichen Haushalte noch stärker von diesen Maßnahmen belastet werden, und obwohl pandemiebedingte Programme zu ihrem Ende kommen, ist die finanzpolitische Ausrichtung dann insgesamt leicht expansiv. Dazu trägt auch die Aufbau- und Resilienzfazilität bei, deren Ausgaben im Euroraum von der EU-Kommission auf 0,5% relativ zum Bruttoinlandsprodukt geschätzt wird, nach 0,3% im Jahr 2022. Zu kritisieren ist, dass sich in der Herbstprognose der Europäischen Kommission vom November 2022 (wie schon zuvor) das EU- und das euroraumweite Defizit lediglich als konsolidierte Summe der nationalen Defizite ergibt.⁵ Die Schuldenaufnahme der Europäischen Union bleibt unerfasst, obwohl deren Rückzahlung letztlich von den Mitgliedsstaaten (oder von deren Bürgern in Form von EU-Abgaben) zu leisten sein wird.

Aufgrund des gestiegenen Renditeniveaus müssen die Mitgliedsstaaten im Jahr 2023 wieder mehr Schuldendienst leisten, auch wenn sich dieser Effekt aufgrund meist langer Fristigkeiten der Schuldtitel nur langsam niederschlägt. Alles in allem dürfte der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte im Euroraum im Jahr 2023 etwa –4,2% betragen. Trotzdem wird die Schuldenquote, welche Ende 2022 bei etwa 95% liegt, in den kommenden Jahren langsam sinken, denn noch stärker als der Schuldenstand wird aufgrund des starken Preisauftriebs das nominale Bruttoinlandsprodukt zulegen. Weil die Kommission in dem Kriterium der Bewegung der Schuldenquote in Richtung auf ein gut tragbares Niveau ein wichtiges Element der geplanten Fiskalpaktreform sieht, könnte diese Größe in Zukunft an politischer Bedeutung gewinnen.

Ausblick

Sämtliche Stimmungsindikatoren befinden sich aktuell auf einem niedrigen Niveau. Besonders schlecht ist die Stimmung bei den privaten Haushalten. Durch die hohe Inflation sind ihre real verfügbaren Einkommen gesunken, und die zuvor gebildete Überschussersparnis hat an Wert verloren. Insbesondere die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen ist deutlich gesunken und liegt derzeit auf einem historischen Tief. Gestiegene Finanzierungskosten dämpfen die Nachfrage nach Investitionen, sinkende Baugenehmigungen deuten auf eine rückläufige Bautätigkeit hin. In energieintensiven Branchen wie der Chemieindustrie dürften die anhaltend hohen Energiekosten zu einer weiter

Abbildung 8
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

⁵ Vgl. dazu *European Commission: European Economic Forecast, November 2022*, 53, Fußnote 34.

rückläufigen Aktivität führen. Der Rückgang der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt dürfte jedoch durch Aufholprozesse bei der Herstellung von Kraftfahrzeugen abgemildert werden.

Tabelle 3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2021	2022	2023	2024
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	5,3	3,3	0,4	1,9
privater Konsum	3,8	4,0	-0,2	1,7
öffentlicher Konsum	4,3	1,0	0,2	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	3,6	4,3	2,9	3,5
inländische Verwendung	4,2	3,4	0,6	2,0
Exporte ¹	10,5	7,3	2,8	3,9
Importe ¹	8,3	8,5	3,6	4,1
Außenbeitrag ²	1,3	-0,2	-0,2	0,0
Verbraucherpreise ³	2,6	8,4	6,6	3,2
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-5,1	-3,6	-4,2	-3,2
Leistungsbilanzsaldo	2,3	-0,8	-0,4	-0,4
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	7,7	6,7	6,8	6,6

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Damit dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schlussquartal 2022 sinken und zu Beginn des kommenden Jahres bestenfalls stagnieren. Die Konjunktur dürfte ab Mitte des kommenden Jahres wieder an Fahrt gewinnen. Die Belebung wird getragen vom privaten Konsum, der von allmählich steigenden Realeinkommen infolge steigender Nominallöhne und sinkender Inflationsraten profitiert. Zusätzliche Impulse sind von einer Belebung der Weltkonjunktur und des Welthandels zu erwarten. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2022 um 3,3% und in den darauffolgenden Jahren um 0,4% und 1,9% zunehmen (vgl. Abbildung 8 und Tabelle 3).⁶

Die Inflationsrate dürfte zu Jahresbeginn allenfalls geringfügig zunehmen, wenn zuvor im Großhandel beobachtete Preisanstiege an die Endverbraucher weitergegeben werden, vielerorts freilich gebremst durch staatliche Maßnahmen. Aufgrund von Basiseffekten geht die Energiepreisinflation spätestens ab dem Spätsommer

merklich zurück, im Jahr 2024 dürfte sie nahe bei null liegen. Die Kernrate dürfte deutlich länger auf einem höheren Niveau verbleiben, da sich die abzeichnenden kräftigeren Lohnerhöhungen vermehrt in den Preisen widerspiegeln. Die Inflationsrate insgesamt dürfte sich daher erst gegen Ende des Prognosezeitraums der geldpolitischen Zielmarke von 2% nähern. Im Jahresdurchschnitt 2022 wird sie wohl 8,4% betragen und in den Jahren darauf auf 6,6% bzw. 3,4% sinken (vgl. Tabelle 4).

Die aus Umfragen ermittelten Einstellungsabsichten von Unternehmen haben trotz pessimistischer Produktionserwartungen nur leicht abgenommen und deuten darauf hin, dass sich der Konjunkturabschwung kaum am Arbeitsmarkt bemerkbar machen wird. Nach durchschnittlich 6,7% im Jahr 2022 dürfte die Arbeitslosenquote leicht auf 6,8% im Jahr 2023 ansteigen und im Folgejahr auf 6,6% sinken.

Abschwung in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU

Von den östlich gelegenen Ländern der Europäischen Union ist der russische Krieg nicht weit entfernt. Bislang unterscheiden sich aber die Belastungen der Wirtschaft in diesem Raum nicht grundsätzlich von denen im Rest der Europäischen Union. Hoch ist freilich die Zahl der Menschen aus der Ukraine, die in Polen Zuflucht gefunden haben: Reichlich 1,5 Millionen sind dort als Flüchtlinge registriert, das sind etwa 4% der Einwohner im Land. Der Flüchtlingsstrom bringt Belastungen der öffentlichen Haushalte mit sich, aber auch zusätzliche Nachfrage nach kurzlebigen Konsumgütern. Was die Wirtschaft in der Ländergruppe vor allem belastet, sind die Kosten der Einfuhr von fossilen Energieträgern, welche relativ zur Wirtschaftskraft höher sind als im Schnitt der übrigen EU. Das gilt besonders für Ungarn, Bulgarien und die Slowakei. Die Inflationsraten waren schon vor Kriegsausbruch hoch und steigend, mit den höheren Energiepreisen sind sie bis November auf Werte zwischen 10,8% (Slowenien), und 21,4% (Estland) geklettert. Trotz erheblicher Knappheiten an den Arbeitsmärkten halten die Löhne mit den Preisen nicht Schritt.

Auch wenn die Politik vielerorts die Belastungen der Realeinkommen durch den Energiepreisschub abzumildern sucht, hat sich die binnenwirtschaftliche Absorption und damit die Konjunktur insgesamt in den meisten Ländern im

⁶ Ab Anfang 2023 ist Kroatien Teil des Euroraums. Die Produktion in Kroatien dürfte in diesem Jahr etwas stärker zulegen als in der Währungsunion insgesamt, die Konjunktur im Euroraum wird aber durch den Beitritt des relativ kleinen Landes nicht nennenswert beeinflusst.

Jahresverlauf deutlich abgeschwächt. Wo nationale Währungen im Umlauf sind, haben die Zentralbanken ihre Leitzinsen auf deutlich höhere Niveaus angehoben als die EZB, nämlich auf 6,75% (Polen, Rumänien), 7% (Tschechien) bzw. 13% (Ungarn). Trotzdem sind auf den Finanzmärkten Zweifel an der langfristigen makroökonomischen Stabilität einiger Länder aufgekommen: Für zehnjährige polnische Staatsanleihen lagen die Renditen im November bei 6,6%, für die Ungarns bei 8,2%, und der ungarische Forint hat im Jahresverlauf gegenüber dem Euro deutlich abgewertet. Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass politische Differenzen zwischen den beiden Ländern auf der einen und der Europäischen Kommission sowie wichtigen Partnerländern auf der anderen Seite den Zufluss von EU-Geldern aus dem Kohäsionsfonds und dem Next-Generation-Programm der EU gefährden. Ungarn droht eine Blockade von Überweisungen schon für das Jahr 2023. Allerdings hat sich die Wachstumsdynamik der Region in den vergangenen Jahren insgesamt als robust erwiesen, und deshalb stehen die Chancen gut, dass eine Rezession in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern der EU vermieden werden kann. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Jahr 2022 um 4,1% und im Jahr 2023 um 0,5% zunehmen (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Deutschland	24,8	2,6	1,9	0,2	1,9	3,2	8,5	7,3	3,9	3,6	3,0	3,0	3,0
Frankreich	17,2	6,8	2,5	0,2	1,8	2,1	5,9	4,0	2,2	7,9	7,3	7,5	7,2
Italien	12,2	6,7	3,7	0,0	1,1	2,0	8,7	9,0	3,8	9,6	8,1	8,2	7,8
Spanien	8,3	5,5	4,5	0,8	2,9	3,0	8,3	5,0	2,2	14,8	12,8	13,0	12,6
Niederlande	5,9	4,9	4,2	0,4	1,8	2,8	11,7	8,5	3,5	4,2	3,5	4,0	3,7
Belgien	3,5	6,1	3,0	0,2	1,4	3,2	10,5	7,3	3,1	6,3	5,4	5,6	5,4
Irland	2,9	13,4	11,5	3,2	4,2	2,5	8,8	7,9	3,1	6,3	4,8	5,0	4,4
Österreich	2,8	4,7	4,8	0,6	2,2	2,8	8,1	5,8	2,8	6,2	4,4	4,8	4,6
Finnland	1,7	3,0	1,9	-0,1	2,0	2,1	7,3	5,0	2,4	7,7	6,9	7,2	6,4
Portugal	1,5	5,5	6,6	0,4	2,0	0,9	8,1	5,6	2,7	6,6	5,9	6,3	6,1
Griechenland	1,3	8,0	6,1	0,0	2,3	0,6	9,5	3,3	2,4	14,8	12,5	12,0	11,6
Slowakei	0,7	3,0	1,5	0,6	4,4	2,8	12,2	10,5	5,9	6,8	6,2	6,2	5,9
Luxemburg	0,5	5,1	2,2	1,3	2,7	3,5	8,3	3,2	3,1	5,4	4,4	4,8	4,6
Kroatien	0,4	12,7	6,3	1,9	4,3	2,7	10,6	6,9	4,5	7,7	6,5	5,4	4,3
Litauen	0,4	6,0	2,7	1,5	3,1	4,6	19,1	11,0	8,9	7,1	5,9	6,3	6,1
Slowenien	0,4	8,3	4,9	0,6	3,8	2,0	9,3	4,8	2,9	4,8	4,1	4,3	4,1
Lettland	0,2	3,8	1,8	0,1	3,8	3,3	17,3	12,0	8,0	7,6	6,9	7,3	7,1
Estland	0,2	8,1	-0,3	0,0	4,0	4,5	19,4	10,2	7,7	6,2	5,6	5,5	5,2
Zypern	0,2	6,6	5,3	1,7	2,8	2,3	8,1	2,8	2,7	7,5	7,3	8,5	8,0
Malta	0,1	11,6	6,5	2,2	3,2	0,7	6,1	4,2	2,4	3,4	3,0	3,3	3,1
Euroraum insgesamt	85,2	5,3	3,3	0,4	1,9	2,6	8,4	6,6	3,2	7,7	6,7	6,8	6,6
Euroraum ohne Deutschland	60,0	6,4	3,9	0,5	2,0	2,4	8,3	6,3	3,0	9,2	7,5	7,7	7,3
Polen	4,0	6,7	5,4	-0,1	3,8	5,2	13,5	14,0	8,4	3,4	2,9	3,1	3,0
Schweden	3,7	4,8	2,9	0,9	2,4	2,7	8,1	6,6	3,1	8,8	7,4	7,1	7,1
Dänemark	2,3	4,9	3,1	0,7	2,1	2,0	9,0	8,3	3,7	5,1	4,4	4,3	4,1
Rumänien	1,7	5,3	4,1	1,5	3,1	4,1	11,8	7,2	4,0	5,6	5,5	5,4	5,3
Tschechien	1,6	3,5	2,2	-0,1	4,5	3,3	14,6	9,5	4,8	2,8	2,4	2,5	2,2
Ungarn	1,1	7,1	4,8	0,5	3,8	5,2	15,6	16,0	9,4	4,1	3,5	3,4	3,1
Bulgarien	0,5	7,1	3,7	1,4	3,5	2,9	13,1	10,1	6,4	5,3	4,3	3,6	2,8
MOE-Länder ⁴	11,0	6,1	4,1	0,5	3,8	4,2	13,7	11,4	6,7	4,5	4,0	4,0	3,7
EU 27 ⁵	100,0	5,4	3,4	0,4	2,1	2,8	8,9	7,1	3,6	7,0	6,1	6,2	5,9

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. – ² Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ³ Standardisiert. – ⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien. – ⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2021.

Quellen: Eurostat; IWF; ILO; Berechnungen des IWH; ab 2022: Prognose des IWH.

Großbritannien: nach Vertrauenskrise die Rezession

Im September 2022 kam in Großbritannien eine neue politische Führung ins Amt. Ihr Programm einer drastischen und nicht gegenfinanzierten Steuersenkung („Mini Budget“) wurde an den Finanzmärkten mit massiven Vertrauensverlusten quittiert, britische Anleihen und das Pfund verloren abrupt an Wert, und die Bank von England sah sich

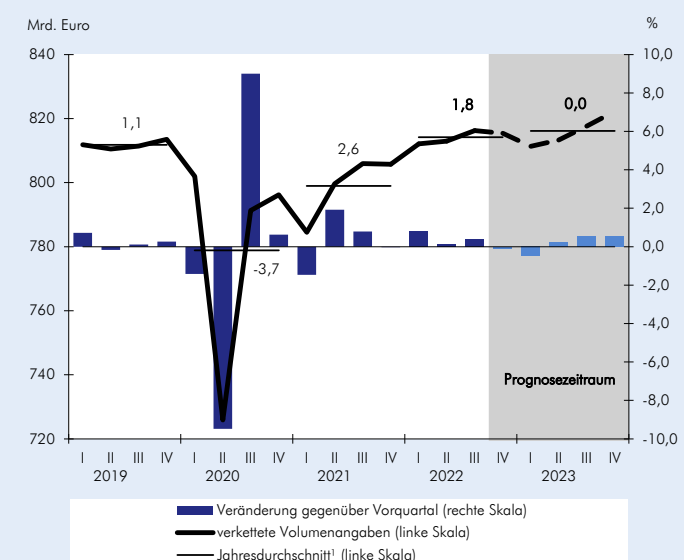
gezwungen, Staatstitel aufzukaufen, um große Pensionsfonds vor der Zahlungsunfähigkeit zu retten. Der Finanzminister und die Premierministerin wurden im Oktober ersetzt. Mit einer 180-Grad-Wende hin zu einer Politik der strikten Haushaltskonsolidierung gelang es, das Vertrauen der Finanzmärkte wiederherzustellen.

Schon vor der Vertrauenskrise war die Konjunktur schwach: Im dritten Quartal 2022 sind privater Konsum und Produktion etwas gesunken; beide Größen haben ihr Niveau von vor Ausbruch der Pandemie noch nicht wieder erreicht. Allerdings fiel in Großbritannien die Pandemie auch mit dem Austritt des Landes aus der EU (Anfang 2020) und aus dem Binnenmarkt (Anfang 2021) zusammen. Der Außenhandel brach in dieser Zeit ein und hat ebenfalls noch nicht wieder sein Niveau vom zweiten Halbjahr 2019 erreicht. Gegenwärtig kämpft die Wirtschaft mit hoher Inflation, welche im Jahresverlauf auf 11% im Oktober gestiegen ist. Staatlicher Zuschüsse an private Haushalte garantieren Obergrenzen für die stark steigenden Energiekosten. Die Zahlungen sollen im Frühjahr durch gezieltere Maßnahmen ersetzt werden. Zwar ist auch die Lohndynamik mit etwa 5% recht hoch, auch aufgrund der hohen Zahl unbesetzter Arbeitsplätze; letztlich müssen die Arbeitnehmer aber deutliche Realeinkommensverluste hinnehmen. Um die hohe Inflation zu bekämpfen, hat die Bank von England ihren Leitzins in den vergangenen 12 Monaten von 0,1% auf 3,5% im Dezember erhöht, und weitere Zinsschritte werden folgen. An den Finanzmärkten wird mit Kurzfristzinsniveau von 4,3% im Jahr 2024 gerechnet. Eine Rezession scheint aufgrund der Realeinkommensverluste und der restriktiven Geld- und Finanzpolitik wahrscheinlich. Im Jahr 2022 dürfte das Bruttoinlandsprodukt noch um 4,4% expandiert haben, für das Jahr 2023 ist mit einem Rückgang von 0,2% zu rechnen.

Deutsche Wirtschaft kommt im Jahr 2023 unter hohen Anpassungsdruck

Zum Jahreswechsel sieht die deutsche Wirtschaft schwierigen Zeiten entgegen: Die Terms of Trade, also das Austauschverhältnis zwischen Export- und Importgütern, haben sich deutlich verschlechtert. Der Energiepreisanstieg erhöht die Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte und belastet, auch weil der Staat einen Teil dieser Kosten trägt, die öffentlichen Haushalte. Die Wettbewerbsposition von Unternehmen, die in Europa energieintensiv produzieren, wird durch die im Jahr 2022 erfolgte Abwertung des Euro nur wenig gelindert. Die Finanzierungsbedingungen haben sich mit der geldpolitischen Wende und, wohl noch wichtiger, mit der vorsichtigeren Kreditvergabe durch die Banken verschlechtert. Weiter unsicher bleiben die internationalen Lieferketten, und das Geschäft mit dem wichtigen Handelspartner China ist mit erheblichen, auch politischen, Risiken verbunden. Es überrascht nicht, wenn Umfragen das Bild eines unter Unternehmen und Haushalten weit verbreiteten Pessimismus zeichnen. Bei alledem zeigt sich die deutsche Konjunktur bislang recht robust, und die Produktion hat bis in den Herbst hinein expandiert. Zwar ist der Abschwung im dritten Quartal am Bau angekommen, die Ausrüstungsinvestitionen haben aber weiter deutlich zugelegt, wenn ihr Niveau auch immer noch deutlich unter dem von vor der Pandemie liegt. Auch die privaten Haushalte haben ihre Ausgaben zuletzt weiter ausgeweitet. Mit Abklingen der Pandemie wurden insbesondere wieder vermehrt personengebundene Dienstleistungen nachgefragt. Dabei half, dass die verfügbaren Einkommen im Sommerhalbjahr auch real zugelegt haben. Erst im Winter, wenn der Energiepreisanstieg sein Maximum erreicht, werden die Realeinkommen und mit ihnen auch der private Konsum sinken. Dieser Rückschlag wird allerdings nicht so stark ausfallen

Abbildung 9
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

wie noch im Herbst zu vermuten war, denn mit der Befüllung der Gasspeicher sind die Großhandelspreise für Gas und Strom in September und Oktober stark zurückgegangen.

Tabelle 5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-4,6	3,5	5,1	-0,9	0,9	0,9	1,0	-0,5	-1,2	0,4	0,5	0,5
öffentlicher Konsum	-1,9	4,8	-1,5	0,3	0,7	0,5	0,0	0,0	-0,1	-0,1	0,1	0,1
Bauten	-1,8	2,4	-2,9	-0,8	3,1	-3,2	-1,4	-0,6	-0,5	0,2	0,5	1,0
Ausrüstungen	-1,0	0,3	-3,1	0,9	1,9	1,1	2,7	0,9	0,2	1,0	1,3	1,2
sonstige Anlagen	-1,3	0,7	0,6	0,6	-0,1	0,8	1,0	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8
Vorratsinvestitionen ²	1,6	-1,0	-0,1	0,6	-0,3	0,7	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-1,5	2,2	1,7	0,2	0,8	1,1	0,5	-0,3	-0,6	0,3	0,5	0,6
Außenbeitrag ²	0,0	-0,1	-0,8	-0,2	0,1	-0,9	-0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0
Exporte	3,4	1,1	-0,7	2,9	-0,3	0,5	2,0	-0,4	-0,1	0,4	0,7	0,8
Importe	4,0	1,5	1,1	3,8	-0,5	2,7	2,4	-0,7	-0,5	0,5	0,6	0,8
Bruttoinlandsprodukt	-1,5	1,9	0,8	0,0	0,8	0,1	0,4	-0,1	-0,5	0,2	0,5	0,6

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Die Lage an den europäischen Gasmärkten bleibt freilich fragil. So sind aufgrund des Kälteeinbruchs die Preise Anfang Dezember wieder ein Stück weit gestiegen. Allerdings wird die öffentliche Subventionierung von Energie durch die Gas- und Strompreisbremse die amtlich gemessene Inflationsdynamik verringern. Geringer fällt damit auch der Rückgang von Realeinkommen und privatem Konsum aus. Weil aber auch die Auslandsnachfrage an Schwung verlieren dürfte, ist damit zu rechnen, dass die Produktion in Deutschland in den beiden Winterquartalen etwas sinken wird (vgl. Abbildung 9 und Tabelle 5). Die Beschäftigung dürfte dabei kaum zurückgehen, denn der derzeitige Arbeitskräftemangel ist nicht konjunkturell, sondern im Wesentlichen strukturell bedingt. Für das Frühjahr 2023 ist mit einer leichten Entspannung der Energiekrise zu rechnen. Die Gas- und Strompreise werden aber nur wenig zurückgehen, denn teureres Flüssiggas ersetzt Erdgas aus Pipelines, und in die Preisbildung im Sommer werden Erwartungen darüber einfließen, dass im kommenden Winter Gas wieder knapp sein wird. Was die deutsche Konjunktur ab dem Frühjahr stützen dürfte, ist eine weitere Entspannung der internationalen Lieferketten und eine Belebung der Weltkonjunktur. Impulse kommen auch vom hohen Modernisierungsdruck auf die deutsche Wirtschaft. Das betrifft energetische Sanierungen, den Ausbau von Netzinfrastruktur, die Anpassung der Chemischen Industrie an veränderte Kostenstrukturen, den Aufbau von Produktionsstätten für Elektroautos und vermehrte Investitionen in militärische Ausrüstung. Ein begrenzender Faktor dürfte in vielen Fällen die ausgelasteten Kapazitäten sein. Das betrifft insbesondere die Bauwirtschaft, in der schon in den vergangenen Jahren hohe Nachfrage zu Preissteigerungen, aber kaum zu einer Ausweitung der Produktion geführt hat. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften dagegen, trotz schwierigerer Finanzierungsbedingungen, recht kräftig expandieren.

Tabelle 6**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
statistischer Überhang ¹	2,2	0,8	0,2	0,7
Jahresverlaufsrate ²	1,2	1,2	0,8	1,7
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,6	1,9	0,2	1,9
Kalendereffekt ³	0,1	-0,1	-0,2	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	2,6	1,8	0,0	1,9

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summierung bedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Alles in allem expandiert das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2022 um 1,8% (vgl. Tabelle 6), wobei der private Konsum den größten Beitrag hierzu liefert (vgl. Tabelle 7). Im Jahr 2023 dürfte die Produktion lediglich stagnieren (arbeitstäglich bereinigt um 0,2% expandieren) und im Jahr 2024 um 1,9%

steigen (vgl. Abbildung 10).⁷ Im Jahr 2024 liegt sie nach vorliegender Prognose knapp unter ihrem langfristigen Wachstumspfad (vgl. Kasten 1). Die Teuerung erreicht – gemessen an der Veränderung des Verbraucherpreisindex

Tabelle 7

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹

in Prozentpunkten

	2021	2022	2023	2024
Konsumausgaben	1,0	2,6	-0,1	1,2
private Konsumausgaben	0,2	2,3	-0,1	1,0
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,4	0,0	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,1	0,1	0,6
Bauten	0,0	-0,2	-0,3	0,2
Ausrüstungen	0,2	0,2	0,2	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,5	0,3	0,2	0,1
inländische Verwendung	1,8	3,1	0,2	1,9
Außenbeitrag	0,8	-1,2	-0,1	0,0
Exporte	4,2	1,3	0,5	0,0
Importe	-3,4	-2,6	-0,6	0,0
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	0,0	1,9

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

gers stark betroffen. Es gibt aber auch ein erhebliches binnenwirtschaftliches Risiko: Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass es im Winter zu keiner staatlichen Bewirtschaftung von Gas und Strom kommt, ansonsten müsste mit einem deutlich stärkeren Produktionseinbruch gerechnet werden.⁸ Die Gas- und Strompreisbremse dürfte den Produktionsrückgang im Winter zwar abfedern, sie erhöht aber auch das Risiko, dass es – etwa wenn der Winter kalt wird – doch zu Rationierungen und einem tiefen Einbruch der Produktion in Deutschland kommt, denn durch sie wird der Anreiz, Gas einzusparen, verringert.

Zur Prognosegüte und zur Anpassung der Prognose für 2022

Im dritten Quartal 2022 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion um 0,4% gestiegen. Das IWH hatte in seiner Herbstprognose, die am 8. September 2022 veröffentlicht wurde, einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes im dritten Quartal um 0,4% erwartet und demnach die Dynamik um 0,8 Prozentpunkte unterschätzt.⁹ Maßgeblich war hierfür eine Unterschätzung der Anlageinvestitionen. Der Zuwachs der Investitionen in Ausrüstungen wurde um 3,7 Prozentpunkte und der von Investitionen in Bauten um 2,3 Prozentpunkte unterschätzt. Während die Investitionen in Ausrüstungen um 2,7%

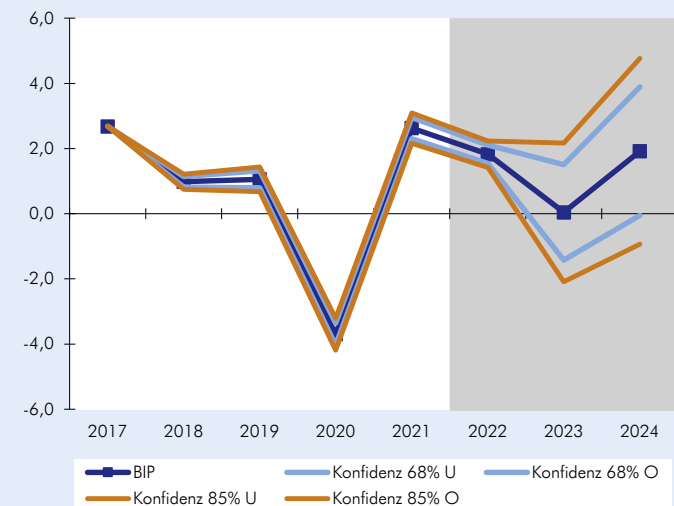
gegenüber dem Vorjahreszeitraum – im Februar 2023 ihren Höhepunkt, danach ebbt die Inflation mit dem Einsetzen der Gas- und Strompreisbremse deutlich ab, ist aber mit 6,5% im Durchschnitt des Jahres 2023 weiter hoch. Mit dem Ende der Gas- und Strompreisbremse im Frühjahr 2024 steigt die Inflation wieder. Für das Gesamtjahr ergibt sich eine Rate von 3,5%. Die Lohndynamik bleibt trotz der deutlichen Erhöhungen des Mindestlohns vom Oktober 2022 im Jahr 2023 mit 3,9% deutlich hinter der Preisdynamik zurück.

Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft ist von den im internationalen Teil genannten weltwirtschaftlichen Risiken beson-

Abbildung 10

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

⁷ Für das Jahr 2022 reicht das 68%-Prognoseintervall Bruttoinlandsproduktes von 1,5% bis 2,1%, für das Jahr 2023 von -1,4% bis 1,5% und für 2024 von 0% bis 3,9% (vgl. Abbildung 10). Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

⁸ Vgl. dazu *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust. Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022, Essen 2022*, 68–76.

⁹ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Energiekrise in Deutschland*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (3), 2022, 84.

ausgeweitet wurden, waren die Bauinvestitionen um 1,4% rückläufig. Der Zuwachs des privaten Konsums wurde in der Prognose vom September um 0,6 Prozentpunkte unterschätzt. Die privaten Haushalte haben ihren Konsum im dritten Quartal 2022 im Vergleich zum Vorquartal um 1% ausgeweitet. Unterschätzt wurde auch die Entwicklung der Exporte (um 1,6 Prozentpunkte) und der Importe (um 2 Prozentpunkte).

Tabelle 8**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

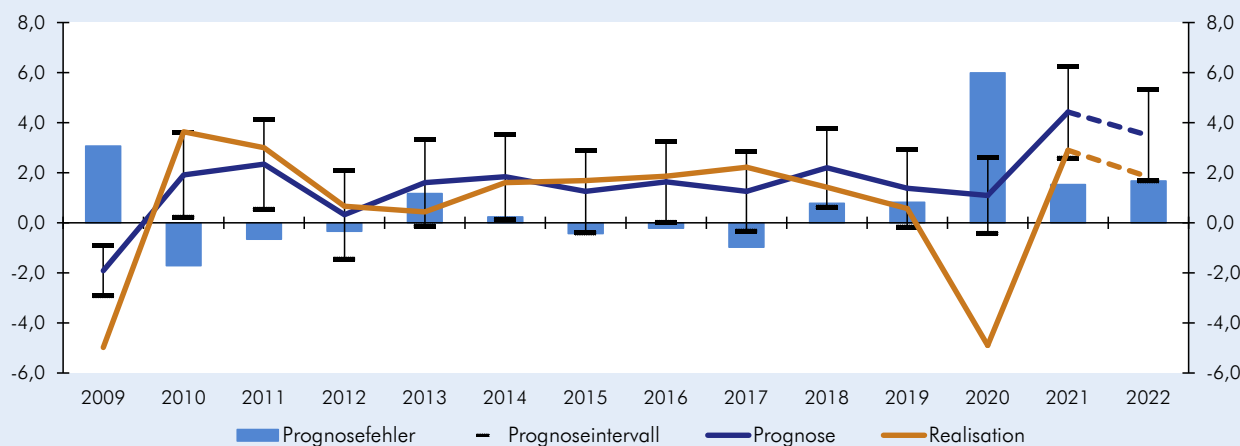
	IWH Herbstprognose 2022		IWH Jahresausblick 2023		Prognosekorrektur für 2022	
	Prognosewerte für 2022		Prognosewerte für 2022		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	2,7	2,6	3,2	3,1	0,5	0,5
Privater Konsum	3,8	1,9	4,6	2,3	0,8	0,4
Staatlicher Konsum	3,3	0,7	1,6	0,4	-1,7	-0,3
Bauten	-3,0	-0,4	-1,9	-0,2	1,1	0,2
Ausrüstungen	0,6	0,0	3,4	0,2	2,8	0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	2,0	0,1	2,1	0,1	0,1	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,2	-	0,3	-	0,1
Außenbeitrag	-	-1,5	-	-1,2	-	0,3
Ausfuhr	1,6	0,8	2,8	1,3	1,2	0,5
Einfuhr	5,4	-2,3	6,1	-2,6	0,7	-0,3
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,1	1,8	1,8	0,7	0,7
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	1,6	-	1,9	-	0,3	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	2,6	-	3,3	-	0,7	-
Welthandel	4,0	-	4,1	-	0,1	-
Verbraucherpreise	7,9	-	7,8	-	-0,1	-

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Die Bruttowertschöpfung wurde im dritten Quartal 2022 gegenüber dem Vorquartal um 1,4% ausgeweitet, vor allem wegen eines kräftigen Zuwachses bei den Dienstleistungen. Insbesondere im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit fiel der Anstieg vergleichsweise hoch aus, was auf einen zunehmenden Besuch ukrainischen Flüchtlingskinder in Bildungseinrichtungen zurückzuführen ist. Im Produzierenden Gewerbe war ein erneuter Rückgang zu beobachten, welcher vor allem auf Materialengpässe insbesondere im Bau zurückzuführen ist. Insgesamt wurde der Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 1,7 Prozentpunkte unterschätzt.

Abbildung 11**Prognosefehler des IWH für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr**

Prognosen vom Dezember des Vorjahres, Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Nach der hier vorliegenden Prognose dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 1,8% expandieren (vgl. Tabelle 8). Die Prognosekorrektur von 0,7 Prozentpunkten im Vergleich zum Herbst für das Gesamtjahr ergibt sich maßgeblich aus dem Prognosefehler des IWH für das dritte Quartal sowie aus der Prognoseanpassung für das vierte Quartal. Datenrevisionen für das erste Halbjahr durch das Statistische Bundesamt spielen für die Prognosekorrektur kaum eine Rolle. In seiner Dezember-Prognose im Jahr 2021 hatte das IWH einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 3,5% für das Folgejahr prognostiziert.¹⁰ Im Vergleich zu vorherigen IWH-Prognosen ist der aus heutiger Sicht erwartete Prognosefehler mit 1,7 Prozentpunkten vergleichsweise hoch (vgl. Abbildung 11), was jedoch angesichts des Krieges in der Ukraine und des auch kriegsbedingt kräftigen Preisanstiegs nicht überraschend ist.

Kasten 1

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis 2027 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,9% (vgl. Tabelle K1). Dieser liegt um 0,4 Prozentpunkte höher als in der Projektion im Rahmen der IWH-Herbstprognose. Am Ende des Projektionszeitraums 2027 ergibt sich somit ein um 2,6% höheres Produktionspotenzial. Diese außergewöhnlich starke Korrektur geht auf weniger schwache Konjunkturperspektiven in der kurzen Frist sowie eine wanderungsbedingt höhere Bevölkerung zurück.

Tabelle K1

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996-2021 ²		1996-2021		2021-2027	
Produktionspotenzial	1,3		1,3		0,9	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	1,2	(0,4)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,5	(0,5)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,1)	0,2	(0,1)	0,0	(0,0)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,2	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,1	
Erwerbsquote	0,2		0,2		-0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5		-0,5		-0,3	
Nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,1		0,9	

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der Anfang Dezember 2022 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welcher moderate Annahmen zu Wanderung, Geburtenrate und dem Anstieg der Lebenserwartung zugrunde liegen. In der vorliegenden Projektion wird der Wanderungssaldo geringfügig angepasst. Dabei werden aktuelle Daten zur Wanderung sowie der Zahl beantragter Aufenthaltstitel berücksichtigt und die Migrationsbewegung aus der Ukraine explizit als Sondereffekt betrachtet. Die in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellte kontinuierliche Rückführung des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 wird daher nur auf die übrige Wanderung angewandt. Der Wanderungssaldo beläuft sich in diesem Jahr auf 1,5 Millionen (davon 1,1 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine) und im kommenden Jahr auf 536 000 (davon 150 000 Ukrainer). Ab dem Jahr 2024 ist keine Nettozuwanderung aus der Ukraine mehr unterstellt, die übrige Zuwanderung geht von 373 000 schrittweise zurück. Darüber hinaus werden für die Geflüchteten aus der Ukraine weitere Annahmen getroffen. So wird hinsichtlich der Altersstruktur angenommen, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) etwa

¹⁰ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Deutsche Wirtschaft noch nicht immun gegen COVID-19 – Ausblick erneut eingetrübt, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 9 (4), 2021, 99–142.

60% beträgt. Ihre Partizipationsquote steigt über den gesamten Projektionszeitraum von 40% auf 65% an. Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zunächst noch leicht zunehmen und erst ab dem Jahr 2025 im Zuge des demografischen Wandels allmählich sinken. Über den gesamten Zeithorizont nimmt sie um etwa 640 000 Personen auf 62,9 Millionen im Jahr 2027 zu. Dabei wird die Partizipation aufgrund der zunächst niedrigen Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgehen und erst ab dem Jahr 2025 wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,7% auf 75,3% steigen.

Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2027 methodenbedingt mit 3,5% etwas höher liegen als im Jahr 2021 (2,9%).

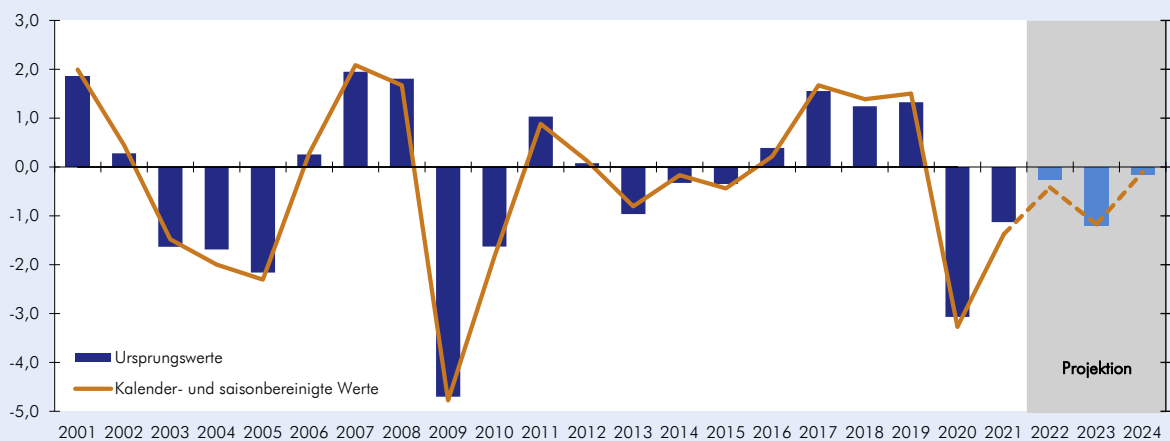
Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer stagniert in der kurzen Frist. Ab dem Jahr 2025 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen verläuft zunächst schneller. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums nimmt sie wieder langsamer ab. Über den gesamten Zeitraum sinkt sie um etwa 20 Stunden pro Jahr.

Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen infolge der hohen Nettozuwanderung zunächst zunehmen und erst ab dem Jahr 2024 abnehmen. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum bleibt das potenzielle Arbeitsvolumen jahresdurchschnittlich konstant und hat damit keinen Effekt auf das Potenzialwachstum.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,2% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Die Abgangsquote wurde dabei mit dem Istwert des Jahres 2019 fortgeschrieben (2,4%), da die Abgangsquote im Jahr 2020 pandemiebedingt verzerrt gewesen sein könnte und im Jahr 2021 die Abgänge im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe außergewöhnlich hoch (2,6%) ausfielen.

Abbildung K1
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,5% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials davon ausgegangen, dass es keinen durch die Corona-Pandemie bedingten Bruch in der Trendfortschreibung gibt.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von -0,2% und im Folgejahr von -1,2%. Im Durchschnitt des Jahres 2024 ist sie nahezu geschlossen (-0,2%) (vgl. Abbildung K1).

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,00 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist etwa so hoch wie im Schnitt des Jahres 2022. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2022 um 4,1%, im Jahr 2023 um 1,9% und im Jahr darauf um 2,8% zulegen. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB steigt bis zum zweiten Quartal 2023 auf 3,5% und bleibt für den Rest der Prognosezeit unverändert. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2022 bei 101,50 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 84 US-Dollar, und im Jahr 2024 bei 79 US-Dollar. Zu den Annahmen über Erdgas- und Strompreise siehe Kasten 2.

Schnell steigende Zinsen und stark verschärfte Kreditvergaberichtlinien

Die zehnjährigen Bundesanleihen rentierten im November 2022 mit durchschnittlich 2,1%, nachdem sie erst im Januar wieder positive Werte erreicht hatten. Die Umlaufrenditen für deutsche Unternehmensanleihen legten sogar noch mehr zu als die der Bundesanleihen und standen zuletzt bei 4,4%.

Wie im Euroraum schnellten die Kreditzinsen auch in Deutschland in die Höhe. Der Zins für neue Wohnungsbaukredite erreichte im Oktober einen Wert von 3,3% und ist damit mehr als doppelt so hoch wie Anfang des Jahres. Er liegt damit das erste Mal seit dem Jahr 2011 über dem Durchschnitt des Euroraums. In Deutschland verschärften die Banken zudem ihre Kreditstandards noch stärker als im übrigen Euroraum. Bei den privaten Wohnungsbaukrediten kam es sogar zur stärksten jemals im Rahmen des Bank Lending Survey (BLS) gemessenen Anpassung. Bereits im Quartal zuvor war es zu einer deutlichen Verschärfung der Vergabebedingungen im Immobilien- und Konsumenten-segment gekommen. Hier verzeichneten die deutschen Banken zugleich einen drastischen Rückgang der Nachfrage. Dabei wirkten die Aussichten am Immobilienmarkt das erste Mal seit der globalen Finanzkrise dämpfend auf die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten. Trotz höherer Zinsen und strengerer Vergabestandards nahm im dritten Quartal das an Unternehmen und private Haushalte ausgegebene Kreditvolumen im Vergleich zum Vorquartal weiter kräftig zu. Das Verhältnis von Kreditvolumen zum Bruttoinlandsprodukt stieg leicht auf 86,8% und liegt damit weiterhin auf einem etwas höheren Niveau als vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie.

Die hohe Inflation und die aktuelle Umfrage des BLS lassen darauf schließen, dass sich die Finanzierungskonditionen in Deutschland allmählich verschlechtern werden. Durch die günstige Ausgangslage hält sich die Belastung für das Finanzierungsumfeld jedoch in Grenzen.

Finanzpolitik zunächst noch expansiv ausgerichtet

Im Jahr 2022 war die Finanzpolitik erneut expansiv ausgerichtet. Zwar gingen staatliche Hilfsmaßnahmen für von der Corona-Pandemie besonders betroffene Unternehmen sowie die pandemiebedingten Mehrausgaben im Gesundheitswesen zurück. Dem standen aber Mehrausgaben durch finanzpolitische Maßnahmen zur Abfederung der Realeinkommensverluste durch die Inflation gegenüber, wie die Energiepreispause, die temporäre Senkung der Energiesteuer, die Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Erdgas oder diverse Einmalzahlungen. Im Jahr 2023 dürfte der Expansionsgrad der Finanzpolitik wieder zunehmen. Obgleich die staatlichen Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie dann annahmegemäß weiter zurückgehen, wirken diverse Entlastungsmaßnahmen ausgabensteigernd. Spürbare Entlastungen ergeben sich im steuerlichen Bereich durch das Inflationsausgleichsgesetz, die volle steuerliche Anrechenbarkeit von Altersvorsorgeaufwendungen sowie durch die ganzjährig wirkende Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Erdgas. Zudem entlasten die Strom- und die Gaspreibremse rückwirkend zum 1. Januar 2023 Haushalte und Unternehmen. Dabei erhalten die Energieversorgungsunternehmen als Ausgleich für die Umsatzauffälle infolge der Deckelung der Strom- und Gaspreise eine staatliche Subvention. Die genaue Belastung der öffentlichen Haushalte hängt von der Entwicklung der Marktpreise für Strom und Gas und möglichen Verhaltensänderungen der Verbraucher ab. In dieser Prognose sind für das Jahr 2022 Mehrausgaben in Höhe von 9 Mrd. Euro, im Jahr 2023 von 88 Mrd. Euro unterstellt. Schließlich werden investive Maßnahmen für die Landesverteidigung und den Klimaschutz ausgeweitet sowie das Wohngeld aufgestockt und das Bürgergeld eingeführt. Nachfragedämpfend wirken hingegen der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie

Tabelle 9

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2022	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	–1,6	–1,5	–1,5
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags	–1,4	–0,7	–0,5
Temporäre Senkung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie und auf Erdgas	–2,4	–5,9	7,3
Temporäre Senkung der Energiesteuer	–3,2	3,2	0,0
Energiepreispauschale	–10,0	10,0	0,0
Inflationsausgleichsgesetz: Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag Verschiebung der Tarifeckwerte		–12,3	–14,6
Zweites Familienentlastungsgesetz: Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags und Tarifverschiebung bei der Einkommensteuer zum 1.1.2021 und zum 1.1.2022	–5,2	–0,9	–0,2
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	–3,8	0,8	2,3
Änderungen bei der Tabaksteuer	1,8	0,6	0,0
Jahressteuergesetz 2022		–3,1	0,2
Erhöhung von Grundfreibetrag und Arbeitnehmerpauschbetrag zum 1. Januar 2022	–4,5	–0,4	0,0
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	–1,2	0,0	0,0
Umsetzung des Klimapakets im Steuerrecht	–0,5	–0,2	0,0
Anhebung der Luftverkehrsabgabe	0,1	0,4	0,0
CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	1,6	0,0	2,0
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Änderungen bei der Lkw-Maut		0,7	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2023 um 0,3 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2024 um 0,7 Prozentpunkte		3,7	8,3
Erhöhung des Beitragszuschlags für Kinderlose in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkt zum 1.1.2022	0,3	0,0	0,0
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2022 und Erhöhung um 0,06 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	–0,3	0,6	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1.1.2023		2,5	0,1
Erhöhung der Mini- und Midijobgrenzen	–0,2	–1,3	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ³	–3,2	–0,6	2,0
Investitionspaket des Bundes vom März 2020	–1,0	–1,0	–0,5
Änderungen beim Wohngeld		–3,0	0,3
Aufbauhilfefonds 2021	–3,0	–3,0	0,0
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	–2,5	–5,0	–3,0
Arbeit von morgen-Gesetz	–0,1	0,0	0,0
Teilhabechancengesetz	0,2	0,0	0,0
Mehrausgaben für Verteidigung	–5,0	–9,0	–4,0
Finanzielle Unterstützung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen		–8,0	8,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	–0,5	–0,5	0,0
Heizkostenzuschuss I und II	–1,7	1,7	0,0
Drittes Entlastungspaket: Einmalzahlungen an Rentner und Studierende, Anhebung des Kinderzuschlags	–6,0	5,1	0,7
Pflegebonus 2022	–1,0	1,0	0,0
Energiekostenzuschuss für Unternehmen	–3,0	–2,0	5,0
Strom- und Gasprelsbremse (inkl. Dezember-Abschlag)	–9,0	–79,0	57,0
Spitzenausgleich bei Strom- und Energiesteuern	–1,7	0,0	1,7
Preissenkungen im öffentlichen Personennahverkehr	–2,7	0,7	–1,0
Mittel für den Bau von LNG-Terminals	–3,0	0,0	3,0
Inflationsausgleichsgesetz: Anhebung des Kindergeldes zum 1. Januar 2023		–6,3	1,5
Zusätzliche Mittel für Hochschulen		–0,6	–0,3
Einführung Bürgergeld im Jahr 2023		–0,6	–0,3
Änderungen beim BAföG	–0,3	–0,6	0,1
Ausgaben der Sozialversicherungen			
rentenpolitische Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag 2018 ⁴	–0,5	–0,3	–0,3
Grundrente	–1,8	0,8	–0,2
Wiedereinführung Nachholfaktor bei der gesetzlichen Rentenversicherung	2,0	0,0	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	–0,1	–0,1	–0,2
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz		1,9	0,3
Arbeit von morgen-Gesetz	–0,2	0,0	0,0
Pflegereform 2021	–1,2	–0,7	–0,1
Diskretionäre Maßnahmen insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁶	–75,3	–112,6	73,5
Konjunkturpaket vom Juni 2020 (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr) ⁵	25,0	22,0	13,0
Sonstige Corona-Maßnahmen (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr) ⁵	25,0	15,0	0,0
Insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	–25,3	–74,6	85,5
Insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,7	–1,9	2,0

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Anhebung der Pendlerpauschale zum 1. Januar 2022. – ³ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. – ⁴ Mütterrente II, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. –

⁵ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

die Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2023. Zudem entfallen einige Maßnahmen aus den Entlastungspaketen im kommenden Jahr bereits komplett. Alles in allem ergibt sich dennoch ein expansiver Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen in Höhe von 1,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, nach einem Impuls in Höhe von 0,7% im Jahr zuvor (vgl. Tabelle 9).

Im Jahr 2024 schwenkt die Finanzpolitik nach jetzigem Stand auf einen restriktiven Kurs ein. Nachfragestimulierend wirken nochmals das Inflationsausgleichsgesetz sowie zusätzliche Investitionen in die Landesverteidigung und den Klimaschutz. Deutliche Minderausgaben des Staates ergeben sich aber durch das Auslaufen nachfragestabilisierender Maßnahmen. Dabei fallen vor allem die mit den in dieser Prognose unterstellten, sinkenden Strom- und Gaspreisen rückläufigen und im Frühjahr 2024 auslaufenden Ausgaben im Rahmen der Preisbremsen ins Gewicht. Aber auch die Wiederanhebung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas und auf gastronomische Leistungen und die weitere Anhebung der CO₂-Preise in den Bereichen Wärme und Verkehr wirken nachfragedämpfend. Zudem ist zum 1. Januar 2024 von einem deutlichen Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags bei der gesetzlichen Krankenversicherung auszugehen. Insgesamt beläuft sich der restriktive Impuls aus finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2024 auf voraussichtlich 2,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Arbeitsmarkt: Rückgang der Arbeitszeit, aber kaum der Beschäftigtenzahl

Trotz der schlechten Konjunkturaussichten hat die Beschäftigung im dritten Quartal 2022 leicht um etwa 22 000 Personen zugenommen (vgl. Abbildung 12). Das Beschäftigungsniveau lag damit um 211 000 Personen bzw. 0,5% über dem Stand von vor Beginn der Corona-Pandemie. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit resultiert dabei seit einigen Quartalen vollständig aus der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die ausschließlich geringfügige Beschäftigung nahm deutlich ab, da sich ein Teil der dort Beschäftigten beispielsweise im Gast- und Beherbergungsgewerbe infolge der Pandemiemaßnahmen langfristig umorientierte. Zuletzt kam es jedoch wieder zu leichten Zuwächsen bei der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung. Die Zahl der Selbstständigen ging weiter zurück.

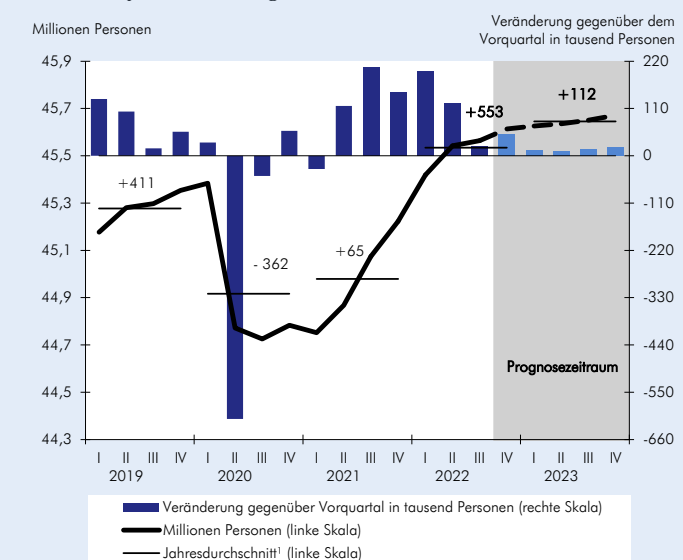
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg zuletzt im Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Bereich. Relativ am stärksten nahm sie im Bereich Information und Kommunikation zu. Im Verarbeitenden Gewerbe ging hingegen die Beschäftigung leicht zurück.

Die Zahl der Kurzarbeiter nahm seit Jahresbeginn 2022 kontinuierlich bis August ab. Im September stieg sie laut Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit wieder an auf 157 000 Personen.¹¹ Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall je Kurzarbeiter lag zuletzt bei 27,7%. Der Rückgang der Kurzarbeit wirkte dabei positiv auf die Zunahme der durchschnittlichen Arbeitszeit im Jahresverlauf. Hingegen bremste der ausgesprochen hohe Krankenstand im gesamten Jahr 2022¹² den Anstieg der Arbeitszeit.

Im Winterhalbjahr 2022/2023 wird die Erwerbstätigkeit aufgrund der konjunkturellen Lage nur noch wenig zulegen. Vor allem aber dürfte mit der Zahl der Überstunden die Arbeitszeit zurückgehen, auch weil der Krankenstand wohl noch eine Weile hoch bleibt. Die Nutzung der

Abbildung 12
Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

¹¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Tabellen, Realisierte Kurzarbeit (hochgerechnet) (Monatszahlen), Nürnberg, November 2022.

¹² Vgl. dazu BKK-Dachverband: Statistik – Monatlicher Krankenstand, November 2022.

Kurzarbeit dürfte in der konjunkturellen Schwächephase im Winter wohl nicht sehr stark steigen; da die während der Corona-Pandemie erstatteten Sozialversicherungsbeiträge derzeit nicht mehr vom Staat übernommen werden.

Erst ab dem dritten Quartal 2023 ist eine leichte Belebung am Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Produktivitätszunahme wird im Jahr 2023 noch schwach bleiben, da neben Lieferkettenproblemen auch die Energieprobleme eine effiziente Produktion behindern. Auch im Jahr 2024 erhöht sich die Beschäftigung nur wenig, da dann geburtenstarke Jahrgänge beginnen, in den Ruhestand zu wechseln. Insgesamt dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahr 2023 um 0,2% und im Jahr darauf um 0,1% zulegen. (vgl. Tabelle 10).

Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg aufgrund der erstmaligen Erfassung der ukrainischen Flüchtlinge im Juni 2022 sprunghaft an. Mittlerweile geht die Anzahl der registrierten Personen aus der Ukraine jedoch bereits wieder zurück, insbesondere, weil viele von ihnen eine Beschäftigung gefunden haben oder an Arbeitsmarktmaßnahmen teilnehmen. In den beiden nächsten konjunkturell schwachen Quartalen dürfte die Arbeitslosigkeit nochmals zulegen, mit der Wiederbelebung der Konjunktur im weiteren Prognoseverlauf wird sie wohl wieder sukzessive zurückgehen. Insgesamt dürfte die Arbeitslosenquote im Jahr 2022 5,3% und im Jahr 2023 5,6% betragen. Für das Folgejahr ist mit einer Arbeitslosenquote von 5,5% zu rechnen.

Tabelle 10**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2021 und 2022**

	2021	2022 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) ¹	41 022	41 633	611	1,5
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 897	34 515	584	1,8
Geförderte ²	118	112	-6	-5,0
nicht geförderte	33 779	34 403	624	1,8
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 100	4 119	18	0,4
sonstige	3 024	3 000	-24	-0,8
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 958	3 901	-57	-1,4
geförderte Selbstständigkeit	9	7	-2	-17,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 949	3 893	-56	-1,4
Erwerbstätige (Inland)	44 980	45 533	553	1,2
darunter:				
staatlich subventionierte Erwerbstätige	1 978	551	-1 427	-72,2
geförderte Erwerbstätige ³	127	120	-7	-5,9
Kurzarbeit	1 851	431	-1 420	-76,7
ungeförderte Erwerbstätigkeit	43 002	44 982	1 980	4,6
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	4,4	1,2		

¹ Prognose des IWH – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; Geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Die Migration hat im Jahr 2022 gegenüber 2021 deutlich zugenommen. So gab es bis einschließlich September bereits eine Nettozuwanderung von über 1,2 Millionen Personen. Allein aus der Ukraine sind von Februar 2022 bis September 2022 per saldo knapp 900 000 Personen nach Deutschland gekommen, meist Frauen mit Kindern. Sie stehen dem Arbeitsmarkt trotz Arbeitserlaubnis oft nur eingeschränkt zur Verfügung. Neben der europäischen Binnenwanderung gibt es zudem eine wieder deutlich höhere Zunahme von Asylsuchenden aus Drittstaaten, die üblicherweise erst zeitversetzt eine Arbeitserlaubnis erhalten. Nichtsdestotrotz hat sich das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2022 deutlich erhöht. Auch im Jahr 2023 dürfte es weiter steigen, da die erwarteten Zuwanderungen höher sind als Abgänge infolge der Alterung. Im Jahr 2024 dürfte dann die Zuwanderung den Alterseffekt nicht mehr ausgleichen können.

Löhne halten insgesamt nicht mit der Inflation Schritt

Der Tarifverdienstanstieg war im Jahr 2022 durch die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen wie Produktionsverluste durch Lieferengpässe noch deutlich gebremst. Zwar nahm der Lohndruck in den vergangenen Quartalen durch die kräftig gestiegene Inflation und den Arbeitskräftemangel zu, jedoch verringert die beginnende Rezession den möglichen Verteilungsspielraum. Auch werden in vielen Bereichen derzeit noch keine

neuen Tarifverhandlungen geführt, und aktuelle Tarifverhandlungen stocken nach wie vor. Zuletzt gab es allerdings einen neuen Tarifabschluss für die vier Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Es wurde eine Stufenerhöhung der Tariflöhne in Höhe von 5,2% ab Juni 2023 und von 3,3% ab Mai 2024 beschlossen. Zusätzlich gibt es zwei lohnsteuer- und sozialversicherungsabgabenfreie Inflationsausgleichsprämien von jeweils 1 500 Euro, die zu Beginn der Jahre 2023 und 2024 gezahlt werden, sowie eine zusätzliche Aufstockung. Die Abschlüsse führen in der Metall- und Elektro-industrie zu einem Tariflohnanstieg von 7,2% im Jahr 2023 und 4,2% im Jahr 2024, was aber nur wenig über der hier prognostizierten Inflation liegt. Demnächst stehen die Verhandlungen für über vier Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen an.

Tabelle 11**Tarifliche Monatsverdienste und Effektivverdienste je Arbeitnehmer**

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023	2024
Tarifliche Monatsverdienste mit Sonderzahlungen	1,3	2,1	3,2	3,6
Effektivverdienste je Arbeitnehmer	3,3	4,2	3,9	4,3
Lohndrift	2,0	2,1	0,7	0,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Alles in allem werden die Tarifverdienste im Jahr 2022 um 2,1% zulegen, im Jahr 2023 dann wohl etwas kräftiger um 3,2% und im Jahr danach um 3,6% (vgl. Tabelle 11).

Die Effektivverdienste je Beschäftigten haben zuletzt wieder deutlich zulegen können, nicht zuletzt, weil die Kurzarbeit weiter zurückgegangen ist. Auch der deutliche Anstieg des Mindestlohns sowie der Lohndruck durch die gestiegene Inflation und Arbeitskräfteknappheit trugen dazu bei. Die Rezession zum Jahreswechsel 2022/23 dürfte die Lohnentwicklung im Verlauf des Jahres 2023 nur wenig dämpfen. Die Möglichkeit einer Inflationssonderzahlung, bei der bis zu 3 000 Euro ohne Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben gezahlt werden können, dürfte in vielen Bereichen genutzt werden. Diese Einmalzahlungen erhöhen kurzfristig die Effektivverdienste, reduzieren jedoch den Effektivlohnanstieg in der Zeit danach. Insgesamt dürften die Effektivlöhne je Arbeitnehmer im Jahr 2022 um 4,2%, im Jahr 2023 um 3,9% und im Jahr danach um 4,3% zunehmen. Die Lohnstückkosten steigen damit im Jahr 2023 bei stagnierendem Bruttoinlandsprodukt um über 4%. Wenn die Produktion im weiteren Prognoseverlauf mehr zulegt, steigen auch die Lohnstückkosten wieder langsamer.

Schwacher Außenhandel

Der Außenhandel wurde im Jahr 2022 deutlich von den Folgen des Ukrainekriegs und der damit ausgelösten Energiekrise sowie der abgeschwächten weltweiten Konjunktur getroffen. Eine weitere Erholung nach Abklingen der Pandemie ist weitgehend ausgeblieben. Zwar gab es durch die Aufhebung der meisten Infektionsschutzmaßnahmen positive Impulse in den Dienstleistungsbereichen und nachlassende Lieferengpässe sowie ein hoher Auftragsbestand stützten die Produktion für den Export. Aber sowohl die Unsicherheit über die künftige Energieversorgung als auch die Abkühlung der Konjunktur in den meisten Handelspartnerländern haben sich dämpfend auf die Ausfuhr ausgewirkt.

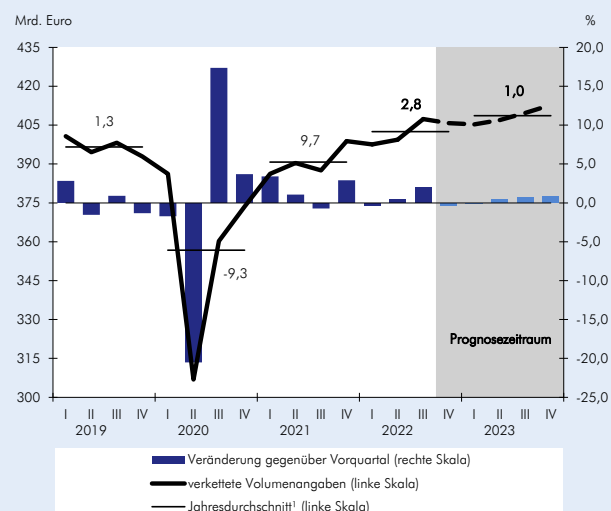
Die Warenausfuhren schwächten sich im Sommer 2022 in nahezu alle Regionen ab. Sie lagen im September und Oktober im Minus, vor allem aufgrund rückläufiger Preise. Die Wareneinfuhren gaben regional unterschiedlich stark nach, im September und Oktober sanken sie ebenfalls preisbedingt, verringerten sich allerdings auch mengenmäßig merklich, hauptsächlich aufgrund der gedrosselten Gaslieferungen aus Russland. Nach Gütergruppen betrachtet gingen vor allem die Importe von Vorleistungsgütern, aber auch der Chemischen Industrie verstärkt zurück.

Die Frühindikatoren für die Außenwirtschaft geben überwiegend eingetrübte Signale, die sich zuletzt allerdings wieder etwas aufgehellt haben. Sie spiegeln die erhöhte Unsicherheit für die Außenhandelsunternehmen wider. So befinden sich die ifo Exporterwartungen und das ifo Exportklima im Herbst auf einem ähnlich niedrigen Niveau wie im Früh-

jahr 2020. Die Auslandsauftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe, die in der ersten Jahreshälfte zurückgegangen waren, stagnierten zuletzt in etwa. In der Betrachtung nach Wirtschaftszweigen konnten sich zuletzt vor allem die Auftrags-eingänge für den Fahrzeugbau etwas erholen, rückläufig waren die für Chemische und Pharmazeutische Erzeugnisse.¹³

Abbildung 13**Reale Exporte**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

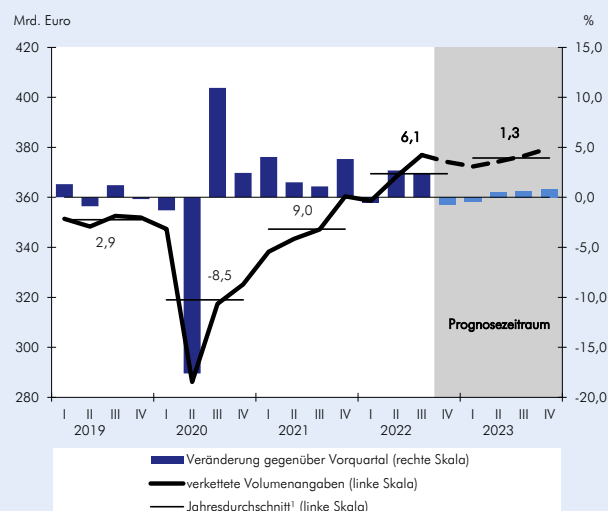


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung 14**Reale Importe**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Die Warenexporte dürften im Winterhalbjahr sinken und danach wieder auf einen positiven Pfad einschwenken; insgesamt dürften die Ausfuhren im Jahr 2022 mit 2,8% expandieren, für kommendes Jahr ist aufgrund des schwachen Winterhalbjahres nur mit einer Rate von 1,0% zu rechnen. Die Importe legen im Jahr 2022 mit rund 6% deutlich kräftiger zu, verlieren aber im Jahr 2023 mit 1,3% erheblich an Fahrt (vgl. Abbildungen 13 und 14 sowie Tabelle 12).

Der kräftige Anstieg der Importpreise führte im Jahr 2022 zu einer weiteren Verschlechterung der Terms of Trade, hauptsächlich aufgrund gestiegener Kosten für Rohstoffe und Vorleistungen. Im dritten Quartal sind die Preise weniger stark gestiegen, im September haben sich die Terms of Trade infolge des starken Preisrückgangs von importierten Energieträgern, insbesondere Gas, sogar etwas verbessert. Insgesamt ergibt sich für die Jahre 2022 und 2023 eine deutliche Verschlechterung gegenüber dem Jahr 2021. Im Jahr 2024 stellt sich eine Verbesserung ein. Der Saldo der Leistungsbilanz ist stark gesunken. Er wird von 130 Mrd. Euro (3,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) im Jahr 2022 auf 100 Mrd. Euro (2,5%) im Jahr 2023 weiter zurückgehen; im Jahr 2024 wird er mit 149 Mrd. Euro etwa 3,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ausmachen.

Tabelle 12**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	9,7	2,8	1,0	2,7
Importe, real	9,0	6,1	1,3	2,8
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	47,0	51,0	53,7	54,5
Importe, nominal	41,7	49,5	53,1	53,1
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	191,6	56,1	22,8	59,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Materialengpässe und Preisdruck dämpfen Ausrüstungsinvestitionen im Winter

Die Investitionen in Ausrüstungen – vor allem in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge – legten in den ersten drei Quartalen 2022 im Zuge sich erholender Zulieferketten und hoher Auftragsbestände wieder zu. Auch militärische Beschaffungen dürften zu einer Zunahme der Ausrüstungen des Staates beigetragen haben. Allerdings dürften die Ausrüstungen

¹³ Pressemitteilung Nr. 515 des Statistischen Bundesamtes vom 6. Dezember 2022.

im Winterhalbjahr 2022/2023 nur mäßig ausgeweitet werden, auch weil anhaltende Lieferschwierigkeiten die Anschaffungen weiter beeinträchtigen. Die Materialknappheit in der Industrie befindet sich laut ifo-Umfrage auf einem hohen Niveau, wenngleich sich die Situation am aktuellen Rand etwas verbessert hat. So berichten weiterhin 59,3% der befragten Firmen weiterhin von Materialengpässen.¹⁴ Insgesamt sind die Erwartungen der Unternehmen im November jedoch weniger pessimistisch als im Vormonat; die Unsicherheit der Unternehmen ist aber nach wie vor hoch. Die monatlichen Produktionszahlen und die inländischen Umsätze der Investitionsgüterhersteller sind zwar am aktuellen Rand leicht gestiegen, die Nachfrage nach Investitionsgütern ist seit Sommer 2022 aber rückläufig. Rückläufig sind auch die Zulassungen gewerblicher Kraftfahrzeuge.

Allerdings verbesserte sich jüngst die Stimmung der deutschen Automobilhersteller und ihrer Zulieferer deutlich, sodass mit einem Anstieg der Produktion im Fahrzeugbau gerechnet werden kann.¹⁵ Ferner dürften Investitionen in LNG-Terminals die Ausrüstungsinvestitionen im Winterhalbjahr erhöhen, da zu Beginn des Jahres 2023 bereits von drei LNG-Terminals (Wilhelms- haven, Brunsbüttel und Lubmin) Erdgas ins deutsche Netz eingespeist werden soll und im Jahresverlauf zwei weitere folgen sollen.

Die Preise für Ausrüstungen sind im Zuge der gestiegenen Energiekosten und anhaltenden Lieferengpässe im dritten Quartal um fast 8% gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen, eine für dieses Aggregat außerordentlich hohe Rate (vgl. Abbildung 17).

Wenn sich die Materialengpässe im Jahresverlauf 2023 weiter auflösen, ist mit einer Ausweitung der Ausrüstungen zu rechnen, auch da Unternehmen vermehrt in eine höhere Energieeffizienz ihrer Anlagen investieren. Ebenso dürfte der Ausbau der erneuerbaren Energien verstärkt werden, um die Regelungen des novellierten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2023, welches vollständig zum 1. Januar 2023 in Kraft tritt, umzusetzen. Ein Rückgang der Energiepreise dürfte die Unsicherheit der Unternehmen verringern und dazu führen, dass auch ein Teil der aufgeschobenen Investitionsvorhaben insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2023 nachgeholt werden dürfte (vgl. Abbildung 15).

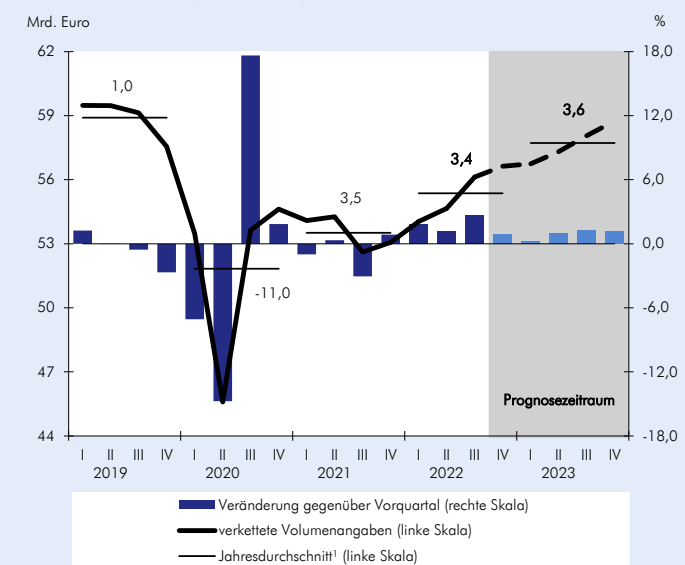
Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen mit 3,4% im laufenden Jahr expandieren. In den Jahren 2023 und 2024 dürften sie mit 3,6% und 3,5% zulegen.

Die Investitionen in sonstige Anlagen, d.h. vor allem Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software und Datenbanken, sind von den Lieferengpässen nur wenig beeinflusst und dürften im Prognosezeitraum mit vergleichsweise stabilen Raten ausgeweitet werden. Für das laufende Jahr ergibt sich eine Rate von 2,1%. In den Jahren 2022 und 2023 dürften sie jeweils mit 3,0% zulegen (vgl. Tabelle 13).

Historischer Preisanstieg und Materialknappheiten bei Bauten

Die Bautätigkeit war im Verlauf des Jahres 2022 sehr verhalten. Zwar konnte die Bauwirtschaft vor allem aufgrund guter Witterung kräftig ins Jahr starten, allerdings zeigte sich im zweiten und dritten Quartal eine deutliche Abkühlung im Bausektor, da die Knappheit vieler Baurohstoffe seit dem Krieg in der Ukraine erneut zugenommen hatte (vgl. Abbildung 16). Seit Sommer ist der Anteil der Bauunternehmen, die über Materialengpässe berichten, zwar rückläufig, jedoch

Abbildung 15
Reale Investitionen in Ausrüstungen
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

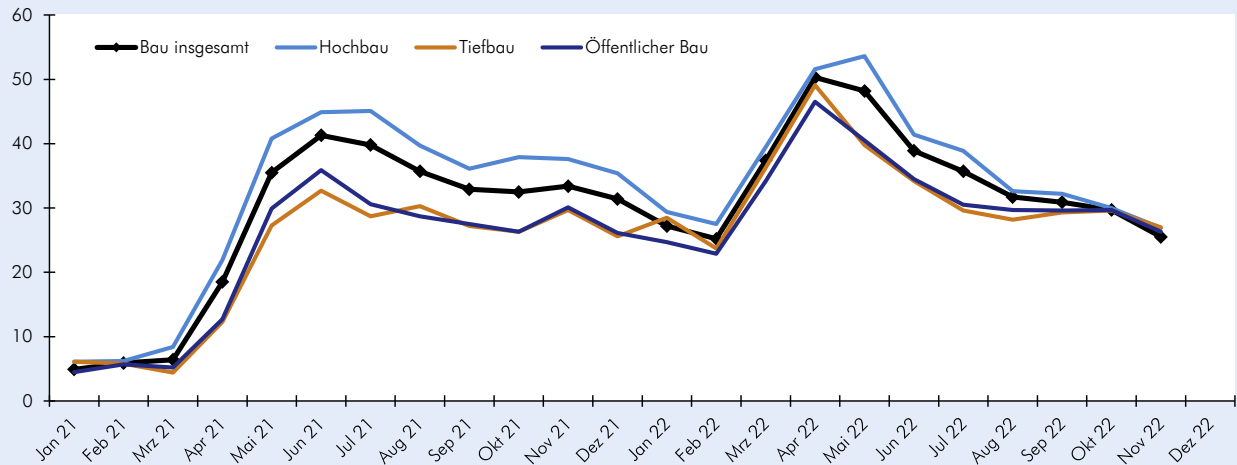
¹⁴ Vgl. ifo Institut: [Materialknappheit in der Industrie rückläufig](#), Pressemitteilung vom 30.11.2022.

¹⁵ Vgl. ifo Institut: [Lage der deutschen Autoindustrie etwas besser](#), Pressemitteilung vom 5.12.2022.

liegt der Anteil noch immer bei etwa 30% und damit weiter auf einem historisch hohen Niveau. Die anhaltenden Engpässe schlagen sich in weiterhin hohen Preisen für Baurohstoffe nieder (vgl. Abbildung 17), so hat beispielsweise der Stahlpreis im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 20% zugelegt (gegenüber dem Vor-Pandemie-Niveau gar um über 81%).

Abbildung 16
Unternehmensbefragungen zu Produktionshemmnissen im Baugewerbe: Materialmangel

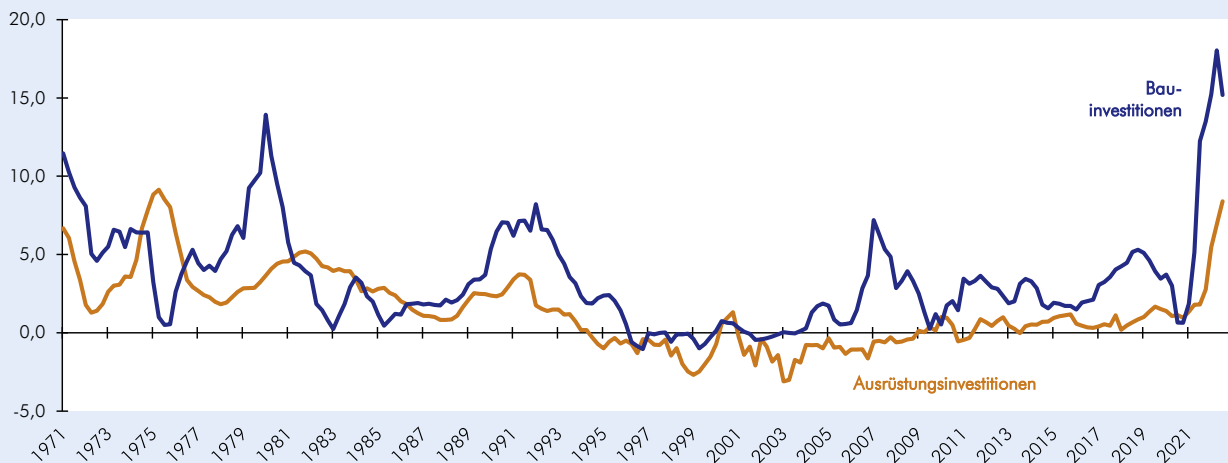
Anteil der Unternehmen, die über Materialknappheit klagen, in %



Quelle: ifo-Konjunkturumfrage.

Abbildung 17
Preisentwicklung¹ bei Investitionen

Q1/1971 – Q3/2022; Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in %



¹ Deflatoren der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Produktion konnte in allen Bausparten im Oktober kräftig ausgeweitet werden, im Ausbaugewerbe sogar um über 5% gegenüber dem Vormonat. Allerdings ist der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe seit Sommer rückläufig, und die Zahl der Stornierungen steigt. Im September fiel der reale, kalenderbereinigte Auftragseingang um 22,6% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Erwartungen der Bauunternehmen für die Entwicklung in den kommenden Monaten sind weiterhin pessimistisch, wenngleich sie sich jüngst etwas aufgehellt haben. Daher ist zu erwarten, dass die Baukonjunktur im Winterhalbjahr zunächst schwach ist. Dazu trägt auch die Verschärfung der Kreditvergabebedingungen und die Zinsentwicklung bei. Bereits in den vergangenen zehn Monaten ist der Zinssatz für Hypothekenkredite mit mehr als zehn Jahren Laufzeit auf 4,2% Prozent gestiegen und hat sich somit mehr als verdreifacht.

Insgesamt dürften die Wohnbauinvestitionen in diesem Jahr um 2,1% und bedingt durch einen schwachen Jahresbeginn 2023 um 2,5% zurückgehen. Im Zuge sich abschwächender Materialknappheiten und der im Koalitionsvertrag

zugesicherten finanziellen Unterstützung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau ist für 2024 mit einer Ausweitung des Wohnbaus um 2,0% zu rechnen (vgl. Tabelle 13).

Im gewerblichen Bau ist zum Jahresende 2022 ebenso mit einem leichten Rückgang zu rechnen. Dafür sprechen, ebenso wie beim Wohnungsbau, schwache Aufträge und Materialengpässe. Ein kleiner Impuls dürfte sich allerdings aus dem Bau neuer LNG-Terminals ergeben, die zum Jahreswechsel fertiggestellt werden sollen. Für das Gesamtjahr 2022 ergibt sich ein Rückgang des gewerblichen Baus um 2,2%. Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung im Laufe des Jahres 2023 dürfte sich die finanzielle Situation vieler Unternehmen verbessern, sodass verschobene Investitionen nachgeholt werden. Bedingt durch einen schwachen Start ins Jahr 2023 ergibt sich für das Gesamtjahr ein Rückgang um 1,3%. Erst für das Jahr 2024 ist mit einem kräftigen Zuwachs um 2,4% zu rechnen.

Die gestiegenen Baupreise treffen in besonderem Maße den öffentlichen Bau, da die Budgets für Bauinvestitionen für Bund, Länder und Gemeinden bereits in den Vorjahren festgelegt wurden. Die finanzielle Lage der Kommunen ist angespannt. Laut KfW-Kommunalpanel 2022 bewerten lediglich 23% der Kommunen ihre Finanzsituation als gut

Tabelle 13**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
Anlageinvestitionen insgesamt	1,2	0,4	0,3	2,5
Bauinvestitionen insgesamt	0,0	-1,9	-2,3	1,7
Wohnbauten	0,6	-2,1	-2,5	2,0
Nichtwohnbauten insgesamt	-0,9	-1,5	-2,0	1,2
gewerbliche Bauten	0,1	-2,2	-1,3	2,4
öffentliche Bauten	-2,9	0,0	-3,4	-1,4
Ausrüstungen	3,5	3,4	3,6	3,5
Sonstige Anlagen	1,0	2,1	3,0	3,0

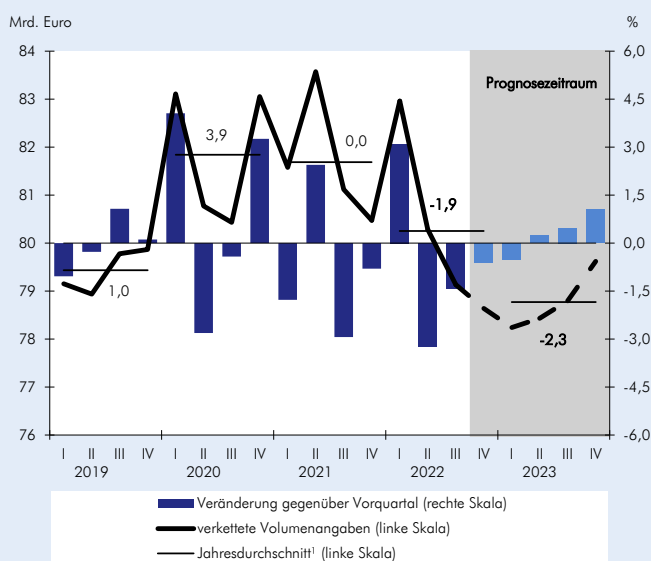
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

oder sehr gut, um Investitionsrückstände, insbesondere im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur, abzubauen.¹⁶ Auch die Verteuerung der Verschuldung aufgrund des Renditeanstiegs für neu emittierte Anleihen der öffentlichen Hand dürfte dazu führen, dass öffentliche Investitionen zurückgestellt werden müssen. Für das Jahr 2022 ist im öffentlichen Bau mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen. Die öffentlichen Investitionen insgesamt werden nahezu stagnieren. Für die kommenden beiden Jahre ist mit einer deutlichen Schwäche zu rechnen, sodass sich für die Jahre 2023 und 2024 insgesamt ein Rückgang um 3,4% und 1,4% ergibt.

Für die Bauinvestitionen insgesamt ergibt sich ein Rückgang um 1,9% in diesem Jahr und 2,3% im nächsten Jahr. Für 2024 ist mit einer Expansion um 1,7% zu rechnen (vgl. Abbildung 18). Die Baupreise dürften auch im Winterhalbjahr kräftig steigen. Der Deflator der Bauinvestitionen im laufenden Jahr dürfte um 16% zunehmen, eine historisch hohe Rate. Auch für das nächste Jahr wird mit kräftigen Preissteigerungen gerechnet.

Abbildung 18**Reale Bauinvestitionen**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Privater Konsum geht zurück

Die realen verfügbaren Einkommen sind durch die kräftig gestiegenen Verbraucherpreise im Jahr 2022 deutlich unter Druck gekommen. Allerdings wurden die Kaufkraftverluste durch staatliche Transfers wie das Energiegeld für bestimmte Bevölkerungsgruppen teilweise ausgeglichen, und die Inflation wurde durch das 9-Euro-Ticket und die temporäre Reduzierung der Mineralölsteuer gedämpft. Im Dezember reduziert die Übernahme der Abschlagszahlung für Gaskunden durch den Staat die Teuerung. Insgesamt steigen damit die nominalen verfügbaren Einkommen im

¹⁶ Vgl. KfW Research: **KfW-Kommunalpanel 2022**, Mai 2022.

Jahr 2022 um 7,0% genauso kräftig wie die Konsumentenpreise. Auch im Jahr 2023 gibt es deutliche Einkommenszuwächse durch staatliche Transfers und Entlastungen. So sind eine Kindergelderhöhung, Energiegeld für weitere

Tabelle 14

Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
verfügbares Einkommen, nominal	2,1	7,0	4,2	6,4
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,2	4,9	4,1	4,3
monetäre Sozialleistungen	1,8	2,4	4,9	3,9
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,6	13,1	1,7	11,7
Sparen	-6,1	-22,2	-10,9	13,2
private Konsumausgaben, nominal	3,5	11,9	6,0	5,5
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	3,7	5,7	4,3	4,5
Sparquote (in %)	15,1	11,0	9,4	10,0
Preisindex des privaten Konsums	3,1	7,0	6,2	3,5
private Konsumausgaben, real	0,4	4,6	-0,2	1,9

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Bevölkerungsgruppen und ein Inflationsausgleich bei der Einkommensteuer vorgesehen. Diese lassen die verfügbaren Einkommen trotz konjunktureller Schwäche nominal um 4,2% im Jahr 2023 steigen, real dürften sie allerdings um 2,0% sinken. Erst im Jahr 2024 ist in einem besseren konjunkturellen Umfeld wieder mit einem realen Einkommenszuwachs von 2,9% zu rechnen (vgl. Tabelle 14).

Die Sparquote ist im Verlauf des Jahres 2022 wieder in die Nähe ihres langjährigen Mittels von knapp 11% gesunken. In den nächsten Quartalen wird sie aufgrund des Rückgangs der real verfügbaren Einkommen wohl weiter zurückgehen (vgl. Abbildung 19). Das stabilisiert neben den staatlichen Transferzahlungen

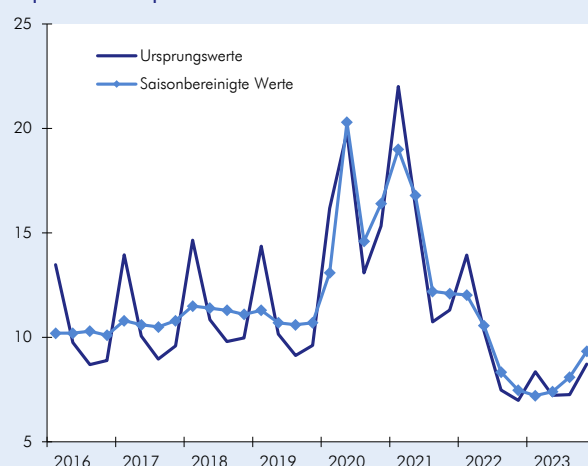
gen die notwendigen Konsumausgaben für die Haushaltsführung und Anschaffungen zur energetischen Modernisierung.

Zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Sparpräferenz wieder ihr langjähriges Niveau erreichen.

Der kräftige Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise hat den erwarteten Nachhol-Konsum nach Auslaufen der Corona-Beschränkungen etwas ausgebremst. Zwar gab es deutliche Zuwächse in den ersten drei Quartalen 2022, jedoch lag der reale private Konsum zuletzt immer noch unter dem des vierten Quartals 2019. So sanken insbesondere die realen Konsumausgaben für Verbrauchsgüter, bei denen der Preisauftrieb im Vergleich zu den anderen Gütern überdurchschnittlich war. Dienstleistungen wurden hingegen bereits fast wieder auf Vor-Corona-Niveau nachgefragt.

Im dritten Quartal 2022 gingen die realen Einzelhandelsumsätze nochmals zurück, jedoch legten die Kfz-Umsätze deutlich zu. Die Pkw-Neuzulassungen stiegen kräftig, da die durch Lieferengpässe aufgestauten Bestellungen nun abgearbeitet werden können. Dies dürfte sich auch im vierten Quartal so fortsetzen und den Nachfragerückgang der privaten Haushalte etwas verringern. Ebenso dürfte die pauschale Übernahme der Gasabschlagszahlung im Dezember entlasten. Insgesamt wird aber der private Konsum im vierten Quartal 2022 um 0,5% zurückgehen. Selbst wenn im Frühjahr rückwirkend zum 1. Januar 2023 die Gas- und Strompreisbremse eingeführt wird (vgl. Kasten 2), werden sich diese Preise im Vergleich zum Vorjahr wohl fast verdoppelt haben und das Budget der privaten Haushalte belasten. Folgt man der Annahme, dass die privaten Haushalte nicht mehr als das subventionierte 80%-Kontingent an Gas und Strom verbrauchen, würde sich allein dadurch rein rechnerisch der private Konsum um etwa einen halben Prozentpunkt verringern. Die derzeitigen und kurzfristig absehbaren Belastungen zeigen sich auch in einem drastischen Rückgang im Konsumklima und in der Anschaffungsneigung der Haushalte laut Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), die sich zuletzt jedoch nicht weiter verschlechtert haben. Wenn im Prognosezeitraum die Inflation durch Gas- und Strompreisbremse etwas zurückgeht, dürfte sich auch die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte wieder

Abbildung 19
Sparquote¹ der privaten Haushalte



¹ Anteil des Sparens in % an der Summe von Verfügbarem Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem vierten Quartal 2021: Prognose des IWH.

stabilisieren. Auch werden wohl demnächst neben größeren „grünen“ Investitionen in Haustechnik und energetische Sanierung auch vermehrt energiesparende Geräte und Anlagen angeschafft werden. Dies dürfte dem privaten Konsum in den nächsten Quartalen zugutekommen, zumal die Gas- und Strompreispbremse im Frühjahr 2024 auslaufen soll und dann wieder der Marktpreis gilt. Alles in allem dürfte der private Konsum vor allem aufgrund der Schwächephase zu Jahresbeginn im Jahr 2023 um 0,2% zurückgehen und im weiteren Prognoseverlauf mit 1,9% wieder deutlich zulegen (vgl. Abbildung 20).

Hohe Inflation trotz Dämpfung durch Gas- und Strompreispbremse

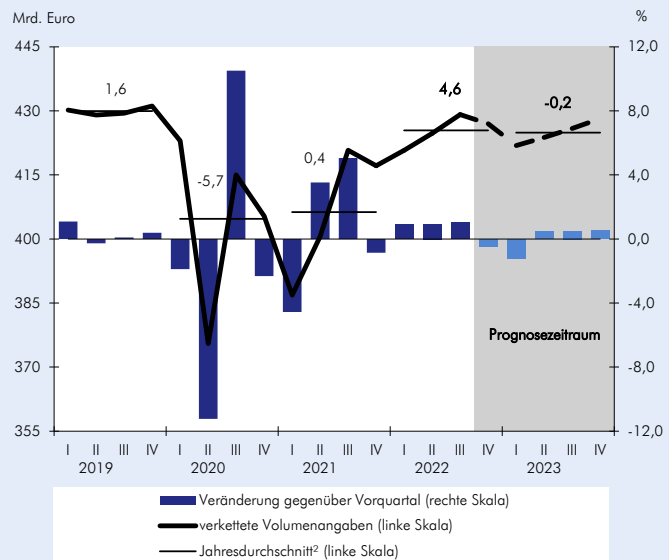
Die deutsche Konjunktur wird vom starken Anstieg der Verbraucherpreise und hier insbesondere der Preise für Energie und Nahrungsmittel belastet. Die Inflationsrate stieg im Oktober 2022 auf den für die Bundesrepublik Deutschland historischen Höchststand von 10,4%. Zwar hat das Statistische Bundesamt für November mit 10% eine leichte Abschwächung gemeldet, die Inflationsrate verharrt damit jedoch weiter auf einem sehr hohen Niveau.

Trotz zahlreicher Maßnahmen, die die Bundesregierung in den vergangenen Monaten bereits umgesetzt hat, stiegen die Preise für die Verbraucher zunächst weiter. Um größere Folgen der hohen Energiekosten abzufedern, hat die Bundesregierung neben der Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas von 19 auf 7% sowie der einmaligen Übernahme der Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme im Dezember 2022 zusätzlich Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme beschlossen, welche ab 1. Januar 2023 in Kraft treten sollen.¹⁷ Die Verbraucherpreisinflation dürfte sich durch diese bis April 2024 geltenden Preisbremsen wesentlich moderater entwickeln als noch in der Herbstprognose des IWH angenommen (vgl. Abbildung 21 und Kasten 2). Nach voraussichtlich 7,8% im laufenden Jahr ist für das Gesamtjahr 2023 – bei der durch die Preisbremsen unterstellten Preisentwicklung für Strom und Erdgas – mit einer Inflationsrate von 6,5% zu rechnen. Im Jahr 2024 bleibt die Inflation aufgrund des Auslaufens der Preisbremsen mit 3,5% weiterhin sehr hoch.

Abbildung 20

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



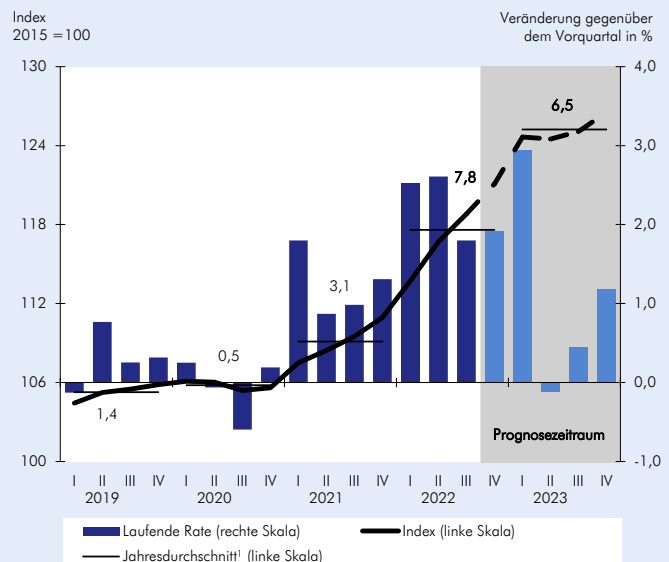
¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Abbildung 21

Verbraucherpreise in Deutschland

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

¹⁷ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/energiepreisbremsen-2145728>.

Kasten 2**Zur Schätzung der Effekte von Strom- und Gaspreisbremse auf Inflation, private Einkommen und Staatshaushalt***Wie werden Preise für Strom und Gas geschätzt?*

Für den weiteren Verlauf des Großhandelspreises (Spot) für Gas (TTF) wird unterstellt, dass sich dieser gemäß den derzeitigen Terminkontrakten (Futures) entwickelt. Demzufolge wird der Preis für Gas im Jahresverlauf 2023 nahezu konstant bei knapp 130 Euro/MWh. Im Jahr darauf sinkt er in der ersten Jahreshälfte auf etwa 90 Euro/MWh und verbleibt auf diesem Niveau bis zum Ende des Prognosehorizonts. Gas würde dann etwa so viel kosten wie zu Beginn des Jahres 2022 und wäre damit mehr als vier Mal so teuer wie Anfang 2021.

Für die Preise, die private Haushalte für Energie bezahlen, sind jedoch nicht nur Spotmarktpreise relevant. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Versorger die benötigten Mengen sowohl am Spotmarkt als auch auf den Terminkontrakten einkaufen. Die Beschaffungskosten für aktuell gelieferte Energie entsprechen demnach einem gewichteten Durchschnitt aus dem aktuellen Marktpreis und den Preisen der in der Vergangenheit abgeschlossenen Terminkontrakte auf den laufenden Monat. Die vorliegende Prognose orientiert sich dabei am Vorgehen der Gemeinschaftsdiagnose.^{K2.1} Die Beschaffungskosten setzen sich demnach zu 20% aus dem aktuellen Spotpreis und zu 80% aus den durchschnittlichen monatlichen Futures der elf Monate zuvor zusammen. Sie steigen demnach bis Februar 2023 auf 140 Euro/MWh. Erst im Frühjahr 2024 gehen sie spürbar zurück.

In einem nächsten Schritt werden die Gaspreise für Haushaltskunden, die halbjährlich verfügbar sind, mit Hilfe des harmonisierten Verbraucherpreisindex für Gas auf Monatsdaten interpoliert und schließlich mit den Veränderungsraten der Beschaffungskosten fortgeschrieben. Die Strompreise für Haushaltskunden folgen der Dynamik der Gaspreise mit einer Verzögerung von sechs Monaten.

Wie wirkt die Strom- und Gaspreisbremse auf die Verbraucherpreise?

Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung enthält erneut Maßnahmen, die den Energiepreisanstieg begrenzen sollen. Bereits seit Oktober 2022 wirkt die Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas, Flüssiggas und Fernwärme von 19 auf 7% leicht dämpfend auf die Verbraucherpreise. Beschlossen wurde ebenfalls, dass der Staat einmalig im Dezember 2022 die Gas- und Wärmerechnung für die Verbraucher übernimmt.

Tabelle K2**Funktionsweise der Strom- und Gaspreisbremse**

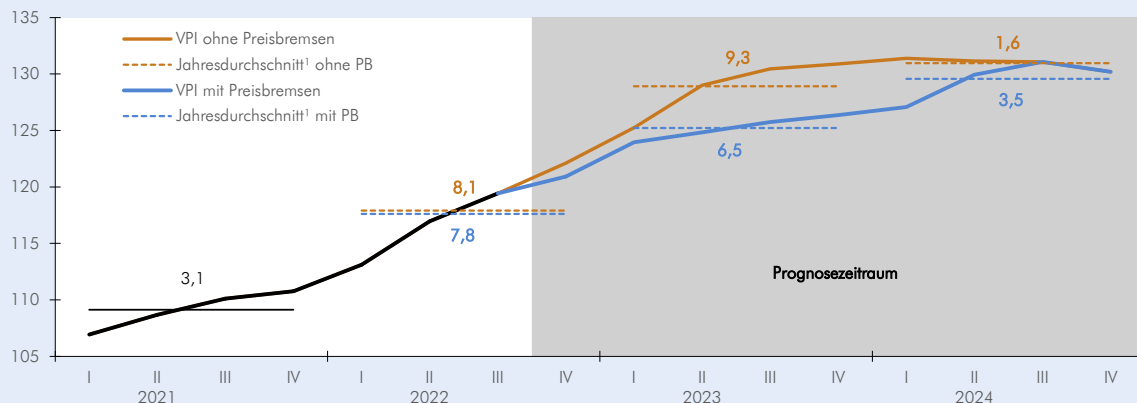
Gaspreisbremse:	Strompreisbremse:
Haushalte und kleinere Unternehmen, die weniger als 1,5 Mio. kWh Gas verbrauchen, erhalten 80% ihres im September 2022 prognostizierten Jahresverbrauchs zu einem garantierten Bruttopreis von 12 Cent/kWh Gas. Fernwärmekunden erhalten ebenfalls 80% ihres prognostizierten Verbrauchs zu einem garantierten Brutto-Arbeitspreis von 9,5 Cent/kWh. Unternehmen mit einem Gasverbrauch von mehr als 1,5 Mio. kWh im Jahr erhalten 70% ihres Gasverbrauchs, bezogen auf ihren Verbrauch im Jahr 2021, zu einem garantierten Netto-Arbeitspreis von 7 Cent/kWh. Wärmekunden erhalten 70% ihres Verbrauchs, der dem September-Abschlag 2022 zugrunde liegt, zu einem garantierten Arbeitspreis von 7,5 Cent/kWh.	Haushalte und kleinere Unternehmen, die weniger als 30 000 kWh Strom im Jahr verbrauchen, erhalten 80% ihres bisherigen Stromverbrauchs zu einem garantierten Bruttopreis von 40 Cent/kWh. Unternehmen mit einem Stromverbrauch von mehr als 30 000 kWh im Jahr erhalten 70% ihres bisherigen Stromverbrauchs zu einem garantierten Netto-Arbeitspreis von 13 Cent/kWh.
Für alle Verbräuche oberhalb dieser Kontingente für Strom und Gas wird der volle vertraglich vereinbarte Preis fällig.	

^{K2.1} Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust. [Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022, Essen, 2022, 41.](#)

Ab 2023 ist dann die Implementierung von Strom- und Gaspreisbremsen vorgesehen, mit deren Hilfe private Haushalte und Unternehmen längerfristig entlastet werden sollen. Sie werden voraussichtlich zum 1. März 2023 (rückwirkend bis Januar 2023) in Kraft treten und bis zum 30. April 2024 gelten. Über diesen „Abwehrschirm“ werden die steigenden Energiekosten direkt gedämpft, die Preise werden pauschal begrenzt (vgl. Tabelle K2). Die Preisbremsen sind jedoch so gestaltet, dass sich Energiesparen weiterhin lohnt, weil nur ein Anteil des bisherigen Verbrauchs subventioniert wird.^{K2.2}

Abbildung K2**Entwicklung der Verbraucherpreise und Effekt der Strom- und Gaspreisbremse**

Index 2015 = 100

¹ Zahlenwerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes werden sowohl die Dezember-Einmalzahlung als auch die geplanten Preisbremsen indexwirksam. Unterstellt man dies entsprechend bei der Schätzung der Verbraucherpreise, mündet es bereits im Gesamtjahr 2022 in einer leichten Abschwächung der Inflation. Für 2023 ergibt sich dann eine deutlich geringere Inflationsrate, als noch im Herbst angenommen: rein rechnerisch fällt die Inflation um 2,8 Prozentpunkte niedriger aus, als ohne Preisbremse (vgl. Abbildung K2). Allerdings wirkt dieser staatliche Eingriff im Jahr 2024 entsprechend gegenläufig, die Inflationsrate fällt nach dem Auslaufen der Preisbremsen um knapp 2 Prozentpunkte höher aus.

Wie wirkt die Strom- und Gaspreisbremse auf die privaten Haushalte?

Die Gas- und die Strompreisbremse sollen extremen Preisspitzen bei privaten Haushalten abfedern und gleichzeitig Anreize zum Sparen von Energie setzen. Grundlage zur Ermittlung eines Basisenergiebedarfs ist der Gasverbrauch bzw. Stromverbrauch der bereits abgerechneten Vor-Verbrauchsperiode. Die hier ermittelten Mengen dienen den Energieversorgern zur Ermittlung des zu erwartenden Verbrauchs im aktuellen Jahr. Die Verbrauchswerte der Vergangenheit werden dabei zur monatlichen Abschlagsermittlung für das Jahr in zwölf gleichmäßige Teile aufgeteilt und mit dem Arbeitspreis je kWh multipliziert. Liegt dieser über 12 Cent je kWh Erdgas greift die Gaspreisbremse bzw. bei einem Strompreis über 40 Cent je kWh die Strompreisbremse. Dabei rechnet der Energieversorger den Differenzbetrag zwischen seinem tatsächlichen Arbeitspreis und dem Bremspreis für 80% der der monatlichen Abschlagszahlung zugrundeliegenden Menge direkt beim Staat ab. Den restlichen Betrag aus der Abschlagszahlung hat der Gas- bzw. Stromkunde zu tragen. Am Ende des Abrechnungsjahres wird der verbrauchte Gas- bzw. Stromverbrauch ermittelt und zum tatsächlichen Arbeitspreis in Rechnung gestellt. Auf dem Kundenkonto befinden sich die bisher geleisteten Abschlagszahlungen, die sich aus den Kundengeldern und der staatlichen Zahlung zusammensetzen. Je nach Verbrauch erfolgt durch den Kunden eine Nachzahlung bzw. eine Gutschrift. Im Falle einer Gutschrift ist dies ggf. als geldwerter Vorteil zu versteuern.

^{K2.2} Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: [Gas- und Strompreisbremse](#).

Die Höhe der Strompreisbremse orientiert sich an der Gaspreisbremse. Es wurde berücksichtigt, dass ein Haushalt mit einer elektrischen Wärmepumpe gegenüber einem Haushalt mit Gasheizung nicht schlechter gestellt wird. Dabei wurde angenommen, dass die Wärmepumpe mindestens aus einer kWh Strom 3,3 kWh Wärme produziert. Für Haushalte, die aktuell auf Wärmepumpen umstellen und demzufolge noch keine Basiswerte für das bezuschusste 80%-Stromkontingent haben, gelten besondere Regeln zur Basisermittlung.

Die privaten Haushalte erhalten staatliche Zuschüsse in Höhe von 35 Mrd. Euro durch die Gaspreisbremse und in Höhe von 32 Mrd. Euro durch die Strompreisbremse. Dies entspricht 2,2% des nominalen privaten Konsums im Zeitraum Dezember 2022 bis April 2024. Da diese Zuschüsse für alle Gas- und Stromkunden gezahlt werden, ist es als zielgerichtetes sozialpolitisches Instrument ungeeignet. Durch die zeitliche Begrenzung der Energiepreisbremsen, dürfte für die privaten Haushalte der Anreiz bestehen bleiben, in die energetische Modernisierung und effiziente Heizungsanlagen zu investieren und energiesparende Geräte anzuschaffen.

Allerdings dürfte durch die Energiepreisbremsen für die Gas- und Stromanbieter der Anreiz gering sein, die Preise für die Kunden möglichst niedrig zu halten.^{K2.3} Auch könnten die staatlich ungedeckelten Transfers den Wettbewerb behindern und so die Energiepreise übermäßig treiben. Dadurch käme es dann zu höheren nominalen Energieimporten, die die Einkommen der Sektoren in Deutschland gegenüber der übrigen Welt verringern (vgl. Tabelle A1).

Wie wirkt die Strom- und Gaspreisbremse auf den Staatshaushalt?

Die Übernahme der Dezember-Abschlagszahlungen des Jahres 2022 durch den Staat für private Haushalte und kleine Gewerbebetriebe dürfte die öffentlichen Haushalte um gut 9 Mrd. Euro belasten. Die von Januar 2023 bis April 2024 vorgesehene Gaspreisbremse für die privaten Haushalte und das Kleingewerbe dürfte mit staatlichen Mehrausgaben von knapp 35 Mrd. Euro einhergehen, für die Industrie dürften gut 20 Mrd. Euro anfallen. Die Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Strompreisbremse dürften sich im Jahr 2023 auf knapp 45, im darauffolgenden Jahr auf knapp 20 Mrd. Euro belaufen. Diesen Ausgaben stehen steuerliche Rückflüsse gegenüber, weil die durch die Gaspreisbremse entstehende Entlastung als geldwerter Vorteil gilt, der ab einem bestimmten Einkommen zu versteuern ist. Zudem wird die Bundesregierung einen ‚Solidarbeitrag‘ für Unternehmen einführen, die im Bereich fossiler Energien tätig sind. Zudem plant die Bundesregierung die Abschöpfung von Überschussgewinnen. Alles in allem werden aus den genannten Maßnahmen im Zeitraum Dezember 2022 bis April 2024 Mehreinnahmen von ungefähr 35 Mrd. Euro erwartet.

^{K2.3} Haushalte, die mehr als 20% ihres letztjährigen Gasverbrauchs einsparen, stellen sich sogar umso besser, je höher der Gaspreis ihres Lieferanten ist.

Schwache Produktion durch rückläufige Aufträge

Die Bruttowertschöpfung legte im dritten Quartal 2022 deutlich zu, nachdem sie im Vorquartal noch leicht rückläufig war (vgl. Tabelle 15). Diese Expansion wurde vor allem durch einen Anstieg in den kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen getragen. So verzeichnete das Gastgewerbe einen Zuwachs von 15%. Aber auch Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit und Sonstige Dienstleister verzeichneten einen überdurchschnittlichen Anstieg. Im Gegensatz dazu verlangsamte sich der Zuwachs im Produzierenden Gewerbe. In energieintensiven Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes ist die Produktion, wohl aufgrund der gestiegenen Energiepreise, zurückgegangen. Während es im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt einen geringen Zuwachs gab (0,9%), war die Entwicklung im Bau stark rückläufig (-4,2%).

Für das vierte Quartal ist mit einem Rückgang der Wertschöpfung zu rechnen. So ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im Oktober gegenüber dem September gesunken, und die Verunsicherung in den energieintensiven Branchen ist laut ifo Geschäftsklimaindex zuletzt angestiegen. Sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Bau ist aufgrund sinkender Auslandsnachfrage und historisch hoher Kostenanstiege mit einem Rückgang der Produktion zu rechnen. Zudem ist nach dem sehr deutlichen Anstieg bei der Produktion im Gastgewerbe und bei den öffentlichen Dienstleistern vom dritten Quartal mit einer Gegenbewegung zu rechnen, die freilich deutlich schwächer ausfällt.

Tabelle 15

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2022				2023			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,4	-0,1	-0,5	0,2	0,5	0,6
Darunter								
Bruttowertschöpfung	1,6	-0,6	1,4	-0,7	-0,5	0,2	0,5	0,6
darunter								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,2	-0,2	0,6	-0,3	-0,7	0,8	1,0	1,1
Verarbeitendes Gewerbe	0,0	-0,2	0,9	-0,2	-0,7	0,8	1,1	1,2
Energie- und Wasserversorgung	-0,8	0,5	-1,6	-1,2	-0,3	0,5	0,4	0,4
Baugewerbe	3,3	-2,4	-4,2	-0,3	-0,4	0,3	0,8	1,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,8	-1,5	3,3	-1,6	-1,6	-0,2	0,3	0,4
Information und Kommunikation	1,2	0,2	0,1	0,3	0,5	0,4	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	3,5	0,5	1,6	0,1	-0,1	0,1	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,3	-0,4	-0,2	-0,3	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	1,5	0,0	-0,5	0,0	-0,3	0,6	0,9	0,9
öffentliche Dienstleister	2,9	-1,5	4,5	-1,3	-0,1	-0,1	0,1	0,1
sonstige Dienstleister	5,9	1,3	5,4	-2,0	-1,0	-0,5	1,0	1,0

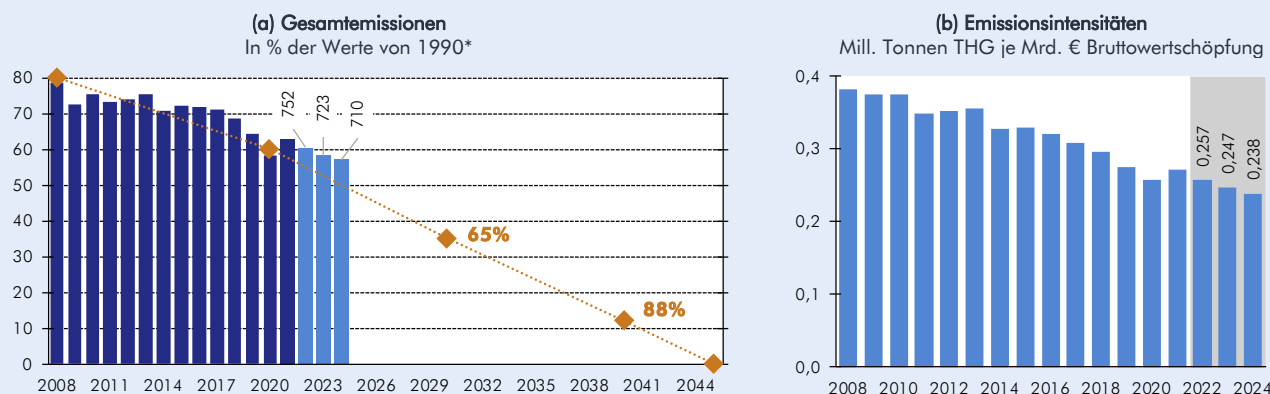
¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2022: Prognose des IWH.

Im ersten Quartal 2023 wird sich der Rückgang der Bruttowertschöpfung wohl fortsetzen, denn die Belastungen aus dem Vorquartal bestehen fort. Allerdings schrumpfen dann stärker die Dienstleistungen aufgrund sinkender Konsumausgaben. Aber auch die Produktion des produzierenden Gewerbes einschließlich des Baus geht etwas zurück. Danach legt die Produktion in den meisten Wirtschaftszweigen wieder zu. Insgesamt dürfte die Bruttowertschöpfung im Jahr 2022 um 1,9% expandieren, im Jahr 2023 in etwa stagnieren und im Jahr 2024 abermals um 1,9% zulegen.

Abbildung 22

Jährliche Treibhausgas-Emissionsprognosen 2008 bis 2024



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

* Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mill. Tonnen, CO₂-äquivalent); die orangefarbenen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

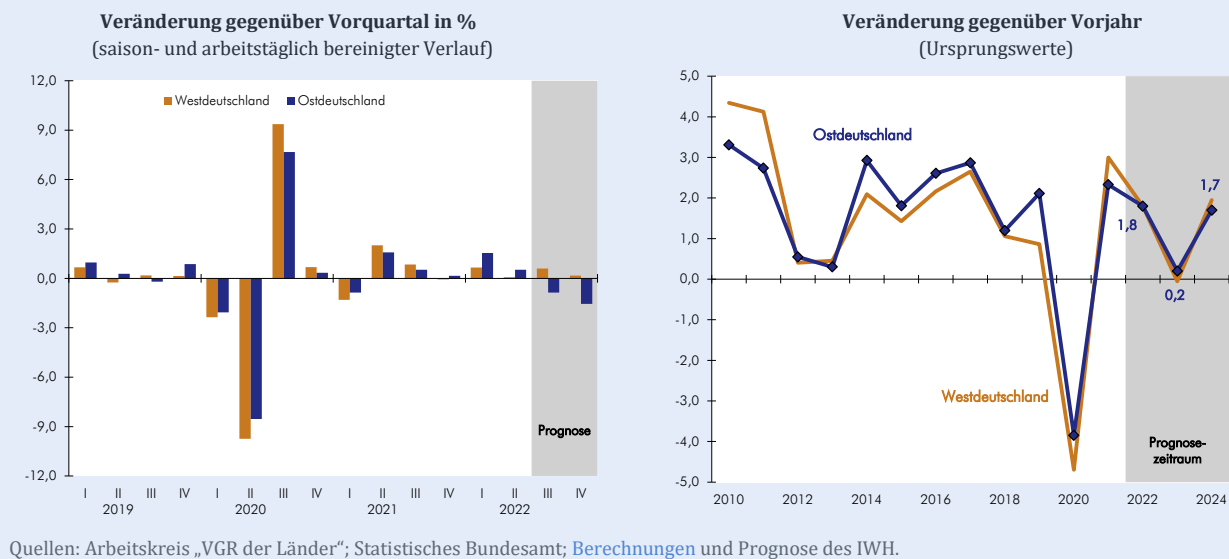
Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Die Konjunktur beeinflusst auch die Emission von Treibhausgasen. Während das Emissionsvolumen mit dem drastischen Konjunkturerinbruch im Jahr 2020 deutlich gesunken ist, hat es in den Folgejahren erneut kräftig zugelegt. Legt man die durchschnittliche Reduktion der Treibhausgasintensität der Produktion aus den vergangenen Jahren zugrunde, so resultieren aus der Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 bis 2024 Emissionsvolumina in Höhe von 751,6 Millionen Tonnen CO₂-äquivalent im 2022 bis 710,1 Millionen Tonnen CO₂-äquivalent im 2024. Diese liegen 7,5% oberhalb eines linearen Abbaupfads, der zur Erfüllung der Emissionsreduktionsziele führen würde (vgl. Abbildungen 22 und 23).

Krise dürfte Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2023 etwas weniger beeinträchtigen als in Deutschland insgesamt

Gegenwärtig sind die Unterschiede zwischen der Konjunktur in Ost- und Westdeutschland gering. Allerdings brachte das erste Halbjahr nach Daten des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder in Ostdeutschland einen etwas stärkeren Zuwachs, wohl weil hier die Erholung des privaten Konsums wegen seines größeren Anteils an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage stärker ins Gewicht fiel als in Deutschland insgesamt. Im zweiten Halbjahr dürfte sich dagegen die Konjunktur im Westen etwas besser gehalten haben, denn in der Automobilindustrie konnte die Produktion wegen geringerer Lieferengpässe wieder deutlich ausgeweitet werden, wovon vor allem die großen Standorte des Fahrzeugbaus im Westen profitieren.

Abbildung 23
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland



Im Winterhalbjahr dürfte die Produktion in Ostdeutschland genauso wie im Westen zurückgehen, denn die Belastungen sind dieselben: Gas hat als Heizstoff für die privaten Haushalte in Ost und West ungefähr die gleiche Bedeutung, und die fünf energieintensivsten Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbe sind in Ostdeutschland in etwa so wichtig für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt wie in Westdeutschland.¹⁸ Allerdings werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch zwei Sonderfaktoren im Osten gestützt: Zum einen steigen die gesetzlichen Renten jährlich um 0,7 Prozentpunkte stärker als im Westen, und zwar bis ins Jahr 2024, wenn die Angleichung der Rentensätze erreicht ist. Zudem ist in Ostdeutschland der Anteil der Mindestlohneempfänger höher als in Westdeutschland, und seit der Satz im Oktober auf 12 Euro je Stunde angehoben wurde, ist er um ein Viertel höher als vor einem Jahr. Es ist bemerkenswert, dass trotz der seit Längerem (auch bedingt durch den Mindestlohn) höheren Lohnkostenanstiege und trotz der ungünstigeren demographischen Entwicklung die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2022 im Osten genauso deutlich expandiert hat wie in Deutschland insgesamt. Die Chancen stehen also gut, dass der private Konsum die Konjunktur in Ostdeutschland etwas stärker stützen kann als im Westen. Schließlich dürften einige der vielbeachteten industriellen Großprojekte in Ostdeutschland, etwa die Tesla-Fabrik in Grünheide oder neue Chipfabriken in Dresden und möglicherweise auch schon Magdeburg, im nächsten Jahr gesamtwirtschaftlich messbare Effekte haben.

Alles in allem wird die ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2022 mit 1,8% wohl so stark expandiert haben wie in Deutschland insgesamt (vgl. Abbildung 23). Im Jahr 2023 dürfte die Produktion in Ostdeutschland ein wenig (um 0,2%) zu-

¹⁸ Vgl. zum Einsatz von Gas zur Wärmeerzeugung *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Energiekrise in Deutschland*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (3), 2022, 78 und zur Energieintensität des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes *Holtemöller, O.: Die ostdeutsche Wirtschaft hat im ersten Halbjahr 2022 kräftig expandiert, gerät im zweiten Halbjahr aber in die Rezession – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022*, *Pressemitteilung 24/2022* und jüngere Veröffentlichungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

legen, während sie in Deutschland insgesamt stagniert (0,0%). Für das Jahr 2024 ist mit einer etwas höheren Zuwachsrate in Deutschland als im Osten des Landes zu rechnen (1,9% gegenüber 1,7%). Denn von Erholungsphasen profitiert die ostdeutsche Wirtschaft typischerweise in geringerem Maß, weil hier der Anteil der öffentlichen Dienstleistungen, die kaum konjunkturreagibel sind, höher ist. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit steigt von 6,7% im Jahr 2022 auf 7,0% im folgenden Jahr, um im Jahr 2024 auf 6,9% zurückzugehen.

Öffentliche Haushalte weiterhin mit hohen Defiziten

Im Jahr 2022 dürfte das Defizit der öffentlichen Haushalte 60 Mrd. Euro geringer ausfallen als im Jahr zuvor. Zwar haben die diversen Maßnahmen aus den Entlastungspaketen, vor allem die Energiepreispauschale, die temporäre Absenkung der Energiesteuer auf Benzin- und Dieselmotorkraftstoffe, die sogenannte Dezemberhilfe oder die temporäre Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr, zu deutlichen Mindereinnahmen und Mehrausgaben beim Staat geführt. Demgegenüber sind aber Corona-bedingte Ausgaben entfallen, und die Steuer- und Beitragseinnahmen haben mit dem kräftig expandierenden nominalen Bruttoinlandsprodukt trotz der steuerlichen Entlastungen spürbar zugelegt. Somit expandieren die Einnahmen des Staates im Jahr 2022 stärker als die Ausgaben, und das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit reduziert sich, ausgehend von 3,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021, auf nun 2,0%.

Im Jahr 2023 nehmen die Einnahmen des Staates trotz der im Verlauf wiederanziehenden Konjunktur verlangsamt zu. Der Zuwachs der Steuereinnahmen wird durch geringer expandierende Bruttolöhne und -gehälter und rückläufige Unternehmensgewinne gedämpft. Zudem wirken diverse Steuerrechtsänderungen, vor allem das Inflationsausgleichsgesetz, die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas und die vollständige Abzugsfähigkeit von Altersvorsorgeaufwendungen einnahmemindernd. Hingegen expandieren die Beitragseinnahmen des Staates mit einer ähnlichen Rate wie im Jahr zuvor, weil hier die Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmesteigernd wirken. Die empfangenen laufenden Transfers dürften, nach einem Rückgang im Vorjahr, im Jahr 2023 mit weiteren Zuflüssen von Mitteln der EU im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität wieder zunehmen. Die staatlichen Verkäufe werden im Jahr 2023, auch infolge von Gebührenanhebungen, erneut kräftig expandieren. Alles in allem nehmen die Einnahmen des Staates im Jahr 2023 um 3,1% zu, nach 6,5% im Vorjahr.

Im Jahr 2024 legen die öffentlichen Einnahmen mit 5,5% wieder beschleunigt zu. Vor allem Steuern und Sozialbeiträge expandieren dann kräftig. Einerseits nehmen die Bruttolöhne und -gehälter dann wieder kräftiger zu, und die Unternehmensgewinne gehen nicht weiter zurück. Zum anderen werden bei den Steuern vom Umsatz die Sätze auf Erdgas und gastronomische Leistungen wieder angehoben, und bei den Sozialversicherungen dürfte der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung deutlich steigen.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2023 um 4,9% und damit beschleunigt zulegen. Vor allem die Subventionen werden mit den staatlichen Zuwendungen an Unternehmen, etwa im Rahmen des Energiekostenzuschusses für Unternehmen, der finanziellen Unterstützung für Krankenhäuser oder im Rahmen der Strom- und Gaspreisbremse, kräftig ausgeweitet. Ebenfalls weiter zulegen dürften die staatlichen Investitionen, sowohl aufgrund der Preissteigerungen als auch infolge der Aufstockung der Ausgaben für die Landesverteidigung.¹⁹ Die monetären Sozialleistungen nehmen im Jahr 2023 beschleunigt zu. So dürfte die Zahl der Arbeitslosen wieder steigen, und die kräftige Rentenanpassung zum 1. Juli 2022 wirkt in der ersten Jahreshälfte noch nach. Zudem führen die Änderungen beim Wohngeld

¹⁹ Im Jahr 2022 hat der Staat ein Sondervermögen für die Bundeswehr mit Kreditermächtigungen im Umfang von 100 Mrd. Euro eingerichtet und einen ‚Abwehrschirm‘ mit einem Volumen von 200 Mrd. Euro aufgelegt, aus dem unter anderem die Ausgaben für die Gas- und Strompreisbremse finanziert werden sollen. Generell unterliegen Kreditermächtigungen in dem Jahr, in dem sie verabschiedet werden, der Schuldenbremse. Die später getätigten Ausgaben der Sondervermögen werden in der Schuldenbremse dann nicht mehr berücksichtigt (vgl. *Bundesrechnungshof*: Bericht nach §88 Absatz 2 BHO an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages: Analyse zur Lage der Bundesfinanzen für die Beratungen zum Bundeshaushalt 2023. Bonn 2022). Für den ‚Abwehrschirm‘ hat der Deutsche Bundestag gemäß Artikel 115 Abs. 2 GG eine Ausnahme von der Schuldenregel beschlossen. Für das Sondervermögen ‚Bundeswehr‘ hat der Deutsche Bundestag mit einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit beschlossen, dass die Schuldenbremse keine Anwendung findet (Art. 87a Abs. 1a GG). Anders als in der Finanzstatistik, die der Schuldenbremse zugrunde liegt, werden in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Ausgaben, die die Sondervermögen tätigen, zum Zeitpunkt des Mittelabflusses verbucht.

und die Einführung des Bürgergeldes zu Mehrausgaben. Die Zinsausgaben des Staates werden, nach einem kräftigen Anstieg im Vorjahr, im Jahr 2023 weiter zunehmen. Arbeitnehmerentgelte und staatliche Vorleistungskäufe expandieren mit einer ähnlichen Rate wie im Vorjahr. Die sozialen Sachleistungen, die in den beiden Vorjahren durch Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geprägt waren, legen im Jahr 2023 verhaltener zu, sodass der Staatsverbrauch in nominaler Rechnung zwar noch zunimmt, real aber stagniert.

Im Jahr 2024 nehmen die öffentlichen Ausgaben mit 1,8% dann deutlich verhaltener zu. Dies geht im Wesentlichen darauf zurück, dass die Maßnahmen zur Abfederung der Inflation und ihrer Folgewirkungen auslaufen. Subventionen und Vermögenstransfers an den privaten Sektor dürften deshalb zurückgehen. Die monetären Sozialleistungen dürften mit einer wieder leicht rückläufigen Zahl der Arbeitslosen, geringeren Rentenanpassungen und einer rückläufigen Zahl an Bürgergeldempfängern verlangsamt zulegen. Etwas kräftiger expandieren dürften die staatlichen Zinsausgaben und die Bruttoinvestitionen. Arbeitnehmerentgelte und soziale Sachleistungen legen im Jahr 2024 wieder beschleunigt zu, sodass der Staatsverbrauch insgesamt dann wieder auf seinen Vor-Corona-Trend einschwenkt (vgl. Kasten 3).

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit steigt im Jahr 2023 auf 2,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Folgejahr dürfte es mit dem Wiederanziehen der Konjunktur und dem Auslaufen ausgabesteigernder, diskretionärer Maßnahmen auf 1,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückgehen.

Tabelle 16**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2021	2022	2023	2024
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-134,3	-75,5	-110,6	-41,9
– Konjunkturkomponente ¹	-20,7	-4,8	-24,5	-3,4
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-113,6	-70,7	-86,1	-38,6
– Einmaleffekte ²	-4,2	-8,5	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	-109,4	-62,2	-86,1	-38,6
+ Zinsausgaben des Staates	20,8	24,5	27,8	29,5
= Struktureller Primärsaldo	-88,6	-37,6	-58,3	-9,1
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-16,8	51,0	-20,7	49,2
Nachrichtlich:	In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %			
Struktureller Finanzierungssaldo	-3,0	-1,6	-2,1	-0,9
struktureller Primärsaldo	-2,5	-1,0	-1,5	-0,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	-0,4	1,5	-0,5	1,2

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Der strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich über den Prognosezeitraum hinweg von -3,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021 auf -0,9% im Jahr 2024. Der strukturelle Primärsaldo liegt im Jahr 2022 bei -1,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2023 verringert er sich mit der sehr expansiv ausgerichteten Finanzpolitik auf -1,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, im darauffolgenden Jahr erhöht er sich auf -0,2%. Der Bruttoschuldenstand des Staates dürfte sich, ausgehend von 68,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2021, mit dem erneut kräftig zunehmenden nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 etwas verringern und im Jahr 2023 mit dem hohen gesamtstaatlichen Haushaltsdefizit wieder zunehmen.²⁰ Im Jahr 2024 reduziert er sich dann wieder etwas auf ungefähr 65% (vgl. Tabelle 16).

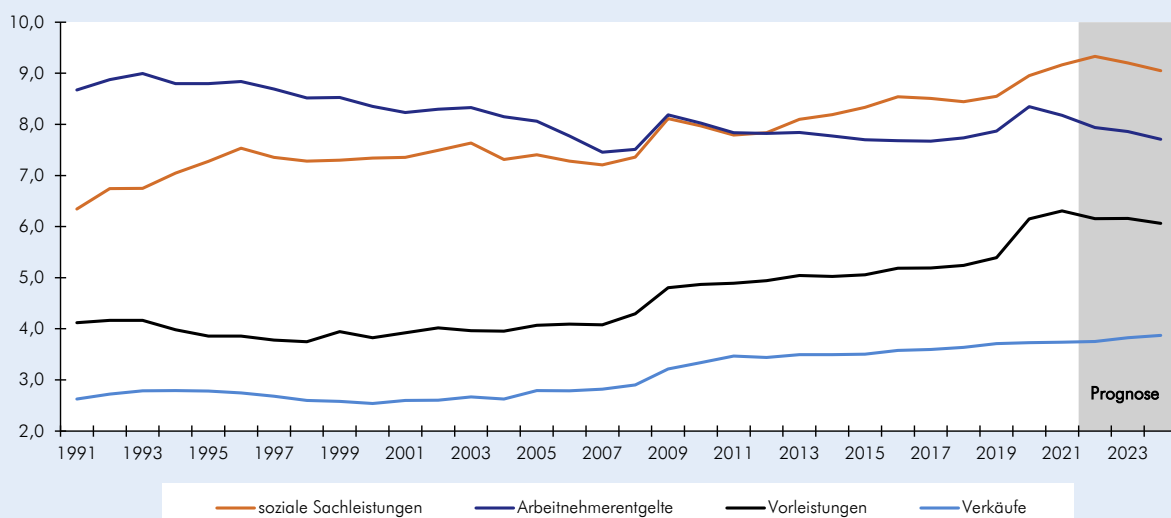
²⁰ Die Kreditermächtigungen aus den Sondervermögen fließen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erst dann in den Schuldenstand ein, wenn damit Ausgaben getätigt werden, die den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo verringern.

Kasten 3**Zur Entwicklung wichtiger Komponenten des Staatsverbrauchs**

Der Staatsverbrauch hat im Zeitraum von 1991 bis 2019, dem letzten Jahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie, sowohl in realer als auch in nominaler Betrachtung trendmäßig stärker zugenommen als das Bruttoinlandsprodukt. Ein Blick auf die wichtigsten Komponenten des Staatsverbrauchs zeigt, dass nur die Arbeitnehmerentgelte in nominaler Rechnung im genannten Zeitraum – nicht zuletzt infolge des Personalabbaus im öffentlichen Dienst – tendenziell schwächer zugelegt haben als das Bruttoinlandsprodukt. Hingegen haben die öffentlichen Ausgaben für Vorleistungskäufe und soziale Sachleistungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt fast durchweg zugenommen. Während das Bruttoinlandsprodukt mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie Anfang des Jahres 2020 in jenem Jahr auch in nominaler Rechnung zurückging, haben sich Arbeitnehmerentgelte, Vorleistungskäufe und soziale Sachleistungen weiter erhöht. Während bei den Vorleistungen und den sozialen Sachleistungen ein Großteil der zusätzlichen Ausgaben im Gesundheitswesen verbucht wurden, schlugen sich bei den Arbeitnehmerentgelten in der Corona-Pandemie Personalaufstockungen, etwa in Gesundheitsämtern, und Einmalzahlungen nieder. Auch die staatlichen Verkäufe sind im Beobachtungszeitraum stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt (vgl. Abbildung K3). Ein Anstieg der Verkäufe mindert allerdings den Staatsverbrauch. Diese fallen aber vom Volumen her nicht so sehr ins Gewicht.

Abbildung K3**Entwicklung wichtiger Komponenten des Staatsverbrauchs**

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 2022 Prognose des IWH.

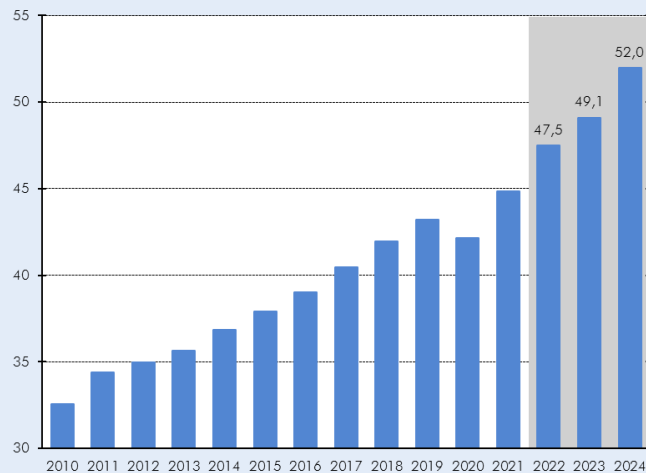
In den kommenden Jahren dürfte der Staatsverbrauch im Prognosezeitraum verhaltener zulegen, weil die durch die Corona-Pandemie bedingten Mehrausgaben nach und nach entfallen. Mittel- bis langfristig dürfte der Staatsverbrauch hingegen wieder stärker zulegen als das Bruttoinlandsprodukt. Während sich der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts aufgrund der rückläufigen Zahl der Erwerbspersonen verlangsamen wird, dürfte der Staatsverbrauch – vor allem die sozialen Sachleistungen – zunächst trendmäßig stärker zunehmen als das Bruttoinlandsprodukt, weil sich dort die höheren Ausgaben im Gesundheitswesen infolge des demografischen Wandels niederschlagen.

Anhang

Weitere Indikatoren

Abbildung A1**Bruttonationaleinkommen¹ je Einwohner**

Tausend Euro, in jeweiligen Preisen

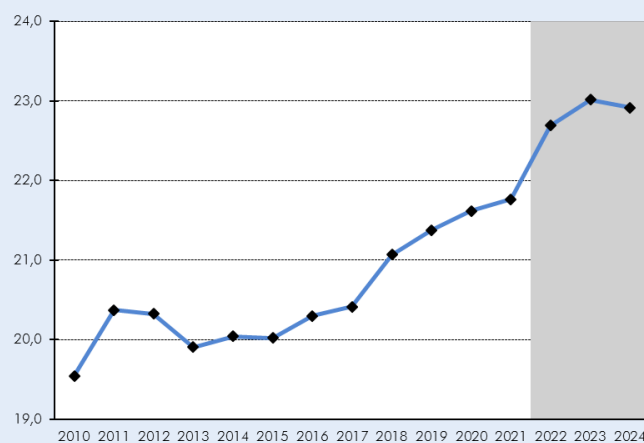


¹ Summe der von allen Inländern erwirtschafteten BWS zzgl. aller Gütersteuern (abzgl. Gütersubventionen), zzgl. Nettoeinnahmen aus Primäreinkommen im Ausland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH.

Abbildung A2**Bruttoanlageinvestitionen¹**

Anteil am BIP in %, in jeweiligen Preisen



¹ Bruttoanlageinvestitionen bezeichnen den Wert jener Anlagen, welche von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen. Sie setzen sich zusammen aus Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2022: Prognose des IWH.

Tabelle A1**Hauptaggregate der Sektoren****Jahresergebnisse 2021**

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 258,6	2 215,0	374,9	668,6	–
2	– Abschreibungen	704,9	407,2	87,8	209,9	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 553,6	1 807,8	287,1	458,8	–191,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 913,7	1 381,2	294,4	238,1	17,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,3	25,1	0,5	9,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	94,5	72,0	0,1	22,4	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	699,2	473,5	–7,7	233,3	–208,6
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 918,0	–	–	1 918,0	12,7
9	– geleistete Subventionen	111,6	–	111,6	–	4,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	392,8	–	392,8	–	7,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	603,0	564,8	20,8	17,5	212,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	729,2	382,8	15,2	331,2	86,6
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 024,6	291,6	267,9	2 465,1	–319,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	473,5	110,2	–	363,3	12,0
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	485,0	–	485,0	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	775,3	–	–	775,3	4,2
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	775,4	140,9	633,7	0,9	4,1
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	684,7	72,9	610,9	0,9	0,2
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	676,5	–	–	676,5	8,4
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	394,2	210,9	90,4	92,9	72,2
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	338,2	186,9	30,1	121,2	128,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 971,9	225,4	715,3	2 031,2	–266,6
23	– Konsumausgaben	2 571,3	–	797,5	1 773,8	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–58,7	–	58,7	–
25	= Sparen	400,6	166,7	–82,2	316,0	–266,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	102,2	18,2	68,1	15,9	8,4
27	+ empfangene Vermögenstransfers	93,3	48,7	20,3	24,3	17,3
28	– Bruttoinvestitionen	838,9	492,6	93,4	252,9	–
29	+ Abschreibungen	704,9	407,2	87,8	209,9	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–3,2	–2,7	–1,2	0,7	3,2
31	= Finanzierungssaldo	261,0	114,5	–134,3	280,7	–261,0
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 971,9	225,4	715,3	2 031,2	–266,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	509,7	–	509,7	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	509,7	–	–	509,7	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 971,9	225,4	205,6	2 540,9	–266,6
36	– Konsum ³	2 571,3	–	287,8	2 283,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–58,7	–	58,7	–
38	= Sparen	400,6	166,7	–82,2	316,0	–266,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 487,6	2 359,7	396,9	731,0	–
2	– Abschreibungen	792,2	454,0	99,7	238,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 695,4	1 905,7	297,2	492,6	–56,1
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 015,6	1 457,9	305,4	252,3	18,3
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,5	25,1	0,4	10,0	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	53,9	44,7	0,1	9,1	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	698,2	467,3	–8,4	239,4	–74,4
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 019,9	–	–	2 019,9	14,0
9	– geleistete Subventionen	71,4	–	71,4	–	4,9
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	410,1	–	410,1	–	8,9
11	– geleistete Vermögenseinkommen	687,9	645,2	24,5	18,2	226,3
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	821,9	407,4	16,9	397,6	92,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 190,8	229,5	322,6	2 638,7	–190,4
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	530,5	130,3	–	400,1	14,1
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	544,0	–	544,0	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	808,2	–	–	808,2	4,6
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	808,4	143,3	664,2	0,9	4,4
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	700,4	73,9	625,7	0,9	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	692,4	–	–	692,4	8,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	415,0	220,4	108,5	86,1	69,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	353,2	191,1	26,3	135,8	131,2
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 134,8	139,4	823,0	2 172,5	–134,4
23	– Konsumausgaben	2 834,2	–	848,5	1 985,7	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,1	–	59,1	–
25	= Sparen	300,6	80,3	–25,6	245,9	–134,4
26	– geleistete Vermögenstransfers	87,2	7,8	64,3	15,1	5,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	79,3	36,8	17,7	24,9	13,2
28	– Bruttoinvestitionen	958,4	566,4	104,3	287,7	–
29	+ Abschreibungen	792,2	454,0	99,7	238,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	6,6	7,2	–1,3	0,7	–6,6
31	= Finanzierungssaldo	119,9	–10,3	–75,5	205,6	–119,9
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 134,8	139,4	823,0	2 172,5	–134,4
33	– geleistete soziale Sachtransfers	546,8	–	546,8	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	546,8	–	–	546,8	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 134,8	139,4	276,2	2 719,2	–134,4
36	– Konsum ³	2 834,2	–	301,8	2 532,5	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,1	–	59,1	–
38	= Sparen	300,6	80,3	–25,6	245,9	–134,4

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 689,1	2 508,1	416,2	764,9	–
2	– Abschreibungen	872,3	508,4	107,4	256,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 816,8	1 999,7	308,8	508,4	–22,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 105,6	1 525,9	315,7	264,0	19,5
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	36,0	25,4	0,4	10,2	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	44,3	37,4	0,1	6,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	719,6	485,8	–7,1	241,0	–42,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 109,7	–	–	2 109,7	15,4
9	– geleistete Subventionen	107,6	–	107,6	–	4,9
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	421,9	–	421,9	–	9,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	710,0	664,1	27,8	18,1	215,6
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	846,8	424,3	16,1	406,4	78,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 280,4	246,0	295,5	2 738,9	–159,2
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	530,7	127,5	–	403,2	14,8
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	544,9	–	544,9	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	846,5	–	–	846,5	4,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	846,8	147,8	698,1	0,9	4,4
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	734,4	74,9	658,6	0,9	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	726,3	–	–	726,3	8,6
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	411,2	239,0	94,1	78,1	67,4
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	350,4	195,5	27,7	127,3	128,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 226,0	147,9	813,5	2 264,6	–104,8
23	– Konsumausgaben	2 984,7	–	879,4	2 105,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,7	–	59,7	–
25	= Sparen	241,4	88,2	–65,8	219,0	–104,8
26	– geleistete Vermögenstransfers	89,3	11,7	61,8	15,8	4,1
27	+ empfangene Vermögenstransfers	81,3	37,4	18,4	25,5	12,1
28	– Bruttoinvestitionen	1 008,9	596,5	110,2	302,2	–
29	+ Abschreibungen	872,3	508,4	107,4	256,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	6,6	7,1	–1,3	0,9	–6,6
31	= Finanzierungssaldo	90,2	18,6	–110,6	182,1	–90,2
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 226,0	147,9	813,5	2 264,6	–104,8
33	– geleistete soziale Sachtransfers	565,7	–	565,7	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	565,7	–	–	565,7	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 226,0	147,9	247,8	2 830,3	–104,8
36	– Konsum ³	2 984,7	–	313,6	2 671,0	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–59,7	–	59,7	–
38	= Sparen	241,4	88,2	–65,8	219,0	–104,8

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2024

in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 869,7	2 615,4	437,3	817,0	–
2	– Abschreibungen	923,9	543,6	114,6	265,7	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 945,8	2 071,7	322,7	551,3	–59,3
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 204,9	1 600,2	327,8	276,9	21,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,3	27,8	0,4	11,2	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	39,8	33,6	0,1	6,0	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	741,4	477,4	–5,4	269,3	–80,4
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 209,0	–	–	2 209,0	17,0
9	– geleistete Subventionen	69,0	–	69,0	–	4,9
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	448,4	–	448,4	–	9,5
11	– geleistete Vermögenseinkommen	732,8	682,9	29,5	20,4	223,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	882,2	411,4	16,5	454,2	74,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 479,0	206,0	361,0	2 912,1	–208,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	552,6	140,1	–	412,5	15,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	567,5	–	567,5	–	0,6
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	893,6	–	–	893,6	5,0
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	894,2	152,9	740,4	0,9	4,4
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	762,6	75,9	685,9	0,9	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	754,3	–	–	754,3	8,8
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	420,9	240,0	99,4	81,5	66,0
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	358,6	199,9	28,4	130,3	128,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 423,9	102,8	912,1	2 409,0	–153,0
23	– Konsumausgaben	3 136,7	–	915,3	2 221,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,3	–	60,3	–
25	= Sparen	287,2	42,5	–3,2	247,9	–153,0
26	– geleistete Vermögenstransfers	92,2	20,0	56,0	16,2	3,6
27	+ empfangene Vermögenstransfers	84,0	38,7	18,9	26,3	11,8
28	– Bruttoinvestitionen	1 058,0	622,1	117,6	318,3	–
29	+ Abschreibungen	923,9	543,6	114,6	265,7	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	6,6	6,9	–1,3	1,1	–6,6
31	= Finanzierungssaldo	138,1	–24,2	–41,9	204,3	–138,1
32	<i>nachrichtlich:</i> verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 423,9	102,8	912,1	2 409,0	–153,0
33	– geleistete soziale Sachtransfers	589,6	–	589,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	589,6	–	–	589,6	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 423,9	102,8	322,5	2 998,6	–153,0
36	– Konsum ³	3 136,7	–	325,7	2 811,0	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,3	–	60,3	–
38	= Sparen	287,2	42,5	–3,2	247,9	–153,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2024: Prognose des IWH.

Tabelle A2**VGR-Tabellen****Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2022, 2023 und 2024

	2021	2022	2023	2024	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	0,1	1,2	0,2	0,1	1,5	1,0	0,4	0,1
Arbeitsvolumen	1,7	1,6	0,0	0,6	2,0	1,2	0,2	-0,3
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	1,6	0,3	-0,3	0,4	0,5	0,2	-0,1	-0,4
Produktivität¹	0,9	0,2	0,1	1,3	0,8	-0,3	-0,3	0,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,8	0,0	1,9	2,8	0,9	-0,1	0,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 571,3	2 834,2	2 984,7	3 136,7	1 365,6	1 468,6	1 454,0	1 530,6
private Haushalte²	1 773,8	1 985,7	2 105,3	2 221,4	952,1	1 033,6	1 024,6	1 080,7
Staat	797,5	848,5	879,4	915,3	413,5	435,0	429,5	449,9
Anlageinvestitionen	783,8	873,3	924,4	974,7	417,3	455,9	444,9	479,4
Bauten	416,7	474,6	500,3	526,8	230,6	244,0	243,9	256,5
Ausrüstungen	229,4	254,0	273,8	291,5	118,1	135,9	129,9	143,8
sonstige Anlageinvestitionen	137,7	144,6	150,3	156,5	68,6	76,0	71,1	79,2
Vorratsveränderung³	55,1	85,1	84,5	83,3	48,1	37,0	50,6	33,9
inländische Verwendung	3 410,2	3 792,6	3 993,5	4 194,7	1 831,0	1 961,6	1 949,5	2 044,0
Außenbeitrag	191,6	56,1	22,8	59,3	50,9	5,2	9,7	13,1
Exporte	1 693,9	1 962,9	2 156,5	2 316,8	940,1	1 022,8	1 053,4	1 103,0
Importe	1 502,4	1 906,8	2 133,6	2 257,5	889,2	1 017,6	1 043,7	1 089,9
Bruttoinlandsprodukt	3 601,8	3 848,7	4 016,4	4 254,0	1 881,9	1 966,8	1 959,3	2 057,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	4,5	10,2	5,3	5,1	11,8	8,8	6,5	4,2
private Haushalte²	3,5	11,9	6,0	5,5	13,8	10,3	7,6	4,6
Staat	6,6	6,4	3,6	4,1	7,4	5,5	3,9	3,4
Anlageinvestitionen	6,5	11,4	5,9	5,4	11,5	11,3	6,6	5,2
Bauten	8,3	13,9	5,4	5,3	16,0	11,9	5,8	5,1
Ausrüstungen	5,5	10,7	7,8	6,5	7,0	14,2	10,0	5,8
sonstige Anlageinvestitionen	2,9	5,0	3,9	4,1	5,3	4,8	3,7	4,2
Inländische Verwendung	6,1	11,2	5,3	5,0	12,6	10,0	6,5	4,2
Exporte	15,6	15,9	9,9	7,4	15,7	16,0	12,1	7,8
Importe	18,0	26,9	11,9	5,8	27,2	26,7	17,4	7,1
Bruttoinlandsprodukt	5,8	6,9	4,4	5,9	8,2	5,6	4,1	4,6
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	5,3	1,5	0,6	1,4	2,7	0,3	0,5	0,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)								
a) Mrd. EUR								
Konsumausgaben	2 333,0	2 419,5	2 415,8	2 456,2	1 190,4	1 229,1	1 190,9	1 224,9
private Haushalte²	1 627,5	1 703,0	1 699,6	1 732,5	833,6	869,4	834,0	865,6
Staat	703,6	715,1	714,8	722,2	355,9	359,2	356,1	358,7
Anlageinvestitionen	672,6	675,0	677,0	693,7	329,4	345,6	328,3	348,7
Bauten	328,7	322,5	315,1	320,6	161,9	160,7	155,1	160,0
Ausrüstungen	215,8	223,1	231,1	239,2	105,3	117,8	110,3	120,8
sonstige Anlageinvestitionen	126,6	129,2	133,1	137,1	61,4	67,9	63,3	69,9
inländische Verwendung	3 024,0	3 121,5	3 126,8	3 187,5	1 538,7	1 582,8	1 544,3	1 582,5
Exporte	1 572,5	1 617,1	1 633,4	1 678,1	797,4	819,7	811,0	822,5
Importe	1 395,8	1 481,5	1 500,7	1 542,5	721,2	760,3	741,9	758,8
Bruttoinlandsprodukt	3 203,8	3 262,3	3 263,6	3 326,2	1 617,0	1 645,3	1 615,5	1 648,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,4	3,7	-0,2	1,7	5,8	1,8	0,0	-0,3
private Haushalte²	0,4	4,6	-0,2	1,9	7,6	2,0	0,0	-0,4
Staat	3,8	1,6	0,0	1,0	2,1	1,2	0,1	-0,1
Anlageinvestitionen	1,2	0,4	0,3	2,5	0,2	0,5	-0,3	0,9
Bauten	0,0	-1,9	-2,3	1,7	-0,7	-3,1	-4,2	-0,4
Ausrüstungen	3,5	3,4	3,6	3,5	0,8	5,8	4,8	2,5
sonstige Anlageinvestitionen	1,0	2,1	3,0	3,0	1,7	2,5	3,1	3,0
inländische Verwendung	1,9	3,2	0,2	1,9	4,5	2,0	0,4	0,0
Exporte	9,7	2,8	1,0	2,7	2,8	2,8	1,7	0,3
Importe	9,0	6,1	1,3	2,8	6,8	5,5	2,9	-0,2
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	0,0	1,9	2,8	0,9	-0,1	0,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022, 2023 und 2024

	2021	2022	2023	2024	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	3,1	7,0	6,2	3,5	5,8	8,1	7,6	5,0
Konsumausgaben des Staates	2,7	4,7	3,7	3,0	5,2	4,2	3,8	3,6
Anlageinvestitionen	5,2	11,0	5,5	2,9	11,3	10,8	7,0	4,2
Bauten	8,3	16,1	7,9	3,5	16,8	15,5	10,4	5,5
Ausrüstungen	1,9	7,1	4,0	2,9	6,2	8,0	5,0	3,2
Exporte	5,4	12,7	8,8	4,6	12,5	12,9	10,2	7,5
Importe	8,3	19,6	10,5	2,9	19,1	20,0	14,1	7,3
Bruttoinlandsprodukt	3,1	4,9	4,3	3,9	5,2	4,7	4,2	4,4

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 465,1	2 638,7	2 738,9	2 912,1	1 287,5	1 351,2	1 338,5	1 400,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,5	360,0	378,8	400,4	174,1	186,0	183,1	195,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 570,6	1 659,9	1 730,8	1 808,5	788,8	871,0	823,1	907,7
übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	618,8	629,2	703,1	324,6	294,3	332,3	296,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	559,5	552,1	541,5	566,9	260,1	292,0	244,4	297,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 024,6	3 190,8	3 280,4	3 479,0	1 547,6	1 643,2	1 582,9	1 697,5
Abschreibungen	704,9	792,2	872,3	923,9	387,4	404,8	429,7	442,6
Bruttonationaleinkommen	3 729,5	3 983,0	4 152,7	4 402,9	1 935,0	2 048,1	2 012,7	2 140,0
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 743,4	2 852,2	2 966,1	3 099,7	1 368,9	1 483,2	1 427,6	1 538,5
Arbeitnehmerentgelt	1 918,0	2 019,9	2 109,7	2 209,0	962,9	1 057,0	1 006,2	1 103,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	825,4	832,3	856,4	890,7	406,0	426,3	421,4	435,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	7,0	3,8	6,3	7,6	6,5	4,0	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	3,6	5,2	5,7	3,5	3,8	5,2	5,3
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	5,7	4,3	4,5	6,7	4,8	4,3	4,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,3	4,2	3,9	4,3	4,9	3,6	3,8	4,0
übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	13,1	1,7	11,7	12,2	14,2	2,4	0,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	23,9	-1,3	-1,9	4,7	4,1	-5,7	-6,0	1,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,3	5,5	2,8	6,1	7,0	4,1	2,3	3,3
Abschreibungen	6,5	12,4	10,1	5,9	12,5	12,2	10,9	9,3
Bruttonationaleinkommen	6,4	6,8	4,3	6,0	8,1	5,6	4,0	4,5
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	6,7	4,0	4,0	4,5	4,0	3,9	4,3	3,7
Arbeitnehmerentgelt	3,5	5,3	4,4	4,7	6,1	4,6	4,5	4,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,0	0,8	2,9	4,0	-0,6	2,3	3,8	2,1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 595,4	1 658,7	1 730,9	1 803,4	790,6	868,1	826,5	904,4
Nettolöhne und -gehälter	1 062,6	1 114,7	1 160,4	1 210,9	525,2	589,5	547,5	612,9
monetäre Sozialleistungen	676,5	692,4	726,3	754,3	337,7	354,7	355,0	371,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	143,7	148,5	155,7	161,8	72,4	76,1	76,1	79,7
übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	618,8	629,2	703,1	324,6	294,3	332,3	296,9
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-111,3	-105,0	-95,5	-97,5	-58,0	-47,0	-47,5	-48,0
Verfügbares Einkommen	2 031,2	2 172,5	2 264,6	2 409,0	1 057,2	1 115,3	1 111,3	1 153,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	58,7	59,1	59,7	60,3	28,6	30,5	28,9	30,8
Konsumausgaben	1 773,8	1 985,7	2 105,3	2 221,4	952,1	1 033,6	1 024,6	1 080,7
Sparen	316,0	245,9	219,0	247,9	133,7	112,2	115,7	103,4
Sparquote (%) ⁶	15,1	11,0	9,4	10,0	12,3	9,8	10,1	8,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,3	4,0	4,4	4,2	3,0	4,9	4,5	4,2
Nettolöhne und -gehälter	4,2	4,9	4,1	4,3	6,1	3,9	4,2	4,0
monetäre Sozialleistungen	1,8	2,4	4,9	3,9	-2,0	6,8	5,1	4,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,5	3,4	4,9	3,9	0,7	6,0	5,1	4,7
übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	13,1	1,7	11,7	12,2	14,2	2,4	0,9
Verfügbares Einkommen	2,1	7,0	4,2	6,4	4,8	9,1	5,1	3,4
Konsumausgaben	3,5	11,9	6,0	5,5	13,8	10,3	7,6	4,6
Sparen	-6,1	-22,2	-10,9	13,2	-33,3	-2,9	-13,5	-7,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2022, 2023 und 2024

	2021	2022	2023	2024	2022		2023	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷								
a) Mrd. EUR								
Einnahmen								
Steuern	877,8	954,1	966,9	1 015,9	467,4	486,7	476,9	490,0
Nettosozialbeiträge	633,7	664,2	698,1	740,4	321,7	342,5	339,5	358,6
Vermögenseinkommen	15,2	16,9	16,1	16,5	9,2	7,7	8,0	8,1
sonstige Transfers	30,1	26,3	27,7	28,4	12,0	14,3	12,4	15,3
Vermögenstransfers	20,3	17,7	18,4	18,9	9,0	8,7	9,7	8,8
Verkäufe	134,6	144,3	153,7	164,8	66,9	77,5	71,3	82,4
sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 711,7	1 823,6	1 881,1	1 985,1	886,2	937,4	917,8	963,2
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	557,6	596,3	617,2	643,1	287,3	309,0	298,1	319,1
Arbeitnehmerentgelt	294,4	305,4	315,7	327,8	148,4	157,0	152,9	162,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	20,8	24,5	27,8	29,5	12,7	11,9	14,6	13,2
Subventionen	111,6	71,4	107,6	69,0	29,0	42,4	54,7	53,0
monetäre Sozialleistungen	610,9	625,7	658,6	685,9	304,4	321,3	321,1	337,5
sonstige laufende Transfers	90,4	108,5	94,1	99,4	43,6	64,9	43,7	50,4
Vermögenstransfers	68,1	64,3	61,8	56,0	23,3	41,0	25,3	36,5
Bruttoinvestitionen	93,4	104,3	110,2	117,6	44,6	59,6	47,0	63,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1 846,0	1 899,1	1 991,6	2 027,0	892,7	1 006,3	956,8	1 034,9
Finanzierungssaldo	-134,3	-75,5	-110,6	-41,9	-6,5	-68,9	-38,9	-71,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	13,3	8,7	1,3	5,1	12,4	5,4	2,0	0,7
Nettosozialbeiträge	4,2	4,8	5,1	6,1	5,1	4,6	5,5	4,7
Vermögenseinkommen	-22,2	11,3	-4,4	2,3	12,7	9,7	-12,2	4,8
sonstige Transfers	23,1	-12,5	5,1	2,7	-19,3	-5,8	2,9	6,9
Vermögenstransfers	31,0	-13,1	4,5	2,7	6,2	-26,8	7,7	1,2
Verkäufe	6,0	7,3	6,5	7,2	8,4	6,3	6,6	6,4
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,1	6,5	3,1	5,5	8,7	4,6	3,6	2,8
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	8,3	6,9	3,5	4,2	8,0	6,0	3,8	3,3
Arbeitnehmerentgelt	3,6	3,7	3,4	3,8	4,9	2,7	3,0	3,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-3,4	18,1	13,2	6,2	14,8	21,8	15,0	11,2
Subventionen	52,1	-36,0	50,7	-35,9	-49,4	-21,8	88,5	24,8
monetäre Sozialleistungen	1,8	2,4	5,3	4,1	-2,4	7,5	5,5	5,0
sonstige laufende Transfers	9,5	20,0	-13,3	5,6	0,5	38,0	0,2	-22,3
Vermögenstransfers	41,4	-5,6	-3,8	-9,4	13,9	-14,0	8,8	-11,0
Bruttoinvestitionen	0,2	11,7	5,6	6,7	12,1	11,4	5,2	5,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,5	2,9	4,9	1,8	0,2	5,4	7,2	2,8
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-2,0	-2,8	-1,0	-0,3	-3,5	-2,0	-3,5

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2022: Prognose des IWH.

Wirtschaftswachstum, Staatsfinanzen und Treibhausgas-Emissionen in der mittleren Frist*

Katja Heinisch, Oliver Holtemöller, Axel Lindner, Alessandro Sardone, Götz Zeddies

Zusammenfassung

Die mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland beinhaltet, dass das Wirtschaftswachstum mit 1% pro Jahr in den kommenden sechs Jahren in etwa genauso hoch ausfällt wie in den vergangenen sechs Jahren. Der Staatshaushalt bleibt im Defizit, aber der Schuldenstand geht relativ zum Bruttoinlandsprodukt ab dem Jahr 2024 wieder zurück. Bei diesem Tempo der wirtschaftlichen Expansion werden die Emissionen mittelfristig zwar weiter zurückgehen, aber deutlich langsamer als nötig, um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen.

JEL-Klassifikation: C53, C54, E17, E27, E37, E66, H68, O11, Q53, Q54

Schlagwörter: Emissionen, mittelfristige Projektion, Öffentliche Finanzen, Produktionspotenzial, Treibhausgas, wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, Wirtschaftswachstum

Einleitung

Seit Herbst vergangenen Jahres sind die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland wieder etwas heller geworden: Produktion und Nachfrage sind trotz Krieg und Energiekrise bislang stabil geblieben, die Erdgaspreise sind europaweit deutlich gefallen und die Sicherung einer von russischen Lieferungen unabhängigen Gasversorgung scheint auf gutem Wege. Der Zuzug von Flüchtlingen aus der Ukraine, aber auch aus anderen Ländern, ist kurzfristig zwar eine finanzielle Belastung, birgt mittelfristig aber Chancen, weil der natürliche Bevölkerungsrückgang für sich genommen wegen verschärften Arbeitskräftemangels die Expansion der Wirtschaft bremsen wird. Die im Folgenden vorgestellte mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland beinhaltet, dass das Wirtschaftswachstum mit 1% pro Jahr in den kommenden sechs Jahren in etwa genauso hoch sein wird wie in den vergangenen sechs Jahren. Der Staatshaushalt bleibt im Defizit, aber der Schuldenstand geht relativ zum Bruttoinlandsprodukt ab dem Jahr 2024 wieder zurück, auch wegen der noch einige Zeit recht hohen Preisdynamik. Schließlich ist die gesamtwirtschaftliche Lage ein wichtiger Bestimmungsrund für die Emission von Treibhausgasen. Wenn sich die Effizienzgewinne bei der Freisetzung von Treibhausgasen im Zuge der Produktionsprozesse nicht spürbar beschleunigen, werden die Emissionen mittelfristig zwar weiter zurückgehen, aber deutlich langsamer als nötig, um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen.

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung für die Jahre 2022–2027

Ausgehend von der IWH-Kurzfristprognose¹ für die Jahre 2022 bis 2024 vom Dezember 2022 wird zunächst das Produktionspotenzial mit der von der Europäischen Kommission angewandten und für die Haushaltsüberwachung in der Europäischen Union maßgeblichen Methode für den Zeitraum 1995 bis 2027 geschätzt.² Mit Hilfe des makroökonomischen Modells des IWH wird anschließend die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2027 bedingt auf das zuvor ermittelte Produktionspotenzial projiziert. Dabei ist die Nachfrageseite so modelliert, dass sich die tatsächliche Produktion dem Produktionspotenzial nähert und langfristig der Potenzialpfad erreicht wird.

* Dieser Beitrag wurde am 2. Februar 2023 veröffentlicht.

¹ Vgl. Drygalla, A.; Exß, F.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Kämpfe, M.; Kozyrev, B.; Lindner, A.; Müller, I.; Sardone, A.; Schult, C.; Schult, B.; Staffa, R.; Zeddies, G.: Keine tiefe Rezession trotz Energiekrise und Zinsanstieg, in: *IWH Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (4), 2022, Halle (Saale) 2022, 101 ff. Das IWH hat in seiner Dezemberprognose 2022 geschätzt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 um 1,8% zulegt. Dies stimmt mit der amtlichen Rate von 1,9% weitestgehend überein, die am 13.01.2023 durch das Statistische Bundesamt veröffentlicht wurde, vgl. *Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020/2023*.

² Vgl. Kasten 2, Zur Schätzung des Produktionspotenzials, in: *Drygalla, et al., ebd.*, 117 f.

Basierend auf der Potenzialschätzung und der unter den im Kasten genannten Rahmenbedingungen wird die deutsche Wirtschaft bis zum Ende des Projektionszeitraums um durchschnittlich 1% expandieren (vgl. Tabellen A1 und A2 im Anhang). Den größten Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung liefert der private Konsum. Die im Jahr 2022 leicht negative Produktionslücke dürfte im Jahr 2023 deutlich größer werden und sich erst in den Folgejahren schließen. Der BIP-Deflator steigt in den kommenden Jahren im Schnitt deutlich schneller als 2% per annum. Erst gegen Ende des Projektionszeitraums wird die 2%-Marke wieder unterschritten. Das nominale Bruttoinlandsprodukt wird um durchschnittlich 4½% und damit um 1½ Prozentpunkte stärker zunehmen als im Zeitraum von 2015 bis 2021. Maßgeblich hierfür sind sowohl der starke reale Zuwachs in den Jahren 2022 und 2024 als auch der starke Preisanstieg. Dies führt dazu, dass die Staatseinnahmen ebenfalls kräftiger expandieren als in den vergangenen Jahren.

Kasten

Rahmenbedingungen und Annahmen der Projektion

Es wird angenommen, dass die Weltwirtschaft im Jahr 2023 nur sehr verhalten expandiert, ihre Expansionsrate in den folgenden Jahren aber wieder dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Der Welthandel dürfte im Jahr 2022 um 4,1% gestiegen sein und in den Jahren 2023 und 2024 um 1,9% bzw. um 2,8% zulegen. Etwa 3% dürfte auch die mittelfristig zu erwartende Wachstumsrate des Welthandels sein.

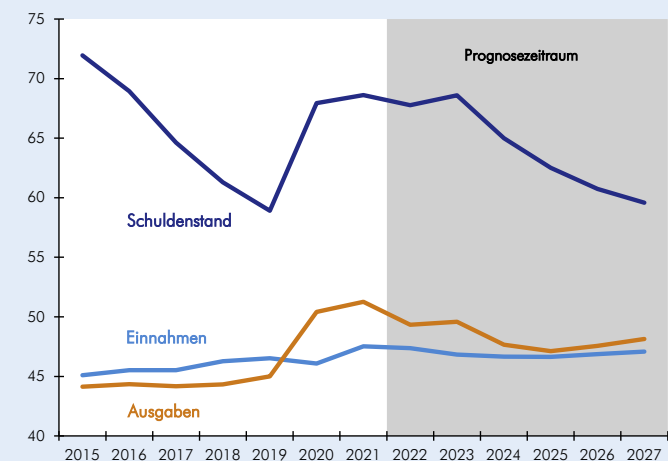
Der Ölpreis (Sorte Brent) notierte im Durchschnitt des Jahres 2022 bei 101 US-Dollar je Barrel, für die Jahre 2023 und 2024 wird ein Ölpreis von durchschnittlich 84 bzw. 79 US-Dollar unterstellt. Weiterhin wird angenommen, dass der Ölpreis in US-Dollar im Zeitraum von 2024 bis 2027 mit einer Jahresrate von 2% steigt (reale Konstanz). Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt ab dem ersten Quartal 2023 im gesamten Projektionszeitraum 1,00 US-Dollar je Euro. Des Weiteren bleibt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei annahmegemäß konstanten nominalen Wechselkursen nahezu unverändert. Die Verbraucherpreisinflation fällt im Euroraum erst Ende 2024 wieder auf Raten um das Inflationsziel der EZB von 2%. Die EZB wird deshalb den Leitzins im Jahr 2023 auf 3,25% anheben und ihn nicht vor dem Jahr 2025 deutlich zu senken. Die Finanzierungsbedingungen werden im Prognosezeitraum im Euroraum und auch in Deutschland deutlich ungünstiger sein als in den vergangenen Jahren.

Projektion des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo steht in der kurzen Frist im Zeichen einer expansiven Finanzpolitik, welche die Folgen der hohen Inflation für private Haushalte und Unternehmen abfedern soll. Im Jahr 2025 verringert sich das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit dann aber auf 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, ausgehend von einem Prozent im Jahr zuvor. Dies geht im Wesentlichen darauf zurück, dass die Finanzpolitik im Jahr 2025 annahmegemäß restriktiv ausgerichtet ist, weil die oben genannten Maßnahmen, vor allem die Strom- und Gaspreisbremse, im Jahr 2024 auslaufen. Folglich nehmen die gesamtstaatlichen Einnahmen im Jahr 2025 stärker zu als die Ausgaben. Für die Jahre 2026 und 2027 ist eine nahezu konjunkturneutrale Finanzpolitik unterstellt. In diesen beiden Jahren dürften die gesamtstaatlichen Ausgaben stärker expandieren als die Einnahmen. So verlangsamt sich in den Jahren 2025 bis 2027 sowohl bei den Steuer- als auch den Beitragseinnahmen die Dynamik, weil sich der Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter, aber auch der Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Verlauf abschwächt. Die Ausgaben des Staates, die im Jahr 2025 aufgrund des

Abbildung 1
Gesamtstaatliche Einnahmen, Ausgaben und Schuldenstand

in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2027: Prognose des IWH.

Entfalls diskretionärer Maßnahmen verlangsamt zulegen, expandieren in den Jahren 2026 und 2027 hingegen wieder kräftiger. Die gesamtstaatliche Ausgabequote, die sich in den Jahren 2020 und 2021 infolge von Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie deutlich erhöht hatte und bis zum Jahr 2023 durch die aktuellen Entlastungsmaßnahmen hoch bleiben wird, geht mit dem Wegfall der Strom- und Gaspreisbremse bis zum Jahr 2025 zurück und nimmt danach wieder zu. Die Einnahmequote geht hingegen im Jahr 2023 im Zuge der spürbaren steuerlichen Entlastungen zurück. Ab dem Jahr 2024 nimmt die Einnahmequote wieder zu, in der mittleren Frist aufgrund der nachlassenden Dynamik beim nominalen Bruttoinlandsprodukt jedoch schwächer als die Ausgabenquote (vgl. Abbildung 1). Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich bis zum Jahr 2027 auf –1,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Finanzierungssaldo liegt in der mittleren Frist bei einer nahezu geschlossenen Produktionslücke auf einem ähnlichen Niveau (vgl. Tabelle). Dabei ist allerdings unterstellt, dass die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen in den Jahren 2025 bis 2027 konstant bleiben.³ Der Bruttoschuldenstand verringert sich mittelfristig, trotz zunehmender Haushaltsdefizite, wieder auf unter 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle

Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Finanzierungssaldo (Mrd. Euro)	–134,3	–75,5	–110,6	–41,9	–20,6	–31,0	–49,6
Finanzierungssaldo (in Relation zum BIP in %)	–3,7	–2,0	–2,8	–1,0	–0,5	–0,7	–1,1
Struktureller Finanzierungssaldo (in Relation zum BIP in %)	–3,0	–1,6	–2,1	–0,9	–0,4	–0,8	–1,0
Bruttoschuldenstand (in Relation zum BIP in %)	68,6	67,8	68,6	65,0	62,5	60,7	59,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2022 bis 2027: Prognose des IWH.

Projektion von Bruttowertschöpfung und Treibhausgasemissionen in der mittleren Frist

Mit dem makroökonomischen Modell wird auch die Produktion in den einzelnen Wirtschaftszweigen (A10-Klassifikation) prognostiziert. Es wird unterstellt, dass die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt mit gleichen Raten zulegen und sich die sektoralen Anteile im Zeitverlauf nur langsam ändern. So hat das Verarbeitende Gewerbe insgesamt auch bis 2027 mit über 23% den größten Anteil an der Bruttowertschöpfung (vgl. Tabelle A3). Die sektorale Projektion eignet sich als Grundlage zur Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen, welche nach dem Klimaschutzgesetz in Deutschland bis zum Jahr 2045 bis auf netto null zurückgeführt werden sollen. Das Prognoseverfahren entspricht dem Vorgehen, welches das IWH seit Frühjahr vergangenen Jahres in seinen Kurzfrist-Projektionen regelmäßig einsetzt.⁴ Zur Prognose wird auf jährliche Daten zu den Emissionen in allen Wirtschaftsbereichen (NACE-Einsteller) zurückgegriffen:⁵ Die trendmäßigen Veränderungen der Emissionsintensitäten (in der Regel sind das Schrumpfungsraten) werden in die Zukunft fortgeschrieben und mit der projizierten Bruttowertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftszweigen in der mittleren Frist multipliziert. Die Summe der so prognostizierten sektoralen Emissionen ergibt die jährliche Gesamtemissionsmenge in Deutschland.

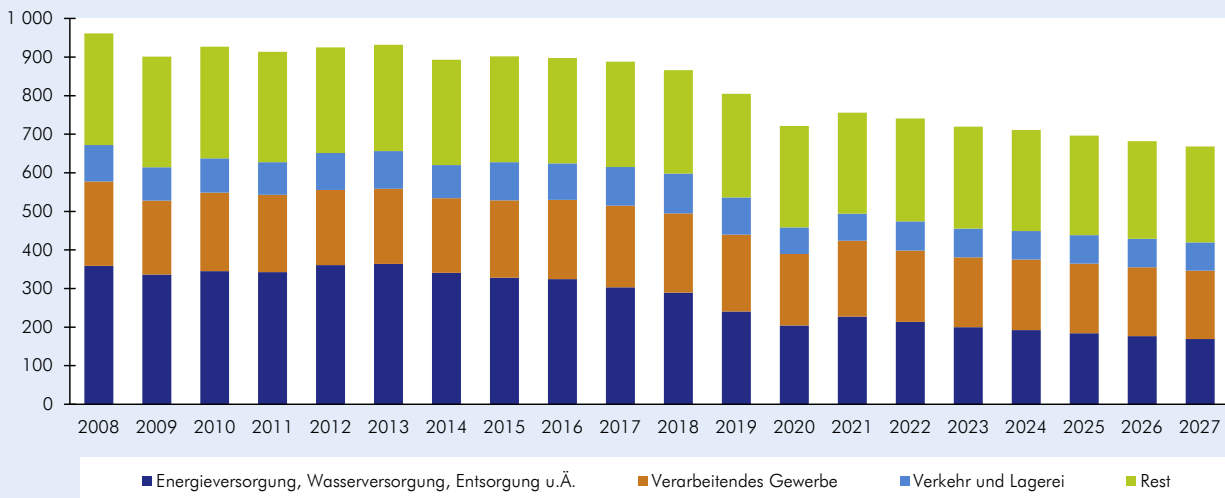
Im Jahr 2020 ließ die Corona-Pandemie die Treibhausgasemissionen deutlich sinken, im Zuge der wirtschaftlichen Erholung stiegen sie im Jahr 2021 wieder. Für das abgelaufene Jahr 2022 liegen noch keine Emissionsdaten vor. Ob die Treibhausgasemissionen durch die Energiekrise erhöht oder gesenkt werden, ist schwer abzuschätzen: Einerseits setzen die hohen Energiepreise Sparanreize, besonders was Erdgas betrifft, auf der anderen Seite wird Gas zum Teil durch die emissionsintensivere Kohle ersetzt.

³ Dabei handelt es sich um eine technische Annahme. Der Finanzbedarf der Sozialversicherungen dürfte sich auch in der mittleren Frist weiter erhöhen, sodass mit weiter steigenden Beitragssätzen zu rechnen ist. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo würde dann höher ausfallen.

⁴ Vgl. Drygalla, A.; Exß, F.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Kämpfe, M.; Kozyrev, B.; Lindner, A.; Müller, I.; Sardone, A.; Schultz, B.; Staffa, R.; Zeddies, G.: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft, in *IWH Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, Halle (Saale) 2022, Kasten 4, 14 f.

⁵ Im Wirtschaftsbereich U fallen keine Emissionen an.

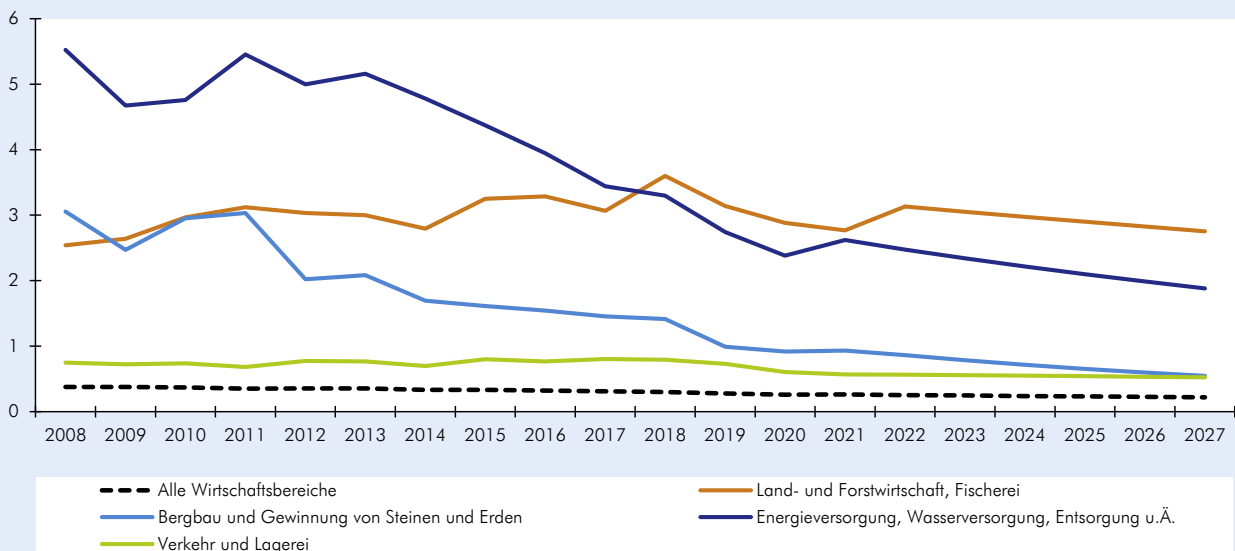
Abbildung 2
Gesamtemissionen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen
Millionen Tonnen, CO₂-äquivalent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Mittelfristig bleiben die Wirtschaftszweige mit den höchsten Emissionsanteilen das Verarbeitende Gewerbe, die Energieversorgung sowie Verkehr und Lagerei (vgl. Abbildung 2), von denen die letzteren beiden auch eine hohe Emissionsintensität aufweisen. Im Zuge von Effizienzgewinnen sinkt diese in der Energieversorgung, kaum aber bei Verkehr und Lagerei (vgl. Abbildung 3). Auffallend hoch und ohne sinkenden Trend ist die Emissionsintensität im Wirtschaftszweig Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.

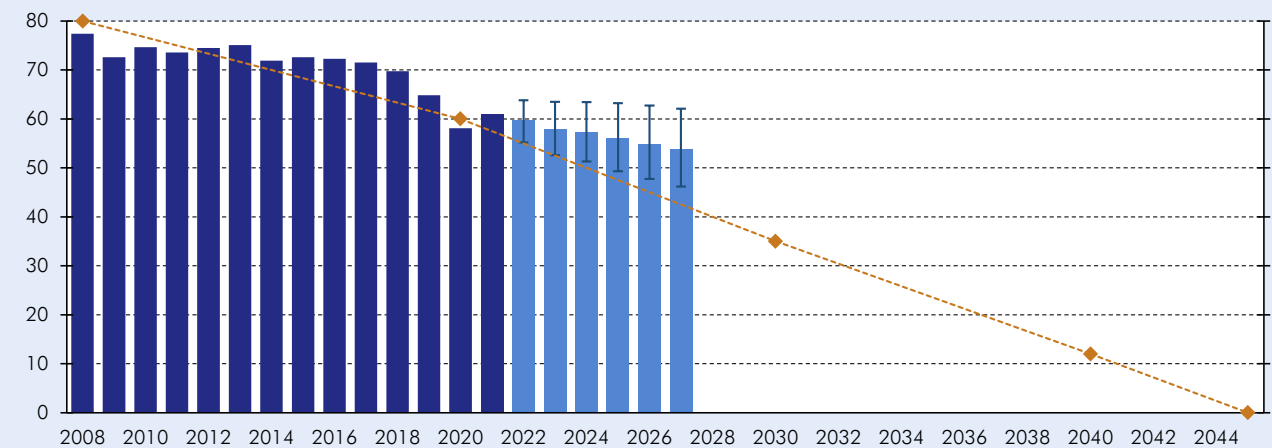
Abbildung 3
Emissionsintensitäten
Millionen Tonnen THG je Mrd. Euro Bruttowertschöpfung



Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Insgesamt ist nach dem Projektionsverfahren des IWH mittelfristig mit leicht sinkenden Treibhausemissionen zu rechnen (vgl. Abbildung 4), der von der Politik angestrebte lineare Pfad hin zur Klimaneutralität wird allerdings zumindest bis zum Jahr 2027 deutlich verfehlt.

Abbildung 4
Gesamtemissionen 2008–2027
 in % der Werte von 1990*



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990; die orangefarbenen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 dar (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), § 3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Anhang

Tabelle A1

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlands- produkt ^a	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat	insgesamt	Bruttoanlage- investitionen	Vorrats- veränderung	
in Mrd. Euro							
2015	3 026,2	1 603,0	595,9	597,5	605,8	–8,4	229,8
2021	3 601,8	1 773,8	797,5	838,9	783,8	55,1	191,6
2027	4 667,0	2 464,2	1 003,4	1 064,1	1 062,0	2,1	135,3
Anteile am BIP in % ^b							
2015	100	53,0	19,7	19,7	20,0	–0,3	7,6
2021	100	49,2	22,14	23,3	21,8	1,5	5,3
2027	100	52¼	21½	22¾	22¼	0	3
Veränderung insgesamt in %							
2021/2015	19,0	10,7	33,8	40,4	29,4	–	–
2027/2021	29½	39	25¾	26¾	35½	–	–
jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2021/2015	2,9	1,7	5,0	5,8	4,4	–	–
2027/2021	4½	5¼	4	4	5¼	–	–

^a Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2022. – ^b Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Tabelle A2

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbs- tätigen	Bruttoinlandsprodukt ^a				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
	Millionen		Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2010=100
2015	43 122	38 717	1 401	3 026	70 177	50,1	3 026	100,0
2021	44 980	41 022	1 340	3 204	71 228	53,1	3 602	112,0
2027	45 767	42 029	1 332	3 422	74 761	56,1	4 667	136,4
Veränderung insgesamt in % ^b								
2021/2015	4,3	6,0	-4,3	5,9	1,5	6,1	19,0	12,4
2027/2021	1¾	2½	-½	6¾	5	5½	29½	21¼
jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2021/2015	0,7	1,0	-0,74	1,0	0,2	1,0	2,9	2,0
2027/2021	¼	½	0	1	¾	1	4½	3¼

^a Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2022. – ^b Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.

Tabelle A3

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Bruttowertschöpfung ^a (BWS)	Produzierendes Gewerbe	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Dienstleistungs- bereiche
in Mrd. Euro					
2015	2722,0	820,4	615,7	124,9	1880,9
2021	2873,8	855,6	638,0	125,8	1995,5
2027	3065,8	893,1	681,3	118,2	2152,0
Anteile an der BWS in % ^b					
2015	100	30,1	22,6	4,6	69,1
2021	100	29,8	22,2	4,4	69,4
2027	100	29¼	22¼	4	70¼
Veränderung insgesamt in %					
2021/2015	5,6	4,3	3,6	0,7	6,1
2027/2021	6¾	4½	6¾	-6	7¾
jahresdurchschnittliche Veränderung in %					
2021/2015	0,9	0,7	0,6	0,1	1,0
2027/2021	1	¾	1	-1	1¼

^a Datenstand für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist November 2022. – ^b Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektion des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: Aaron Burden @aaronburden,
www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 10. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 02.02.2023

ISSN 2195-8319